Genehmigt: 15.10.2026

Protokoll 14

Stadtratssitzung
Donnerstag, 20. August 2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter Audioprotokoll.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr 3
2023.SR.0112 4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2024.BSS.0101 5
2 Ersatzwahlen in Schulkommission
2026.SR.0239 5
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Stellvertretendes Mitglied
2026.SR.0209 6
4 Protokoll Stadtrat 10 vom 28.05.2026; Genehmigung
2026.SR.0211 6
5 Protokoll Stadtrat 11 vom 11.06.2026; Genehmigung
2026.SR.0212 6
6 Protokoll Stadtrat 12 vom 25.06.2026; Genehmigung
2025.BSS.0299 6
7 Sicherung eines Nachfolgeangebots für den Aufenthaltsraum Postgasse: Leistungsvertrag 2026-2027 mit dem Verein Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Region Bern (AKiB); Verpflichtungskredit
2026.BSS.0023 11
8 Neuregelung der Finanzierung des Aufenthaltsraums für Menschen mit einer Alkoholabhängigkeit "La Gare": Nachkredit zum Globalkredit 2026 des Sozialamts
2026.FPI.0031 15
10 Rechenzentrum Leaf-Switches: Ersatz; Investitionskredit
2022.TVS.000064 18
11 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2025
2024.FPI.0129 23
9 Ablösung Webshop Logistik Bern: Einführung Bestellplattform Stadt Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit
2026.TVS.0109 30
12 Beschaffung eines Elektro-Lastwagens mit Kran und Greifer; Kredit
Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr. 32
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr 33
2026.TVS.0019 34

13 Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs, Abholdienst für Sperrgut, weitere Leistungen auf Ersuchen hin, Dienstleistungen für andere Gemeinden, Gebühr für beanspruchte Fahrzeuge und weitere Anpassungen: Abfallreglement vom 25. September 2005 (AFR; SSSB Nr. 822.1); Teilrevision; 1. Lesung
2023.TVS.000050 40
14 IN520-001065 (I5200625); Fr.725’000.00; Zirkusplatz: Neubau Stromversorgungsanlage; Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren
2025.SUE.0024 41
15 Energie Wasser Bern (ewb); Überarbeitung Eignerstrategie 2025
2026.SR.0188 54
16 Dringliche Interfraktionelle Interpellation: «Abriss auf Vorrat» an der Weissensteinstrasse 4/4a – die Stadt Bern und Freiräume, Kultur und nachhaltige Stadtentwicklung
Verschoben und eingereicht 61
Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr. 63

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Damian Fenner
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanović
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Raphaela Tschümperlin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli
Vera Zotter

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Evelyne Grieb
Georg Häsler
Nora Krummen
Cemal Özçelik
Irina Straubhaar

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt doch sehr gerne Platz. Wir sind in der Zwischenzeit beschlussfähig. Herzlich willkommen aus der Sommerpause. Ich weiss aber schon von einigen von euch – zum einen haben wir uns am Stadtratsausflug gesehen, die meisten von euch – zum anderen weiss ich aber auch, dass die Sommerferien schon weit zurückliegen und ihr mitten in euren Budgetdiskussionen seid. Nichtsdestotrotz freue ich mich sehr, meine zweite Jahreshälfte als Stadtratspräsidentin mit euch starten zu dürfen.
Wie ihr seht, hat Béatrice Wertli ein wenig Verspätung und Barbara Keller darf mich hier vorne unterstützen. Wir kommen also bereits zu den Entschuldigungen für heute Abend. Für alle Sitzungen haben sich Nadine Aebischer von der SP, Georg Häsler von der FDP, Cemal Öçelik von der SP und Eveline Grieb von der SP abgemeldet. Sie schafft es eventuell noch auf die zweite Sitzung. Aber es ist noch unklar.
Wir haben heute zum Glück keine Rücktritte zu verkünden, aber eine Mitteilung zu machen, und zwar wird Laura Brechbühler von der SP sich im Zeitraum vom 3. September bis zum 3. Dezember stellvertreten lassen. Dann darf ich aber heute auch noch Erfreuliches bekunden, und zwar haben wir ein neues bekanntes Gesicht bei uns im Rat, Niklaus Mürner von der SVP. Welcome back. Du bist der Nachfolger von Bernhard Hess. Du warst 2019 und 2023 bis 2024 bei uns im Stadtrat und den meisten Stadtratskolleg*innen bereits bekannt. Und all die neuen Gesichter wirst du sicher auch noch bald kennenlernen. Also herzlich willkommen zurück bei uns im Stadtrat. Ebenfalls begrüssen möchte ich – sie ist zwar noch nicht da, aber sollte dazustossen – Janina Aeberhard von der GLP. Sie hat sich bekanntlich vom Februar 2026 bis Juli 2026 vertreten lassen und wird wieder zurück zu uns kommen.
Auch noch ganz herzlich begrüssen möchte ich unser neues Stadtratsmitglied, Damian Fenner von der SP. Alle, die am Stadtratsausflug dabei waren, konnten ihn schon kennenlernen. Ich habe das Gefühl, du wirst dich sehr gut bei uns einleben und ich hoffe, du hast schon ein gutes Bild von unseren Stadtratskolleg*innen. Du trittst die Nachfolge an für Fuat Köçer von der SP. Darum freue ich mich sehr, dich heute begrüssen zu dürfen, und wünsche dir viel Erfolg und viel Spass im neuen Amt.
Als nächstes noch eine Mitteilung, die ich gerne mit euch teilen würde. Und zwar: Wie die Fraktionspräsidien bereits wissen, werden wir im Rahmen der Demokratiewoche einen Demokratietag durchführen. Am 3. September wird dieser stattfinden. Die Idee ist, dass wir die Tore für die Bevölkerung öffnen und mit ihnen in Austausch treten. Es wird vor der Stadtratssitzung eine Führung geben und dann während der Stadtratspause ein Meet-and-Greet mit dem Stadtrat mit ein paar spannenden Fragen, bei denen sich die Bevölkerung direkt an euch wenden kann. Ich bin sehr gespannt auf den Anlass, wer alles vorbeikommt, und auf die tollen Gespräche. Wir werden es morgen noch an der Fraktionspräsidienkonferenz diskutieren. Ich freue mich über alle Mitglieder aus dem Rat, die am 3. September zu uns stossen.
Und weil es jetzt schon ein bisschen her ist, wiederhole ich es nochmals: Ihr dürft das Badgen bitte nicht vergessen. Und die Vorstösse müssen wie immer eingereicht werden: die dringlichen bis 21 Uhr und die regulären bis 21.30 Uhr.

2024.BSS.0101

2 Ersatzwahlen in Schulkommission

Präsidentin: Wir kommen zum ersten ordentlichen Traktandum, Traktandum 2. Wir kommen zu den Ersatzwahlen in die Schulkommission. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Kommission: In der Schulkommission in Bethlehem gab es wiederum einen Wechsel bzw. wir haben die Ehre, dass wir die zwei neuen Mitglieder wählen dürfen. Und zwar treten Herr Robert Buchli von der GFL sowie Bernhard Hess von der SVP aus der Schulkommission Bethlehem zurück und wir dürfen als neue Mitglieder wählen, Eli Aisics, ebenfalls von der GFL, und Henri-Charles Beuchat von der SVP. Seitens der SBK-Kommission haben wir beide Mitglieder einstimmig zur Wahl empfohlen. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das Vorstellen. Ich nehme an, es gibt keine Fraktionsvoten oder Einzelvoten. Die Gemeinderätin verzichtet. Dann kommen wir bereits zur Wahl.
Ihr habt es gehört: Nominiert sind für die Schulkommission Bethlehem, Eli Aisics und Henri-Charles Beuchat. Gibt es hier noch weitere Wahlvorschläge? – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann werden wir die Wahl mittels Handerheben bestimmen. Wer jetzt der Wahl zustimmen möchte, hebt bitte die Hand.

Wahl

Einstimmig gewählt.

Präsidentin: Gibt es Enthaltungen? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann gratuliere ich ganz herzlich zur Wahl in die Schulkommission Bethlehem.

2026.SR.0239

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Stellvertretendes Mitglied

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 3, zur Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die RWSU, der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Es hat es nicht auf die reguläre Antragsliste geschafft. Daher habt ihr es als Tischvorlage vor euch, und zwar ist nominiert Niklaus Mürner als stellvertretendes Mitglied in der RWSU. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge? Wenn es keinen Diskussionsbedarf gibt, kommen wir auch hier zur Wahl. Auch hier werden wir mittels Handerheben abstimmen.
Wer Niklaus als Ersatzmitglied in die RWSU wählen möchte, stimmt jetzt darüber ab. – Auch das scheint eindeutig zu sein. Gibt es noch Enthaltungen? – Keine.

Antrag 1 Tischauflage
SVP
Der Stadtrat wählt Niklaus Mürner (SVP) als Mitglied in die Kommission für Ressource, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für den zurückgetretenen Bernhard Hess (SVP).

Wahl

Einstimmig gewählt.

Präsidentin: Wunderbar, dann herzliche Gratulation.

2026.SR.0209

4 Protokoll Stadtrat 10 vom 28.05.2026; Genehmigung
Gemeinsame Beratung der Traktanden 4, 5 und 6.

Präsidentin: Wir kommen zu den Traktanden 4, 5 und 6. Das sind die Protokollgenehmigungen für die Stadtratssitzungen vom 28. Mai, vom 11. Juni und vom 25. Juni. Bei uns sind keine Änderungsanträge eingegangen. Ist eines der drei Protokolle bestritten? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Damit sind die Protokolle somit genehmigt und vielen herzlichen Dank an die Verfassenden für die Protokolle. So schnell waren wir noch nie unterwegs.

Abstimmung

Stillschweigende Genehmigung

2026.SR.0211

5 Protokoll Stadtrat 11 vom 11.06.2026; Genehmigung
Gemeinsame Beratung der Traktanden 4, 5 und 6: siehe Traktandum 4.

Abstimmung

Stillschweigende Genehmigung

2026.SR.0212

6 Protokoll Stadtrat 12 vom 25.06.2026; Genehmigung
Gemeinsame Beratung der Traktanden 4, 5 und 6: siehe Traktandum 4.

Abstimmung

Stillschweigende Genehmigung

2025.BSS.0299

7 Sicherung eines Nachfolgeangebots für den Aufenthaltsraum Postgasse: Leistungsvertrag 2026-2027 mit dem Verein Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Region Bern (AKiB); Verpflichtungskredit
Präsidentin: Wir kommen aber jetzt bereits zum Traktandum 7. Es geht um den Leistungsvertrag mit dem Verein Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Region Bern. Es

geht um einen Verpflichtungskredit und ich erteile der Kommission das Wort. Für die Kommission SBK, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Kommission: Es geht im vorliegenden Geschäft um einen Verpflichtungskredit für den Leistungsvertrag mit dem Verein AKiB in der Höhe von 507'000 Franken. Die Kommission hat das Geschäft am 22. Juni noch vor den Sommerferien vorberaten. Konkret geht es um eine Nachfolgelösung für einen Aufenthaltsraum in der Postgasse, der seit 1977 bestanden hat und Ende letzten Jahres aufgelöst wurde. Die Vermieterin des ehemaligen Angebots, die Burgergemeinde Bern, hat Eigenbedarf angemeldet und den Mietvertrag gekündigt.
Man hat eine Nachfolgelösung gesucht und gefunden, und zwar im Mattenhof an der Mattenhofstrasse 32, eine Liegenschaft gerade hinter dem Sozialamt. Die Anzahl Plätze wird von ehemals 20 um die Hälfte aufgestockt, so dass es am Schluss 30 Plätze hat. Es soll ein niederschwelliges Angebot sein für Leute am Rand der Gesellschaft. Während der Woche gibt es jeweils am Vormittag und am Nachmittag Zeitfenster für Beratungen sowie bei Bedarf auch am Wochenende.
Bisher wurde der Aufenthaltsraum von Freiwilligen betreut. Aber die Freiwilligenarbeit nimmt ab. Das ist ein gesellschaftlicher Trend. Bisher hat man das Ganze mit knapp 20 Stellenprozenten bewerkstelligt. Die Leute, die das aber bisher gemacht haben, sind jetzt im Renten- und Pensionsalter und können und wollen das nicht mehr im gleichen Umfang weiterführen. Die Stadt will das Angebot mit einem Leistungsvertrag aber weiterführen und professionalisieren und springt dort in die Lücke.
Der Aufenthaltsraum bleibt deshalb bestehen. Es gibt auch einen Leistungsausbau, das heisst, dass es nebst dem Aufenthaltsraum ohne Konsumzwang und der einfachen Verpflegung auch niederschwellige Beratungen, Wundversorgung, Begleitdienste, Duschen und Tagesruheplätze gibt. Man hat verschiedene Standorte geprüft und dem Mattenhof den Vorzug gegeben.
Das heisst, es braucht in diesem Jahr 200'000 Franken für den Aufbau des Angebots und ab nächstem Jahr wiederkehrend 307'000 Franken, um das Angebot weiterzuführen respektive zu ermöglichen. Wir haben die Vorlage, wie bereits eingehend erwähnt, am 22. Juni in der Kommission SBK diskutiert und vorberaten, und haben dort auch Themen wie Gründe des steigenden Bedarfs an Aufenthaltsräumen, Leistungsausbau, Standortwahl und die längerfristigen Ziele sowie allfällige Alternativen zum Angebot thematisiert.
Die SBK empfiehlt euch mit einem Abstimmungsergebnis von 9 zu 1, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Besteht zu diesem Traktandum überhaupt Diskussionsbedarf? – Ja, es besteht Diskussionsbedarf. Dann könnt ihr euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Also ihr müsst euch anmelden. – Also besteht kein Diskussionsbedarf? Also wie ihr wollt. Wir müssen auch keine Diskussion führen. – Sicher gut. Dann starten wir mit der FDP-Fraktion und Chantal Perriard.
Es würde sich dabei um ein Einzelvotum handeln. Gäbe es noch Fraktionsvoten? – Das scheint der Fall zu sein. Als nächstes Franziska Geiser für die GB-JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Natürlich wird die Fraktion GB-JA! dem Verpflichtungskredit zur Sicherung des Nachfolgeangebots für den Aufenthaltsraum Postgasse zustimmen. Zum Glück konnte ein neuer Raum gefunden werden und zum Glück kann das Angebot eines Aufenthaltsraums für Menschen am Rande der Gesellschaft,

wie es der Vortrag ausdrückt, weitergeführt werden. Es ist eigentlich alles gut und richtig an diesem Geschäft, wie schon gesagt. Es ist gut und richtig, dass das Angebot weitergeführt werden kann, es ist gut und richtig, dass das Angebot künftig über den Lastenausgleich finanziert wird. Gut und richtig ist, dass der Aufenthaltsraum im Vergleich zur Postgasse am neuen Standort Mattenhof grösser und somit für eine grössere Anzahl Menschen zur Verfügung steht. Dass es diesen Ausbau braucht, ist klar und es bräuchte noch mehr niederschwellige Angebote und Aufenthaltsräume für Menschen mit Lebensmittelpunkt Gasse, für Obdachlose oder einsame Menschen, für Menschen, die Schwierigkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder die aus anderen Gründen auf einen Aufenthaltsraum angewiesen sind.
Gut und richtig ist auch, dass das Angebot professionalisiert wird und Fachpersonen ein niederschwelliges Unterstützungsangebot bereitstellen. Gerade für Menschen mit psychischen Erkrankungen kann dies stark notlindernd sein. Denn insbesondere Menschen mit psychischen Erkrankungen gibt es nicht genügend Angebote. Das hängt damit zusammen, dass es einen grossen Mangel an Therapieplätzen gibt, aber auch damit, dass es zu wenige niederschwellige Angebote gibt für Menschen, die den psychiatrischen Einrichtungen gegenüber misstrauisch sind. Deshalb ist diese Professionalisierung sinnvoll. Gleichzeitig finde ich es auch bewundernswert und sehr wertvoll, dass sich Freiwillige nach wie vor ehrenamtlich für den Aufenthaltsraum engagieren. Schliesslich sind auch die neuen Infrastrukturangebote nötig. Ich kann mir gut vorstellen, dass jeweils im Sommer der Aufenthaltsraum in Zukunft auch Schutz vor Sonne und Hitze bieten wird. Das Einzige, was es am neuen Aufenthaltsraum zu kritisieren gibt: Es bräuchte halt mehr davon.

Präsidentin: Als nächstes Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Es ist eine gute Sache, dieser Umzug von der Postgasse an die Zieglerstrasse. Das macht sicher Sinn, vor allem einfach auch aus der Perspektive heraus, dass man die Möglichkeit hat, das Angebot auch ein bisschen ausbauen zu können, was bis jetzt in der Postgasse rein von den gegebenen Räumlichkeiten her nicht möglich gewesen wäre. Darum bringt der Umzug von uns aus gesehen eigentlich nur positive Aspekte für die ganze Einrichtung. Und die Notwendigkeit dieses Angebots, ist, glaube ich, unbestritten. Man kann neu 30 Personen aufnehmen. Vielleicht kann man es weiter ausbauen, und dann vielleicht eben 35 oder 40 aufnehmen, je nachdem, wie man es konzipiert. Daher ist doch die Perspektive auch für die Leute, die dann dort arbeiten werden – es werden vermehrt professionelle Mitarbeitende angestellt sein – sicher sehr gut.
Was ich persönlich ein bisschen bemängle, ist: Man hat wenig Zahlen. Man hat 200'000 Franken für den Aufbau, für die Aufbauphase, eben für die Vergrösserung. Darin ist sicher der Umzug auch enthalten und alles weitere – 200'000 Franken. Und ab 1. Januar sind es dann 307'000 Franken. Das sind einfach Pauschalbeträge, die da auf dem Tisch liegen, die von mir aus gesehen nicht detailliert sind. Das hätte man vielleicht schon ein bisschen detaillierter machen können, hätte dieses oder jenes als Einzelposition ausführen können, was nachher zu diesen Beträgen geführt hat. Im Grossen und Ganzen befürworten wir das Anliegen und eben auch das Vorhaben und haben entsprechend Stimmfreigabe beschlossen in der SVP-Fraktion. Danke.

Präsidentin: Als nächstes Monique Iseli für die SP-JUSO-Fraktion.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Es geht um die Sicherung eines Nachfolgeangebots für den Aufenthaltsraum Postgasse, der Ende letztes Jahr schliessen musste. Man hat aus unserer Sicht eine gute Nachfolgelösung gefunden.
Künftig stehen 30 statt bisher 20 Plätze zur Verfügung. Das ist eine Verbesserung. Wie Franziska vorhin aber auch schon gesagt hat, besteht sicher auch noch Luft nach oben in Zukunft. Hier wird nicht einfach ein altes Angebot eins zu eins ersetzt, sondern es gibt auch eine Verbesserung, wie gesagt. Bisher wurde der Aufenthaltsraum praktisch vollständig von Freiwilligen und nur mit 20 Stellenprozent getragen. Das war schon länger nicht mehr angemessen und mit dem gesellschaftlichen Rückgang des freiwilligen Engagements künftig nicht mehr möglich. Die vorgesehene Professionalisierung ist aus unserer Sicht wichtig.
Die Besucher*innen dieses Angebots sind Menschen in prekären Situationen mit oft komplexen Problemlagen, psychischen Erkrankungen, Mehrfachbelastungen und Instabilität. Betroffene Menschen brauchen niederschwellige Beratung, auch Wundversorgung, Begleitdienste sowie eine einfache Infrastruktur wie Duschen und Tagesruheplätze. Das alles leistet das neue Konzept.
Mit der neuen Lösung liegt ein professionelleres und grösseres Angebot auf dem Tisch, als es bisher bestand. Die entsprechenden Kosten werden über den kantonalen Lastenausgleich getragen. Die Stadt trägt daran ihren ordentlichen Anteil. Angesichts des anerkannten und wachsenden Bedarfs an Aufenthaltsräumen in unserer Stadt – die Strategie Obdach hält das klar fest – ist dieser Ausbau wichtig. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit und dankt an dieser Stelle dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Nachfolgeangebots und dem Team von AKiB für ihr wertvolles und grösstenteils freiwilliges Engagement.

Präsidentin: Als nächstes Oliver Berger für die FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Es ist wichtig, dass wir für Leute in Notlagen einen guten Sozialstaat und ein Auffangnetz haben. Das ist für die FDP unbestritten. Trotzdem stehen wir dem schleichenden Leistungsausbau und dem schier unbegrenzten Aufblasen der Verwaltung für den Sozialstaat kritisch gegenüber. Es ist bedauerlich, dass wir heutzutage immer weniger freiwillige oder ehrenamtliche Leute finden, die einen sozialdiakonischen Dienst an der Allgemeinheit oder am Nächsten leisten wollen. Es kann längerfristig nicht die Lösung sein, dass bei jedem Angebot, das eingeht oder wo es keine Nachfolgelösung gibt, der Staat einspringt.
Zudem muss es grundsätzlich auch das Ziel sein, dass solche Angebote wie AKiB eine vorübergehende Lösung darstellen für die Leute, so dass sie möglichst rasch wieder auf eigenen Beinen stehen und ihrem Alltag nachgehen können. Die permanente Unterstützung des Staates durch Beratung, Aufenthaltsräume oder Schlafplätze kann nicht die Lösung sein. Wir fordern darum hier die Direktorin der BSS auf, künftig Mass zu halten – und auch zu einem Umdenken. Wir nehmen als Fraktion FDP den Verpflichtungskredit grossmehrheitlich an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, kommen wir jetzt zu den Einzelvoten. Ihr könnt euch gerne anmelden. Als nächstes Chantal Perriard, FDP.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Ich habe letzten Monat "Armut – was wäre, wenn ich?" besucht. Ein Projekt, das gemeinsam mit Caritas, Surprise, ATD Vierte Welt realisiert wurde. Dort bin ich Roger Meier begegnet, vielen in Bern auch als "Röschu" bekannt. Er war selbst über 20 Jahre obdachlos und führte später soziale Stadtrundgänge durch Bern.
Ich fragte ihn, was er jemandem raten würde, der plötzlich obdachlos wird. Seine Antwort war sehr konkret: Als erstes zum Frühstück in den Aufenthaltsraum der AKiB, früher an der Postgasse 35, heute an der Mattenhofstrasse 32. Diese Antwort ist mir geblieben, weil sie sehr anschaulich zeigt, welche Bedeutung ein solches, niederschwelliges Angebot haben kann. Es ist ein Ort ohne Konsumzwang, an dem Menschen etwas essen, Kontakte knüpfen, sich austauschen und bei Bedarf weitere Unterstützung erhalten können. Den früheren Aufenthaltsraum an der Postgasse kannte ich vom Vorbeigehen. Kürzlich wurde mir wieder erzählt, dass regelmässig Freiwillige vorbeikamen und den Besucherinnen und Besuchern etwa die Haare schnitten. Solche kleinen Dinge mögen von aussen unscheinbar wirken, können für Menschen in einer schwierigen Lebenssituation aber sehr viel bedeuten.
Ich kann auch nachvollziehen, weshalb das Angebot heute stärker professionalisiert wird. Der Aufenthaltsraum wurde bisher stark von Freiwilligen getragen. Gleichzeitig sind die Situationen der Menschen, die ihn nutzen, komplexer geworden, gerade auch wegen psychischer Belastungen. Es ist deshalb richtig, dass das grosse Engagement der Freiwilligen künftig durch eine stärkere fachliche Begleitung ergänzt wird. "Armut – was wäre, wenn ich" hat mir nochmals vor Augen geführt, wie schnell wir in eine schwierige Lebenssituation geraten können. Für mich ist dieser Aufenthaltsraum deshalb ein wichtiges Angebot für unseren Staat. Ich unterstütze den Leistungsvertrag und den beantragten Kredit.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine weiteren Einzelvoten zu geben. Dann übergebe ich als nächstes der Gemeinderätin Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend miteinander, vielen Dank für diese angeregte Diskussion und vor allem für die breite Unterstützung dieses Geschäfts. Neben dem notwendigen Ausbau der Notschlafplätze in letzter Zeit beschäftigt uns hier in der Stadt auch der Bedarf an Aufenthaltsräumen. Das wurde heute schon mehrmals erwähnt und das steht bei uns momentan auch im Fokus. Dieser Bedarf ist vorhanden, das wissen wir. Und es ist davon auszugehen, dass er nicht abnehmen wird, da die Prekarisierung, das Thema von Einsamkeit und sozialer Isolation ein Thema ist, welches immer mehr Menschen betrifft, auch hier bei uns in der Stadt Bern. Und deshalb müssen wir schauen, dass wir in diesem Bereich genügend Angebote zur Verfügung stellen können und damit unseren Beitrag zur Armutsbekämpfung auch leisten. Und vielleicht gerade an die FDP: Als zuständige Direktorin werde ich bei einer wachsenden Obdachlosigkeit und einer wachsenden Armut nicht Mass halten beim zur Verfügung stellen von niederschwelligen Angeboten, auf welche die Menschen per schweizerische Verfassung ein Anrecht haben. Auch wir hier in der Stadt tragen Verantwortung und auch ihr im Parlament tragt diese Verantwortung.
Der Aufenthaltsraum der AKiB war schon seit den 70er-Jahren ein wichtiger Ort für viele Menschen in Bern. Und seit jeher wird er von engagierten Freiwilligen getragen. Das ist übrigens auch heute immer noch der Fall. Es ist nicht so, dass sie weniger Freiwillige haben und deshalb professionalisiert wird, sondern es braucht diese Professionalisierung, weil eben die Bedürfnisse und der Bedarf an professioneller Unterstüt-

zung aufgrund der Komplexität der Probleme, die die Menschen haben, notwendig wurden. Ich will mich an dieser Stelle ganz herzlich bei all diesen Freiwilligen bedanken und natürlich auch bei den Mitarbeitenden. Die Freiwilligen haben letztes Jahr auch den städtischen Sozialpreis erhalten, welcher freiwillige Arbeit auszeichnet. Und letztes Jahr wurden Projekte ausgezeichnet, welche Safer Spaces, also Schutzräume, anbieten. Und das AKiB-Angebot bekam auch so einen Preis. Es ist sehr wichtig, dass sich die Leute dafür engagieren, es ist aber auch wichtig, dass wir Professionalität anbieten können.
Als im Frühling 2025 bekannt wurde, dass der damalige Aufenthaltsraum in der Postgasse einen neuen Standort suchen muss, war es auch seitens der Verwaltung sehr wichtig, dass wir mithelfen, eine gute Nachfolgelösung zu finden. Das Thema hat euch im Stadtrat auch beschäftigt und es kam auch zur Einreichung des Postulats "Öffentliche Aufenthaltsräume sicherstellen". Und es freut mich sehr, dass wir nun eine gute Lösung gefunden haben, und die AKiB vor allem eine gute Lösung im Kolpinghaus im Mattenhofquartier gefunden hat und dass wir auch dieses Angebot dem kantonalen Lastenausgleich zuführen konnten. Es ist also eine gemeinsame Aufgabe des Kantons, der Gemeinden im Kanton und uns, dass wir diese Angebote auch gemeinsam tragen können.
Und mit diesem Umzug an den neuen Standort wurde das Angebot gleichzeitig konzeptionell auch ausgebaut. Das war auch gut. Finanziell steht es jetzt auf soliden Füssen. Und wir haben an diesem Standort jetzt ein sehr gutes Angebot, das unterdessen auch rege genutzt wird. Es wird uns sicher weiterhin beschäftigen, wie es im unteren Teil der Stadt, auch in der Altstadt, aussehen wird. Wir stellen dort auch einen Bedarf an Aufenthaltsräumen fest. Und das ist ein Thema, das uns hier noch weiter beschäftigen wird. Ich bedanke mich herzlich für die gute Aufnahme des Geschäfts.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zur ersten Abstimmung des heutigen Abends. Ihr habt es gehört, wenn ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt Ja stimmen mit Grün.

Abstimmung Nr. 005

2025.BSS.0299

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Verpflichtungskredit für das AKIP mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen so angenommen.

2026.BSS.0023

8 Neuregelung der Finanzierung des Aufenthaltsraums für Menschen mit einer Alkoholabhängigkeit "La Gare": Nachkredit zum Globalkredit 2026 des Sozialamts

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 8. Es geht um einen Nachkredit zum Globalkredit 2026 des Sozialamts für das "La Gare". Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Kommission: Bei diesem Geschäft geht es um die Finanzierung des "La Gare". Das "La Gare" ist ein Aufenthaltsort für Menschen mit Alkoholabhängigkeit, das seit 2005 besteht und von der Stiftung Contact betrieben wird. Bis 2025 wurde das "La Gare" über den kantonalen Suchtfonds finanziert. Per 2026 will der Kanton die Finanzierung ändern. Das Angebot soll neu über den kantonalen Lastenausgleich finanziert werden. Der Kanton will die Finanzierung ändern, weil er den kantonalen Suchtfonds künftig nicht mehr zur Finanzierung von Regelangeboten nutzen will, sondern diese Mittel für Pilotprojekte einsetzen möchte.
Und darum wurde das "La Gare" in die laufende Ermächtigung Wohnen/Obdach eingeschlossen, die hier auch schon mehrmals Thema war. Diese Änderung hat Auswirkungen auf die städtische Budgetierungslogik. Vorher sind die Beiträge direkt über das Sozialamt eingegangen. Und neu werden sie, wie andere durch den Lastenausgleich finanzierte Angebote, über den Direktionsstab der BSS eingehen. Das hat einen Einnahmenwegfall beim Sozialamt zur Folge. Und darum braucht es diesen Nachkredit.
Was auch noch kurz anzumerken ist: Auch wenn die Kosten des "La Gare" in dem Sinn vollständig durch den Lastenausgleich finanziert werden und die Stadt selbst keine direkten Kosten trägt, muss sie sich auch am Lastenausgleich beteiligen. Nach dem Verteilschlüssel der Stadt ausgerechnet heisst das, dass die Stadt sich ungefähr mit 19'931 Franken an den Kosten des "La Gare" beteiligt. Bei der vorherigen Finanzierung gab es in dem Sinn gar keine Beteiligung der Stadt. Diese Änderung in der Finanzierung hat dann unter anderem auch zur Folge, dass es statt einer einfachen Vereinbarung mit der Stiftung Contact, wie das bis anhin der Fall war, neu einen Leistungsvertrag mit der Stadt gibt.
In der SBK haben wir noch darüber diskutiert, was diese Änderung von einer einfachen Vereinbarung zu einem Leistungsvertrag für Auswirkungen auf das "La Gare" hat. Uns wurde gesagt, dass das Angebot grundsätzlich gleich bleibt. Etwas mühsam war anscheinend, dass das "La Gare" in Vorleistung gehen musste, weil der Kanton erst Ende 2025 entschieden hat, die Finanzierung zu ändern, und der Leistungsvertrag deshalb erst nachträglich verhandelt werden konnte. Eine weitere Herausforderung, über die wir in der Kommission diskutiert haben, ist der Umbau des Bahnhofs. Das "La Gare" befindet sich beim Kurzparking im Hauptbahnhof. Und wegen der Verzögerungen beim Umbau haben sich auch die Verhandlungen mit der SBB verzögert. Und es ist nach wie vor nicht ganz klar, wie und wo das "La Gare" in Zukunft betrieben werden kann. Die SBK hat den Nachkredit einstimmig angenommen und empfiehlt somit dem Stadtrat ebenfalls die Annahme des Geschäfts.
Ich würde gerne noch das Fraktionsvotum anhängen.

Präsidentin: Die restlichen können sich gerne jetzt für die Fraktionsvoten anmelden.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Die GB-JA!-Fraktion ist überzeugt, dass das "La Gare" ein wichtiges Angebot ist. Wir sind sehr froh, dass weiterhin eine Finanzierung durch die öffentliche Hand vorgesehen ist. Gerade die aktuellen Entwicklungen bezüglich der wachsenden Herausforderungen im Suchtbereich und dem akuten Mangel an geeigneten Aufenthaltsräumen und Unterstützungsangeboten zeigen, wie zentral solche Angebote wie das "La Gare" für die Stadt Bern sind. Wichtig ist darum aus unserer Sicht auch, dass mit dem Umbau des Bahnhofs der Betrieb des "La Gare" weiterhin sichergestellt werden kann und dass die Stadt, wenn nötig, Contact in den Verhandlungen mit der SBB auch unterstützt. Die GB-JA!-Fraktion wird den Nachkredit selbstverständlich annehmen.

Präsidentin: Als nächstes Monique Iseli für die SP-JUSO-Fraktion.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion stimmt diesem Nachkredit selbstverständlich zu. Das "La Gare" bleibt bestehen, wie es ist. Das ist wichtig. Seit über 20 Jahren bietet es Menschen mit schwerer Alkoholabhängigkeit einen geschützten Ort mit Betreuung, Verpflegung und dem Zugang zu weiterführender Hilfe. Betroffenen Menschen wird geholfen und gleichzeitig wird der öffentliche Raum rund um den Bahnhof entlastet.
Das "La Gare" bietet ein Angebot, das sich bewährt hat und unbedingt weitergeführt werden muss. Die Stadt beteiligt sich künftig über den Lastenausgleich mit knapp 20'000 Franken an den Kosten. Das macht aus unserer Sicht Sinn. Auch der Wechsel von der einfachen Vereinbarung zum ordentlichen Leistungsvertrag ist für uns nicht problematisch. Er bringt zwar etwas mehr Formalismus, aber für die Stiftung Contact und ihre Klientel ändert sich dadurch finanziell und operativ nichts. Kurz, wir haben es hier mit einer notwendigen, grösstenteils buchhalterischen Anpassung zu tun, die eine bewährte soziale Institution absichert. Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu und dankt der Stiftung Contact für die wichtige Arbeit.

Präsidentin: Als nächstes Michelle Steinemann für die Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Das "La Gare" der Stiftung Contact ist ein wichtiger Treffpunkt für Alkoholabhängige. Wir von der Mitte-Fraktion unterstützen es, dass es solche Angebote gibt. Für sie ist es wichtig, so einen Ort zu haben, wo sie sich aufhalten können, und der auch zentral gelegen ist. Darum stimmen wir sowohl dem nötigen Nachkredit zu als auch dem Vorhaben, einen Leistungsvertrag mit der Stiftung Contact abzuschliessen.

Präsidentin: Als nächstes Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Das vorliegende Geschäft ist eigentlich ein Nullsummenspiel für die Stadt. Es wird einfach jetzt nicht über den Suchtfonds kantonal abgerechnet, sondern über den kantonalen Lastenausgleich. Zum "La Gare" vielleicht noch schnell: Das ist eigentlich eine sehr alte Institution. Ich kann mich erinnern: Als der Bahnhof noch nicht umgebaut war, hatten wir ja dort den Affenfelsen darunter und gerade gegenüber hat die Swisscom eine Verteilerzentrale, die sie nicht mehr benötigt hat, denen zur Verfügung gestellt, damit man sie dort verpflegen konnten. Die haben dann einfach, wie soll ich sagen, dort im Bahnhof herumgesessen, sind auf den Treppen gesessen und haben ihr Bier getrunken, ihren Alkohol getrunken und haben sich nachher eben dort in diesem Gebäude der Swisscom, das nicht mehr gebraucht wurde, verpflegen können. Das wurde damals ehrenamtlich betrieben.
Man hat Mahlzeiten ausgegeben, hat mit den Leuten geredet, hat geschaut und dafür gesorgt, dass sie einigermassen ein Leben führen können in unserer Gesellschaft. Wie ihr ja alle wisst: Der Bahnhof ist umgebaut worden. Die Leute mussten weg, man musste dann für Ersatzstandorte sorgen. Man hat diverse Standorte abgeklärt. Nicht überall ist das auf grosse Gegenliebe gestossen, das ganze Projekt. Man hat sich dann entschieden, einen grossen Container anzubieten, hat den dann zwischen der Grossen Schanze und dem Bahnhof platziert. Und man hat den Container so ausgestaltet, dass die Leute, eine gewisse Anzahl, sicher etwa 30 Personen, dort weiterhin verpflegt wer-

den können, dass sie eine gewisse Infrastruktur zur Verfügung haben, dass sie teilweise auch ihre Kleider selbstständig waschen können und dass sie einen gewissen Aufenthaltsort auf sicher haben, weil sie durch den Umbau wegmussten. An und für sich ist das Projekt gelungen, ist gut gekommen. Es sind wohl nicht alle nachher dort hinaufgegangen. Es hat nach wie vor Leute im Bahnhof. Die wollen unter Leuten sein, die wollen sich nicht dort oben absondern. Aber ich möchte sagen: Zwei Drittel konnte man dort oben platzieren.
Unsere Fraktion – nicht ganz alle – befürwortet den Kredit, also respektive die Ummodellierung der Finanzierung. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Wenn es keine Fraktionsvoten mehr gibt, könnt ihr euch jetzt noch für Einzelvoten anmelden. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich gerne das Wort Gemeinderätin Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Vielen Dank auch für diese Debatte und die wohlwollende Aufnahme dieses Geschäfts. Vor 21 Jahren genehmigte der Stadtrat hier in diesem Saal das Konzept eines städtischen Aufenthaltsraums für Menschen mit einer Alkoholabhängigkeit. Im März war das. Das "La Gare" ist seither ein sehr wichtiger Puzzlestein in der städtischen Suchtpolitik. Es bietet Menschen mit einer Alkoholabhängigkeit einen geschützten und würdigen Raum, um sich zu verpflegen, auszutauschen oder einfach zu sein. Mitgebrachte, niedrigprozentige Alkoholika dürfen konsumiert werden.
Das "La Gare" war von Anfang an sehr gut besucht und ist es auch heute noch. Und es wurde und wird für viele Menschen immer wieder zu ihrem Stübli, wo sie sich eben ungestört aufhalten, miteinander schwatzen, Kontakte knüpfen konnten und nach wie vor können. Es ist ein sehr wichtiges Angebot im Raum des Bahnhofs, das sehr gut funktioniert. Es war auch im Stadtrat seit jeher unbestritten, bis auf die Standortfrage. Darüber hat man immer wieder politisch diskutiert. Es war auch immer auf operativer und auf fachlicher Ebene ein Thema. Dieser Standort funktioniert aber mittlerweile sehr gut. Er wird uns aber vermutlich im Zusammenhang, das wurde von der Referentin schon erwähnt, mit der Neugestaltung des Bahnhofraumes wieder beschäftigen. Darüber werden wir euch sicher auf dem Laufenden halten. Ich will mich an dieser Stelle auch bei unserer langjährigen Partnerin, der Stiftung Contact, und den "La Gare"-Mitarbeiter*innen herzlich bedanken für die gute Zusammenarbeit und ihr Engagement.
Ich mache noch kurz den finanztechnischen Exkurs, vielleicht so zur Aufwärmung für die Budgetdebatte. Es ist ja immer ein bisschen kompliziert, welche Gelder im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich fliessen. Es wurde erwähnt: Im Rahmen der Zulassung des Aufenthaltsraums AKiB, den wir vorhin diskutiert haben, wünschte sich der Kanton auch eine Neuregelung der Finanzierung des Aufenthaltsraums "La Gare". Das konnte dann in einem Paket mit dem Kanton verhandelt werden. Bis zum Jahr 2025 war der kantonale Suchtfonds die Finanzierungsquelle. Wir können jetzt auch das "La Gare"-Angebot dem Lastenausgleich zuführen. Am Angebot selbst ändert sich nichts. Es geht um die Neuregelung der Finanzierung.
Es wird neu so sein, dass im Globalkredit des Sozialamtes die Einnahmen aus dem Suchtfonds wegfallen. Die fallen dort im Budget weg. Die neuen Einnahmen aus dem Lastenausgleich gehen aber wiederum künftig in den Gesamttopf des kantonalen Lastenausgleichs. Und der ist beim Direktionsstab des BSS-Budgets eingestellt Und das ist auch der Grund, warum es einen Nachkredit zum Globalkredit des Sozialamtes braucht – um diesen buchhalterischen Einnahmenwegfall zu kompensieren. Es geht

hier also in erster Linie um eine formale Anpassung des Budgets, die aus finanzrechtlichen Gründen durch euch genehmigt werden muss. Die Neuregelung der Finanzierung des "La Gare" führt für die Stadt zu geringen Mehrkosten. Das ist ja immer so, wenn etwas dem Lastenausgleich zugeführt wird. Dann haben wir daran auch eine kleine Beteiligung. Diese Mehrkosten sind jedoch im Gesamtkontext der Finanzierung sämtlicher Aufenthaltsräume zu betrachten. Insgesamt handelt es sich hier bei diesem Gesamtpaket aus Sicht des Gemeinderats um eine sehr sinnvolle und stimmige Lösung. Und ich bedanke mich im Namen des Gemeinderates für die gute Aufnahme und die Unterstützung dieses Geschäfts und wünsche euch allen noch einen guten Stadtratsabend.

Präsidentin: Somit kommen wir jetzt bereits zur Abstimmung. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 006

2026.BSS.0023

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats für den Nachkredit zum Globalkredit für das Sozialamt angenommen. Vielen Dank. Bevor wir jetzt aber zum Traktandum 9 kommen, möchte ich es mir nicht nehmen lassen, unsere Gäst*innen auf der Tribüne zu grüssen. Ich habe heute tatsächlich bereits 3 ehemalige Stadtratspräsidien auf der Bühne gesehen. Sehr schön, euch dazuhaben. Viel Spass bei der Stadtratssitzung und beim nostalgischen Schwelgen.

Traktandum 9 wird verschoben, um der Kommissionsreferentin genügend Vorbereitungszeit für ihr Votum zu gewähren.

2026.FPI.0031

10 Rechenzentrum Leaf-Switches: Ersatz; Investitionskredit

Traktandum 10 wird vorgezogen.

Präsidentin: Wenn das für alle in Ordnung ist, kann sich die Kommissionssprecherin entsprechend für das Traktandum 9 vorbereiten. Gut, also wir kommen jetzt zum Traktandum 10, Rechenzentrum Leaf-Switches. Hier geht es um einen Investitionskredit und hier erteile ich der Kommission das Wort. Für die RWSU, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Kommission: Heute sprechen wir über den Ersatz der Leaf-Switches in unseren Rechenzentren. Sie sind ein zentrales Element moderner Rechenzentren-Netzwerke. Es gibt 3 wesentliche Elemente im Netzwerk: die Leaf-Switches, die Spine-Switches und die Server. Leaf-Switches verbinden Server, Storage-Systeme und Endgeräte und sie transportieren den eigentlichen Datenverkehr.

Heute geht es um einen Investitionskredit von 625'000 Franken für den Ersatz der Leaf-Switches in den beiden städtischen Rechenzentren sowie den Back-up-Räumen Beerhaus und Bundesgasse. Als 2019 die Netzwerkinfrastruktur in den beiden städtischen Rechenzentren erneuert wurde, wurde die Wartung der Leaf-Switches für 5 Jahre, das heisst bis 2024, gelöst und dann um weitere 2 Jahre verlängert. Inzwischen ist die sogenannte Produktabkündigung erfolgt und die Switches kommen Anfang 2027 zu End of Life. Der Auftrag wurde mittels WTO GATT durch IBE in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Beschaffungswesen im offenen Verfahren Mitte 2026 ausgeschrieben.
Sobald der Kredit vom Stadtrat gesprochen wird, ist die Vertragsunterzeichnung für dieses Quartal geplant. Danach werden die Lizenzen bestellt, die Hardware installiert und die Lizenzen aktiviert. Die Integration sowie Übergabe des Betriebs an IBE sind im ersten Quartal 2027 geplant. Wie gesagt, handelt es sich um einen Investitionskredit von 625'000 Franken und dieser wird über 5 Jahre abgeschrieben, davon sind 550'000 Franken die Kosten für die Leaf-Switches inklusive Lizenz und Wartung für 5 Jahre.
Wenn die Wartung bereits in den Investitionskosten mitgerechnet wird, bietet das auch dem Lieferanten Sicherheit. Deshalb gewährt er einen Rabatt von 5 bis 10%. Die Abhängigkeit vom Lieferanten ist eine Tatsache. Der Vorteil ist aber, dass die Sicherheit besteht, dass die bestellten Leistungen dann auch wirklich verfügbar sind und die Kosten über den Zeitraum dieser 5 Jahre geregelt sind.
Was ist der Nutzen dieser Investition? Die Switches-Erneuerung führt zu höherer Leistung und Stabilität in den Rechenzentren. Die neue Hardware ist leistungsfähiger und energieeffizienter und die Bandbreite der Schnittstellen kann erhöht werden. Da die derzeitige Strategie von IBE eine Kombination zwischen Rechenzentren und Cloud-Lösungen vorsieht und nicht erwartet wird, dass sich diese Tatsache in den nächsten Jahren ändert, empfiehlt die Kommission einstimmig, dieses Geschäft zur Annahme. Vielen Dank.

Präsidentin: Ich habe dich schon vom Rednerpult abgemeldet. Aber wenn du gerne das Fraktionsvotum halten möchtest, kann dich jemand noch rasch anmelden und dann kannst du auch gleich das Fraktionsvotum halten.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Votum ist ein bisschen übertrieben, aber ja. Die GLP-EVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu. Es entspricht dem derzeitigen hybriden Ansatz von Rechenzentren und Cloud-Lösung kombiniert. Ausserdem begrüssen wir, dass mit dem Ersatz der Hardware Energieeffizienz erzielt werden kann.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. – Doch, es gibt ein Fraktionsvotum. Gerne Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Es ist wohl unbestritten, dass man die Leaf-Switches erneuern muss. Was einfach beim ganzen Geschäft befremdet, sind erstens einmal die hohen Kosten, die entstehen. Und nachher mutet auch komisch an, dass der Lieferant kommt und sagt: Wir machen hier nichts mehr. Wir kündigen eigentlich das Produkt und wenn ihr noch weiterarbeiten wollt, müsst ihr einfach ein neues kaufen. Wir werden Ende Jahr den Unterhalt dieser Software einstellen. – Das ist doch nicht ganz fair, auch vom Lieferanten her, dass er so auftritt und die Stadt schön brav hinterherrennen und schauen muss, dass die Lösung, die er anbietet, wieder implementiert wird. Das Geschäft hat einen etwas komischen Beigeschmack. Die Notwendigkeit ist sicher da, dass man das ablöst, wenn wir weiterarbeiten wollen. Aber dass man sich vom Lieferanten

einfach so unter Druck setzen lässt – bis dann unterstützen wir es noch und nachher müsst ihr selbst schauen oder ihr könnt eine neue Lösung bei uns kaufen – finde ich einfach nicht ganz korrekt. Und deshalb sollte man dafür sorgen, dass man dem künftig nicht mehr so ausgeliefert ist und entsprechend vielleicht auch halt einmal einen anderen Lieferanten wählt.
Die Fraktion hat auch hier Stimmfreigabe beschlossen, wegen der hohen Kosten, aufgrund der Vorkommnisse, wie das Ganze entstanden ist. Wir werden uns nachher im Abstimmungsverfahren so verhalten.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes ist Chandru Somasundaram von der SP-JUSO-Fraktion.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den beantragten Investitionskredit von 625'000 Franken für den Ersatz der Leaf-Switches, die, wie wir in der Kommission gelernt haben, die Quartierstrassen zwischen den Servern sind. Das finde ich ein sehr gutes Bild. Die bestehenden Geräte erreichen Anfang 2027 ihr Lebensende und Lebensende bedeutet, dass sie schon länger im Einsatz sind als die üblichen 5 Jahre. Danach fehlen Wartung, Sicherheitsupdates und zunehmend auch Ersatzteile. Ein rechtzeitiger Ersatz ist deshalb notwendig, um einen sicheren und stabilen Betrieb weiter zu gewährleisten.
Die Beschaffung ist aus unserer Sicht in einem offenen und transparenten Prozess erfolgt. Und ebenfalls positiv zu erwähnen ist, dass die neue Hardware leistungsfähiger und energieeffizienter und die Wartung für 5 Jahre bereits im Kredit enthalten ist.
Wir stimmen dem Kredit deshalb zu.

Präsidentin: Als nächstes Michelle Steinemann für die Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion wird auch diesem Geschäft zustimmen. Kritisieren möchten wir hier wieder einmal das Timing. So wie wir es beurteilen, ist die neue Lösung wieder ganz knapp bereit, wenn die alten Geräte End of Life erreicht haben. Wir möchten über Geschäfte so befinden können, dass es für Evaluationen genug Zeit gibt, und wir als Stadtrat nicht immer mit den Konsequenzen, was dann alles auf dem Spiel steht, wenn man es jetzt nicht macht, konfrontiert werden.

Präsidentin: Vielen Dank, wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, hätte es jetzt noch Zeit für die Einzelvoten. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich gerne das Wort der Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank für die grossmehrheitlich positive Würdigung dieses Geschäfts. Es ist tatsächlich so, dass in solchen Technologien, die im Grundsatz unbestritten sind und für die es auch nicht so viele verschiedene technologische Varianten auf dem Markt gibt, auch der Entscheidungsspielraum relativ eingeschränkt ist. Aber es ist schon so, dass es doch diverse Zusammenhänge hat. Vielleicht zu dem, was der Vertreter der SVP angesprochen hat, dass, wenn Hardware im Zusammenhang mit einer Software betrieben wird und dann für die Hardware nach 8 Jahren Betrieb kaum mehr Ersatzteile gefunden werden können, Serviceleistungen. nicht mehr angeboten werden und auch die Sicherheitsbedingungen nicht mehr erfüllt werden können, selbstverständlich auch die Software ein bisschen mit im Netz hängt. Und deswegen haben Sie mit diesem Investitionskredit zusammen jetzt die Lizenzen, eben

nicht nur die Leaf-Switches, sondern auch die zugehörigen Lizenzen und auch die Wartung über 5 Jahre.
Dann danke ich herzlich für die Unterstützung des Geschäfts und freue mich auf das nächste Traktandum.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ihr habt es gehört: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 007

2026.FPI.0031

Annahme

Ja	59
Nein	1
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Investitionskredit zugestimmt.

2022.TVS.000064

11 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2025

Traktandum 11 wird vorgezogen.

Präsidentin: Wir springen nun etwas weiter, und zwar zu Traktandum 11, dem Leistungsauftragsbericht Bernmobil 2025. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die GPK, Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Kommission: Ihr habt sicher alle den Bericht ausführlich gelesen. Deshalb fasse ich mich kurz. Die Geschäftsprüfungskommission hat den Auftrag, den Gemeinderat zu beaufsichtigen, ob dieser seiner Aufsichtsfunktion gegenüber Bernmobil gerecht wird. Das gleiche System gilt bekanntlich auch bei EWB. Wichtig ist hier wie auch bei EWB die Eignerstrategie, die der Gemeinderat verabschiedet hat.
Sie gilt bei Bernmobil aktuell seit 2020 bis 2028 und sie sieht Bernmobil unter anderem als zentralen Teil der Klimastrategie, der Verkehrspolitik wie auch des Service public in der Stadt Bern. Der Gemeinderat bekennt sich beispielsweise auch zu seinen Verpflichtungen gegenüber den Angestellten von Bernmobil.
Das Jahr 2025 war ein bisschen weniger ereignisreich als 2024. Damals hatten wir bekanntlich das Schneedebakel am Wahlwochenende im November – wir erinnern uns alle –, das auch politisch zu einigem Aufruhr geführt hat.
Zu den Finanzen: Diese sind sehr stabil. Man hat einen Gewinn von 3,1 Mio. Franken erwirtschaftet. Das ist ein bisschen weniger als im Vorjahr. Damals waren es 3,3 Mio. Franken. Bernmobil wirtschaftet also sehr gut. Bei den Fahrgastzahlen hat Bernmobil noch nicht ganz das erreicht, was andere erreicht haben – das Niveau vor der Corona-Pandemie. Andere ähnliche Betriebe sind sogar schon leicht darüber. Das allerdings, so wurde uns mitgeteilt, hängt im Fall von 2025 direkt mit der Sperrung der Kornhausbrücke zusammen.
Namentlich bei der Elektrifizierung ist Bernmobil sehr gut unterwegs. 20 neue Elektrofahrzeuge wurden in Betrieb genommen, die ganze Linie 9, 10 wurde elektrifiziert. Auch

die CO_2-Reduktionsziele hat man erreicht. Man hat gesagt, dass man bis 2025 eine Reduktion von 45% will im Vergleich zu 2008. Man lag mit 48,8% darüber. Das Ziel wurde also übertroffen. Vorgesehen ist ein Ziel, Netto-Null bis 2037 zu erreichen, ein Ziel, das Bernmobil sehr ernst nimmt.
Ein weiteres Thema in der GPK waren die Massnahmen für den Fall einer Strommangellage. Wir hatten das vor einigen Jahren hier sehr ernsthaft diskutiert, weil das tatsächlich eine Möglichkeit war, die eintreten könnte. Uns konnte sehr klar aufgezeigt werden, dass auch hier beispielhaft die nötigen Massnahmen getroffen wurden, um kleine und grosse Ausfälle zu verhindern und notfalls den Betrieb aufrechtzuerhalten. Hier hat Bernmobil ein gutes Risikomanagement aufzeigen können.
Thema war zuletzt auch die Fluktuation beim Personal und vor allem natürlich der Fachkräftemangel, wie er überall gilt. Zweifellos ist Bernmobil ein unersetzliches Mittel, um unsere Stadt Tag für Tag am Laufen zu halten. Wir danken Bernmobil und insbesondere seinem Personal für die gute Arbeit. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt einstimmig, den Bericht positiv zur Kenntnis zu nehmen.
Ich würde sonst noch kurz ...

Präsidentin: Du kannst das Fraktionsvotum gerne noch anhängen.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Fraktion: Auch die SP-JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und Bernmobil für die Berichterstattung. Wir freuen uns über die Erfolge, vor allem die Anerkennung für Bernmobils Arbeit. Namentlich die Verkehrs- und Klimaziele dieser Stadt wären ohne Bernmobil nicht erreichbar, auch wenn weiterhin ein starker Effort nötig sein wird. Ende dieser Legislatur wird die Eignerstrategie des Gemeinderats für Bernmobil auslaufen. Wir hoffen, dass, gerade weil Bernmobil für diese Stadt so ein wichtiger Pfeiler der Ziele und der Strategie bei Klima und Verkehr ist, die neue Eignerstrategie breit diskutiert werden kann, auch hier im Stadtrat. Wir waren übrigens auch erfreut über die Massnahmen beim Inkasso. Wir erinnern uns an den Umgang mit Menschen, die ohne Tickets erwischt werden. Das kann bei gewissen Armutsbetroffenen zu Problemen führen bis hin zu Haftstrafen. Scheinbar wurden dort entsprechende Massnahmen getroffen.
Zuletzt danken wir natürlich auch Bernmobil und seinem Personal für die täglich verlässliche Arbeit und dem Gemeinderat für die hohe Priorisierung des öffentlichen Verkehrs.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Als erstes Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Bernmobil ist ein KMU, das 6,7 Mio. Franken pro Jahr investiert, 3,1 Mio. Franken Reingewinn hat und trotzdem die Fahrpreise verschiedener Linien erhöht. Das ist vielleicht auch nicht so verhältnismässig. Dort könnte man darauf achten, dass, wenn man einen guten Gewinn erzielt hat, vielleicht auf eine Preiserhöhung bei den Kurzstrecken verzichtet.
Weiter will man von 11 Elektrobussen auf 31 aufstocken. Es sind wahnsinnige Kosten pro Fahrzeug. Man muss auch sehen, dass eine entsprechende Ladeinfrastruktur in der Stadt gegeben sein muss – Folgekosten. Grundsätzlich muss ich sagen, ist das sicher machbar. Uns fehlt in diesem Bericht ein bisschen die kritische Betrachtung. Alles wird so ein bisschen schöngeredet. Vor allem die langfristigen Mehrkosten müssen ins Visier genommen werden.

Weiter fehlt es manchmal auch noch so ein bisschen im Gesamteindruck, dass es auf dem Platz Bern bei den Verkehrsmitteln nicht nur Bernmobil gibt. Es hat noch anderes, das dort hineinspielt wie Fussgänger, Velofahrer und so. Diesbezüglich hätten wir auch noch ein bisschen mehr erwartet in diesem Bericht.
Aber grundsätzlich ist die SVP-Fraktion positiv zu Bernmobil eingestellt. Wir danken Bernmobil und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit, die sie tagein, tagaus machen, und nehmen den Bericht im Gesamten positiv zur Kenntnis.

Präsidentin: Als nächstes Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Auch wir finden den Bericht von Bernmobil gut. Bernmobil hat sich nach Covid auch stabilisiert, als es schwierig war. Und jetzt ist man eigentlich bei ähnlichen Zahlen wie vorher. Man kann sagen: Das Ganze funktioniert. Auch wir möchten denen danken, die täglich dort arbeiten und uns eigentlich durch die Stadt begleiten.
Das Einzige, was ich fordere, und das hat nicht nur mit dem Bericht zu tun, aber mit der Leistung von Bernmobil, ist, dass bei Grossevents, seien es Demonstrationen, die planbar sind, oder anderen Events, bessere Ersatzlösungen findet. Und das ist ja nicht möglich, gerade in dem Quartier, in dem ich lebe, im Kirchenfeld/Schosshalde, wo es 3 Tramlinien hat, dass dort einfach gar nichts fährt. Denn dort wäre es gerade für die Leute, die darauf angewiesen sind, zum Beispiel an den Bahnhof zu kommen, die schlecht zu Fuss sind und keine andere Lösung haben, wichtig, dass man Lösungen anbietet und nicht sagt: Es ist nicht planbar. Denn viele Anlässe sind planbar. Und auch gewisse Demonstrationen sind voraussehbar. Und dahingehend hoffe ich, dass man noch ein bisschen mehr Dienstleistung bringt, um den Leuten zu helfen, die auf Bernmobil angewiesen sind.

Präsidentin: Merci. Als nächstes Ursula Stöckli für die FDP-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Bernmobil leistet zweifellos gute Arbeit. Das Unternehmen ist finanziell stabil, investiert viel in Beschaffungen und auch in den Unterhalt. Das schätzen wir sehr. Als FDP-Fraktion möchten wir aber einen Punkt besonders hervorheben. Die Qualität des öffentlichen Verkehrs zeigt sich nicht nur im Normalbetrieb, sondern gerade auch in ausserordentlichen Situationen. Wir haben Veranstaltungen, wir haben Baustellen. Und die führen schon heute in grosser Zahl zu Abweichungen des Fahrplans – das, was Nicolas Lutz vorhin schon gesagt hat. Umso wichtiger ist, dass auch genügend Ressourcen für das Unterhaltsstörungsmanagement und die rasche, schnelle Wiederaufnahme des Betriebs vorhanden sind – und die das auch "handeln" können. Bei künftigen Investitionen darf also nicht nur der Ausbau im Vordergrund stehen, ebenso wichtig ist die Robustheit, der Werterhalt, die Unterhaltsfähigkeit unserer Infrastruktur. "Resilienz" ist hier das Stichwort. Eine Infrastruktur, die zwar im normalen Betrieb funktioniert, aber bei Störungen und Schneefall an ihre Grenzen kommt, ist eben langfristig auch nicht nachhaltig.
Bernmobil darf aus unserer Sicht auch gerne der Stadt Forderungen stellen, und zwar zum Handling von Demos, sodass der Betrieb für Bernmobil besser sichergestellt werden kann. Der Ärger der Kundinnen und Kunden ist nämlich gross. Unser Anliegen ist deshalb klar: ein zuverlässiger Betrieb und der notwendige Unterhalt müssen jederzeit quasi sichergestellt sein, auch wenn dafür bei zukünftigen Ausbauprojekten oder Wunschlinien Prioritäten gesetzt werden müssen. In diesem Sinn nehmen wir den Bericht auch positiv zur Kenntnis. Merci für die Arbeit, Bernmobil.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch Einzelvoten? – Als erstes Einzelvotum, Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte auch zuerst danken. Bernmobil macht eine sehr gute Arbeit. Aber es gibt auch negative Punkte. Ich habe Verständnis, wenn jemand in der Spitalgasse auf das Tram rennt und der Chauffeur oder der Buschauffeur abfährt, weil er nicht warten kann. Aber ich habe nach wie vor kein Verständnis, wenn es ein kalter Novembertag ist und beim Casino jemand über den Fussgängerstreifen rennt oder gerade noch ein Billett löst und der Bus ist sogar zu früh dort und fährt einfach ab. Man muss manchmal fast lachen. Ich hatte auch einmal einen Fall mit meiner Tochter. Ich war drin, sie nicht. Dann wollte er die Türen schliessen und sagen, wir müssten jetzt abfahren. Es war um 16 Uhr oder 17 Uhr rum. Solche Sachen gehen nicht. Das ist schlecht. Das sind diese Punkte. Aber ich habe es Bernmobil auch immer gemeldet, wenn so ein Vorfall war. Ich habe gesagt: Denkt daran. Ich differenziere eben. Abend, Spitalgasse, Nachmittag, Spitalgasse, Rushhour ist etwas anderes. Aber manchmal habe ich wirklich das Gefühl, dass man in einem Aussenquartier auf einer Linie mit einer schlechten Busfrequenz teilweise sogar noch zu früh abfährt, es gewisse Leute gibt, die fast Freude daran haben, wenn die Leute dann warten müssen. Aber wie gesagt: Grossmehrheitlich sind die Chauffeure sehr nett und sehr freundlich und hilfsbereit.
Ein Punkt, darauf hätte ich gerne eine Antwort: ihr wisst, den Ladearm Elfenau habe ich immer kritisiert und gesagt: Das braucht es nicht mehr. Die neuen Kapazitäten der Elektrobusse sind viel, viel grösser. Was ich gehört habe – ich habe damals schon Vorstösse dazu gemacht –, ist es so. Ich habe immer gesagt: Wir von der IG Elfenau und die Anwohner haben den Prozess verloren. Ich stehe dazu. Es nimmt mich jetzt trotzdem wunder, ob es den braucht oder nicht. Ich gehe nach den Angaben, die ich habe, davon aus, dass es den Ladearm Elfenau nicht braucht. Wir haben zwar den Prozess verloren. Aber wenn es ihn nicht braucht, hätten wir für Bernmobil wahrscheinlich 3 oder 4 Millionen erspart, weil wir den nicht machen müssen. Das ist ein Punkt, zu dem ich gerne Auskunft hätte. Ich wurde vom Vorstand der IG Elfenau aufgefordert, diese Sache abzuklären.
Der zweite Punkt – ich danke hier meiner Vorrednerin, Ursula Stöckli; wir haben ja x Vorstösse eingereicht, auch damals noch mit Kurt Rüegsegger – erster Schnee, Bernmobil, nichts geht mehr. Ich habe immer gesagt, wenn es am Morgen um 5 Uhr viel Schnee hat und man nicht fahren kann, habe ich Verständnis. Aber wenn man es dann nach dem Motto Dällenbach-Kari macht: Wir warten mit der Schneeräumung, bis die Sonne gekommen ist. Im November, wenn vielleicht nach 4 Tagen wieder die Sonne scheint und der Schnee geschmolzen ist, dann geht es wieder, dann heisst das ein "Nerf," ein Nichterfüllen. Da möchte ich auch ganz klar ein Bekenntnis haben.
Der dritte Punkt, den ich immer anbringe, ist der mit den Demos. Es kann überraschend sein, eine unbewilligte Demo oder eine überraschende Demo. Aber dann sollte man die Leute informieren. Nicht, dass es heisst: Der Bus kommt dann wieder und dann wartet man eine halbe Stunde darauf, denn dann bin ich zu Fuss rascher zu Hause. Das dient der Sache sehr schlecht. Ich habe immer gesagt, man sollte ein Rumpfangebot haben. Es kann nicht sein, dass man eine Stadt während Stunden abriegelt. Es gibt Leute, die auf Flugzeuge müssen, um nach Hause ins Heimatland zu gehen. Ich habe das x-mal schon erlebt, dass man einfach nicht weiss, was geht. Ich habe immer gesagt, vielleicht brauche es trotzdem ein paar Kavalleriepatrouillen bei einer Demo, damit man die Sache räumen kann. Wir haben Strecken, wo man zumindest eine Variante haben sollte.

Ebenfalls wichtig für mich ist es, bei Veranstaltungen wie dem Frauenlauf oder was auch immer, ein sinnvolles Rumpfangebot zu machen. Ich sage nicht, dass alle 15 Minuten ein Bus in die Stadt fahren muss. Aber es hat Leute, die behindert sind, Leute, die betagt sind und die müssen wissen, was fährt.
Zu diesen 4 Fragen hätte ich gerne eine Antwort. Ich selbst mache davon, wie diese Antworten ausfallen, abhängig, ob ich hier zustimmen kann oder ob ich mich enthalte oder ob ich allenfalls sogar Nein stimme. Danke für das Verständnis.

Präsidentin: Danke. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, das scheint nicht der Fall zu sein, übergebe ich gerne das Wort dem Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich dachte, wir sprechen über den Leistungsauftragsbericht bei Traktandum 11. Und ich bleibe dabei, ausser man würde vom Präsidium sagen, man würde Fragen zu Bernmobil beantworten.

Präsidentin: Nein, es geht schon um den Leistungsbericht.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Alljährlich präsentieren wir Ihnen diesen Leistungsauftragsbericht und sagen, ob wir mit der Arbeit von Bernmobil zufrieden sind. Und ich kann das gleich vorneweg sagen: Wir sind mit der Arbeit von Bernmobil im Jahre 2025 sehr zufrieden. Nun könnten Sie denken, als Verwaltungsrat von Bernmobil müsse ich das ja sagen. Dem ist nicht so. Denn allein die Zahlen sprechen für sich. Der Kommissionssprecher hat sie erwähnt. Erneut erwirtschaftet Bernmobil einen Gewinn von gut 3 Mio. Franken, der grösstenteils reinvestiert oder für Ausserordentliches auf die Seite gelegt wird. Zudem transportierte Bernmobil im letzten Jahr 99,2 Millionen Personen. Das sind 0,25% mehr als im Vorjahr. Ehrlich gesagt habe ich gedacht, dass es eine etwas deutlichere Steigerung gibt. Wegen der Sperrung der Kornhausbrücke schwächte sich der Anstieg aber ab, auch im Vergleich zu anderen Verkehrsbetrieben.
An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, Sie erneut auf die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bern und Bernmobil hinzuweisen. Alles, was Bernmobil macht, macht das Unternehmen in Absprache und auch im Sinne der Stadt Bern, im Gegensatz zu den bundesnahen Betrieben auf nationaler Ebene, SBB, Post oder auch Swisscom zum Beispiel, ich war in der entsprechenden Kommission jahrelang, arbeitet Bernmobil immer im Sinne der Berner Bevölkerung und, ich würde sagen, auch im Sinne der Berner Stadtpolitik.
Allein die Vergütung des obersten Kaders, die sich an die Löhne und Entschädigungen der städtischen Verwaltung und der Politik anlehnt, zeigt, dass da niemand abgehoben ist. Das ist auf nationaler Ebene, ich erlaube mir diesen Kommentar, nicht so. Bei den Zielen zur Reduktion der CO_2-Emission ist Bernmobil weiterhin auf Kurs. Vorgesehen war, dass die Emission im Vergleich zu 2008 bis im letzten Jahr um 45% reduziert wird. Mit einer Reduktion von 48,8% wurde dieses Ziel klar übertroffen. Also auch hier ist Bernmobil auf Kurs, auf einem Kurs, der Richtung Netto-Null geht. Dies soll im Jahre 2037 der Fall sein. Zurzeit sind wir daran, eine neue Eignerstrategie zu entwickeln. Neu ist etwas zu viel gesagt, denn wir werden sehr viel gleich oder ähnlich machen wie bis anhin. Diese Eignerstrategie wird Ihnen der Gemeinderat im nächsten Jahr vorlegen. Sie umfasst den Zeitrahmen 2028 bis 2035. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir werden wie gewohnt den Leistungsbericht von Bernmobil mit Wertung zur Kenntnis nehmen.

Das heisst, ihr könnt jetzt bei der Abstimmung entweder zustimmend Grün, ablehnend Rot oder ohne Wertung Weiss abstimmen. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 009

2022.TVS.000064: Kenntnisnahme	
Zustimmend	
Ja	41
Nein	0
Enthalten	21

Präsidentin: Ihr habt den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

2024.FPI.0129

9 Ablösung Webshop Logistik Bern: Einführung Bestellplattform Stadt Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit

Traktandum 9 wurde verschoben, um der Kommissionssprecherin Vorbereitungszeit für ihr Votum zu gewähren.

Präsidentin: Wie vorher angetönt, kommen wir jetzt wieder zurück zum Traktandum 9 und ich gebe gerne der Kommission das Wort. Für die RWSU Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Kommission: Vielen Dank noch einmal. Und ich entschuldige mich nochmals. Und besten Dank, Jelena, für das professionelle Handling. Ich rede ja schon viel, aber frei reden kann ich nicht so gut.
Es geht um den Webshop der Stadt Bern, der seit 2007, also seit 19 Jahren, in Betrieb ist. Grundsätzlich ist das eine extrem lange Zeit für eine technologische Lösung. Der Shop ist etwas veraltet. Der Unterhalt und der Support würden immer schwieriger werden, wie man es halt kennt. Das ist auch logisch – 19 Jahre. 2018 gab es bereits ein Update, das Stabilität geschaffen hat. Aber auch das ist jetzt 8 Jahre her. Mittlerweile gibt es einen sehr hohen manuellen Aufwand für Standardänderungen, eine fehlende Abdeckung von modernen Kundenbedürfnissen, die aufwendige Integration in SAP und so weiter, was den Betrieb erschwert.
Ein neuer Webshop ist gemäss dem Vortrag erforderlich, um die User-Experience zu verbessern, standardisierte Schnittstellen wie OCI und einen stadtweiten Shop-Standard einzuführen, skalierbare und benutzerfreundliche Lösungen zu schaffen, um die digitale Transformation von Logistik Bern vorantreiben zu können – und auch, um das alles eben ohne Medienbruch zu schaffen. Diese Medienbrüche verursachen bekanntlich auch immer einen hohen Mehraufwand.
Es ist trotzdem relativ viel Geld. Es war die Hauptkritik in der Kommission, dass es halt 900'000 Franken sind. Die Stadt hat damit gekontert, dass das höchste Angebot bei 3 Millionen war und dass sie sich vergewissert haben, dass es kein Dumping-Angebot war, worauf die Kommission rückgekontert und gesagt hat, es gebe natürlich auch sehr, sehr günstige Lösungen für ein paar tausend Franken.
Was man über diesen Webshop alles kaufen kann, sind nicht nur Bleistifte und Heftchen für den Bürobedarf, sondern er ist auch für die Schulen und so weiter. Er ist wirklich für die ganze Verwaltung. Und die Produkte, die bestellt werden können – die gehen sehr, sehr viel weiter.

Die jetzige Lösung läuft Ende 2027 aus. So lange ist der Support noch gewährleistet. Danach besteht kein Anspruch mehr auf Support. 2025 waren 17'500 Kundenaufträge auf der Plattform, eine hohe Menge also. Davon wurden über 7'000 über den bestehenden Webshop abgewickelt, 9'500 mussten aber manuell angelegt und weiterverarbeitet werden.
Und darum geht es nun eigentlich in diesem Geschäft. Es ist der Kern, dass alles so gut wie möglich ohne Medienunterbrüche in dieser Plattform verarbeitet werden kann. Dass man das besser integrieren kann und dass es weniger manuelle Arbeiten gibt. Momentan, für die jetzige Lösung, sind 100 Stellenprozente, also ein ganzes FTE, eingesetzt. Die Einsparungen mittels Effizienzgewinnen liegen vor allem in der Digitalisierung und Standardisierung, wie bereits eingangs gesagt. Die neue Lösung bildet auch die Grundlage für ein Shop-in-Shop-Konzept. Das ist wichtig, denn wie auch gesagt: Es gibt sehr viele unterschiedliche Produkte, die über den Webshop bestellt werden können.
Dann noch zu den Kosten: Die jährlichen Betriebskosten liegen momentan bei 242'000 Franken plus knapp 100'000 Franken für den Aufwand von Logistik Bern. Das heisst, die neue Lösung kostet gemäss dem Vortrag 341'000 Franken pro Jahr. Das sind ungefähr die wichtigsten Eckdaten.
Dann zur technischen Komponente: Es ist eine komplett, also zu 100%, SAP-zertifizierte Lösung und kann zu 100% in die SAP-Landschaft integriert werden. Daher passt es sehr gut zur Technologie und zum Systemkontext der Stadt, rein technisch. Die Webshop-Lösung von Weco Headless, die gewonnen hat, wurde auch von anderen Firmen angeboten, denn sie ist, wie gesagt, im SAP-Umfeld ein gerne gesetztes Produkt. Das ist zwar sehr praktisch, aber auch dadurch gibt es wieder die SAP-Abhängigkeit, die Abhängigkeit von grossen Firmen, über die wir in diesem Saal ja auch immer wieder diskutieren und von der wir halt mit solchen Geschäften je länger, je weniger loskommen.
Die Ausschreibung beinhaltet 5 Jahre Betriebszeit plus optionale Verlängerungen, je um ein Jahr, insgesamt auf 7 Jahre, wobei man sagen muss, dass die Kompetenzen und das fachliche Know-how bei IBE bereits sehr gross sind. Die Kritik seitens der RWSU habe ich erwähnt. Das waren eben der sehr hohe Preis einerseits und, wie nochmal gesagt, die SAP-Abhängigkeit. Die RWSU empfiehlt das Geschäft aber trotzdem grossmehrheitlich zur Annahme.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das Kommissionsvotum. Die Redner*innenliste wäre jetzt frei für die Fraktionsvoten. Als erstes Mirjam Roder für die GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Die GFL anerkennt den Handlungsbedarf bei diesem Geschäft. Der heutige Webshop ist technologisch veraltet. Der Support läuft, wie wir gehört haben, Ende 2027 aus und ein Weiterbetrieb auf unbestimmte Zeit ist keine vernünftige Option. Wir anerkennen auch, dass eine bessere Integration der Bestellprozesse in SAP und eine benutzerfreundlichere Plattform Vorteile bringen können. Trotzdem können wir diesem Geschäft heute nicht vorbehaltlos zustimmen. Unsere Vorbehalte betreffen unter anderem die Kosten.
Investitionskredit, Projektierungskredit und Verpflichtungskredit belaufen sich insgesamt auf knapp über 1 Million Franken. Dabei fällt insbesondere der hohe interne Aufwand auf. Allein für die interne Projektleitung, Teilprojektleitung, Projektoffice und Projektmitarbeitende werden rund 183'000 Franken veranschlagt. Demgegenüber betragen die eigentlichen Dienstleistungskosten der externen Lieferfirma rund 130'000 Franken.

Wir verstehen, dass die Einführung einer neuen Plattform interne Ressourcen benötigt, aber wenn der interne Projektaufwand höher ausfällt als die ausgewiesenen externen Dienstleistungen der Anbieterfirma, wirft das Fragen auf, weshalb dieser Aufwand in dieser Höhe notwendig ist. Auch bei den laufenden Kosten bleiben einige Fragezeichen. Für den Betrieb und Unterhalt wird ein Verpflichtungskredit von 315'000 Franken beantragt. Diese Zahl allein beweist noch nicht, dass die neue Lösung zu teuer ist. Das ist so. Entscheidend wäre aber hier der Vergleich mit den Einsparungen, welche diese neue Plattform ermöglicht.
Aber genau hier liegt das Problem. Es wurde ausgeführt, dass bei Logistik Bern heute rund eine Vollzeitstelle für das Verwaltungs-, Login- und Stammdatenmanagement eingesetzt wird. Dieser Aufwand werde mit der neuen Plattform plus/minus gleichbleiben. Und es hiess, die Effizienzgewinne sollen vor allem bei den Bestellenden anfallen. Das kann durchaus sein. Aber wie gross sind denn diese Effizienzgewinne?
Auf genau diese Frage nach den konkreten Einsparungen konnte die Verwaltung keine belastbaren Zahlen nennen. Es wurde festgehalten, dass die Effizienzgewinne zwar erwartet werden, konkrete Einsparungen zum heutigen Zeitpunkt aber noch nicht beziffert werden können. Das überzeugt uns bei einem Projekt dieser Grössenordnung und der damit verbundenen nicht unerheblichen Kosten angesichts des Spardrucks nicht vollständig. Denn wir haben auf der einen Seite sehr konkrete Kosten. Auf der anderen Seite haben wir vor allem qualitative Nutzenversprechen wie weniger manuelle Tätigkeiten, bessere Datenqualität, schnellere Prozesse. Gerade weil diese Plattform nicht nur den bestehenden Webshop ersetzen soll, sondern langfristig sogar als Grundlage für weitere Webshop-Anwendungen der Stadtverwaltung dienen soll, hätten wir hier einmal mehr mehr Transparenz erwartet. Wenn wir eine stadtweite Plattformstrategie beschliessen, möchten wir Alternativen, Folgekosten und Abhängigkeiten für die Gesamtstadt transparent miteinander vergleichen können. Stattdessen wird uns der Ersatz eines veralteten Systems vorgelegt und gleichzeitig daraus die Grundlage eines zukünftigen stadtweiten Standards gemacht. Wir wollen das Projekt aber natürlich nicht verhindern. Wir sehen den Handlungsbedarf und anerkennen, dass die bestehende Lösung ersetzt werden muss. Trotzdem bleiben bei uns einige Vorbehalte, weshalb wir uns bei diesem Geschäft enthalten wären.

Präsidentin: Als nächstes Michelle Steinemann für die Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Es ist klar, dass es einen neuen Webshop braucht. Die grosse Frage ist: Braucht es wirklich diesen oder würde eine günstigere Lösung reichen? Über den Webshop laufen 17'500 Aufträge von unterschiedlichsten Kunden – Schulen, Verwaltung, etc. Tatsache ist, dass die Stadt auf SAP läuft. Und die vorliegende Lösung ist für diese Bestellungen am besten geeignet. Natürlich kann man über SAP selbst diskutieren. Aber der Webshop ist nicht der richtige Aufhänger dafür. Oder wie Melanie mal erklärt hat: Es gibt immer wieder Weggabelungen, wo man sich für oder gegen eine Software-Lösung entscheiden und die Weichen neu stellen kann. Das vorliegende Geschäft ist aber keine davon. Trotzdem: Die Kosten, vor allem auch die internen, sind sehr hoch. Und Erklärungen wie, es sei halt alternativlos, werden ungern gehört. Wir von der Mitte-Fraktion werden dem Geschäft zustimmen, wünschen uns aber Updates zu der Umsetzung und werden auch künftige IT-Projekte genau im Auge behalten.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Alex, könnt ihr verzichten, im Rat zu telefonieren? Das kannst du gerne auch draussen machen. Als nächstes Esther Meier für die GB-JA!-Fraktion.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Die GB-JA!-Fraktion wird sich bei diesem Geschäft enthalten; dies, weil auch bei uns Fragen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis aufgetaucht sind, die meine Vorrednerin Mirjam Roder bereits sehr gut ausgeführt hat.

Präsidentin: Vielen Dank für das kurze Votum. Als nächstes Debora Alder-Gasser für die GLP-EVP-Fraktion.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Wir haben es gehört: Wir reden hier über die Einführung einer direktionsübergreifenden Bestellplattform. In Zukunft sollen alle Webshops der Stadt Bern auf diese Technologie aufspringen können. Es betrifft also nicht nur Logistik Bern, sondern ist eine Investition in die städtische Infrastruktur. Es werden damit Bestellprozesse für die Stadtverwaltung vereinfacht und dadurch erhofft man sich entsprechende Effizienzgewinne.
Dieses Geschäft wurde auch bei uns in der Fraktion kritisch diskutiert. Wir werden diesem Investitions- und Verpflichtungskredit mehrheitlich zustimmen. Aber gerne möchten wir besonders 3 kritische Punkte hervorheben, die uns besonders wichtig erscheinen. Solche Projekte tendieren oft dazu, den Fokus einzig oder hauptsächlich auf die technische Einführung zu richten. Neue und veränderte Prozesse müssen aber unbedingt die Menschen mitdenken, die von dieser Veränderung betroffen sind. Werden diese Transformationsprozesse nicht berücksichtigt, dann werden sich auch entsprechend Effizienzgewinne nicht oder allenfalls sehr spät einstellen.
Die Berücksichtigung der menschlichen Komponente steht und fällt mit einem guten und durchdachten Projektmanagement. Der Vortrag gibt dazu leider nur wenig Einblick, und das vermissen wir. Nur ein gutes Projektmanagement stellt sicher, dass nicht das Go-Live des Webshops an sich als der Erfolgsgarant gesehen wird, sondern vielmehr die zuvor genannten Transformations- und Change-Prozesse für die betroffenen Mitarbeitenden. Genau dafür braucht es eine solide Projektplanung, welche diese Aspekte von Anfang an mitdenkt.
Und zu guter Letzt, es wurde auch schon erwähnt: Dieser Webshop verstärkt die Abhängigkeit von SAP. Im Hinblick auf digitale Souveränität ist das kritisch zu beleuchten. Es ist natürlich klar, dass wir das nicht mit einem solchen isolierten Geschäft ändern können, und das sind längerfristig strategische Überlegungen. Trotzdem ist es uns wichtig, diese verstärkte Abhängigkeit kritisch zu hinterfragen. Zudem erwarten wir, dass sich IBE kritisch mit der Gefahr eines entsprechenden Vendor-Lock-ins mit der Firma NOVO auseinandersetzt und ein entsprechendes aktives Risikomanagement in Bezug auf diese Abhängigkeiten betreibt.

Präsidentin: Als nächstes gerne Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Auch hier haben wir wieder ein Projekt, das wir einfach schlucken müssten – also auf jeden Fall aus unserer Sicht. Erstens ist es recht teuer. Es wird zwar gesagt, und das finde ich eigentlich eine Frechheit, es sei alternativlos. Das ist so ein Ausdruck, der jetzt hier wieder gebraucht wird. Man hat den Eindruck, man habe es in der Verwaltung geprüft. Diesen Eindruck können wir leider nicht teilen. Uns, auch schon in der Kommission, hat bei dieser Evaluierung die Transparenz gefehlt. Ich kann es kurzfassen: Unsere Fraktion ist eigentlich nicht bereit, das so zu

schlucken unter dem Motto: Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt und alles andere fragt ihr gescheiter nicht, denn wir haben das gut gemacht, wir haben uns dafür eingesetzt, eine möglichst gute Lösung zu finden. Diese Meinung können wir leider nicht teilen. Wir wünschen einfach in Zukunft, dass man ein bisschen transparenter ist, dass man vor allem bei der Evaluierung wirklich evaluiert und dass das nicht nur gesagt wird, damit das auch ein bisschen sichtbar wird. Darum wird unsere Fraktion diesem Kredit grossmehrheitlich negativ gegenüberstehen.

Präsidentin: Als nächstes Lukas Wegmüller für die SP-JUSO-Fraktion.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Die SP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu. Wir tun dies aber mit einem kritischen Blick auf die Kosten und die technologische Abhängigkeit, ähnlich den Voten vor uns. Vieles wurde bereits gesagt. Deshalb möchte ich nicht alles wiederholen. Gewisse Elemente des Geschäfts sehen wir explizit als positiv, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das Sicherstellen eines funktionierenden Service public, korrekte und nachvollziehbare Beschaffungen wie auch die offene WTO-Ausschreibung, bei der nicht nur der Preis, sondern eben auch Erfahrung, Referenzen und Datenschutz berücksichtigt wurden.
Weniger erfreulich sind, wie wir hier allerseits gehört haben, die Kosten. Ausserdem binden wir uns mit der SAP-Cloud und einer SAP-nahen Lösung noch stärker an einen einzelnen Hersteller. Das mag technisch richtig sein. Aber es hat einen Preis, den wir bei jeder Verlängerung und jedem Ausbau wieder werden bezahlen müssen.
Wir verbinden unsere Zustimmung deshalb mit klaren Erwartungen. Erstens: Der Kredit ist ein Kostendach und kein Kostenziel. Zweitens: Der versprochene Nutzen muss messbar werden. Wenn die Plattform das sogenannte Maverick-Buying reduziert und manuelle Aufwände senkt, dann soll der Gemeinderat das in der Projektabrechnung, wenn möglich, auch ausweisen. Drittens: Die Vorlage verspricht die Grundlage für einen stadtweiten Bestellshop-Standard. Wir erwarten, dass dieses Versprechen eingelöst wird und nicht in ein paar Jahren jede Dienststelle wieder ihre eigene Lösung beschafft. Denn dann rechnet sich diese Investition in diesem Fall auch.
In diesem Sinn: Die SP-Fraktion sagt Ja. Aber wir werden bei der Projektabrechnung und bei zukünftigen Updates genau hinschauen. Vielen Dank für die Unterstützung und die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Es scheint keine weiteren Fraktionsvoten zu geben. Sind das Fraktionsvoten? Gut, dann gerne die Einzelvoten. Als erstes Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP), Einzelvotum: Ich habe das schon bei diversen anderen Informatikgeschäften gesagt und bis jetzt bin ich nicht gehört worden. Darum werde ich das so lange machen, bis es mal beim Gemeinderat und bei der Verwaltung ankommt. Die Informatikprojekte, so wie die daherkommen im Stadtratsvortrag, sind für uns absolut unbrauchbar. Wir befinden hier über einen Kredit, der 920'000 Franken beinhaltet, also fast 1 Million Franken. Und ich würde sagen, 80% von dem, was hier drinsteht, kann man einfach herausstreichen. Ich zitiere Seite 2: "Initialisierung: Zentraler Bestandteil dieser Projektphase ist die Ausschreibung." Herzlichen Dank, wäre ich selbst nicht darauf gekommen. "Konzeption: Im Rahmen der Konzeptphase wird die evaluierte Lösung final konzipiert." Danke, wäre ich auch selbst nicht darauf gekommen. "Im Rahmen der Realisierung wird die zuvor konzipierte Lösung bereitgestellt und geprüft." Merci vielmals, immer noch kein Inhalt.

Wir geben hier für fast 1 Mio. Franken einen Blankoscheck zu diesem Projekt. Ich finde das Projekt inhaltlich gut. Wir werden dem zustimmen. Aber ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen: So kann ich als Stadträtin nicht arbeiten. Ich brauche nicht einen 10-seitigen Vortrag. Aber ich brauche ein bisschen Fleisch am Knochen, damit ich weiss, wofür ich das Geld ausgebe. Darum bitte ich euch inständig, künftig mit besseren Vorträgen zu kommen.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Glauser, SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es ist bereits angetönt worden. Hier gibt es wieder ein Geschäft, das einfach schwammig ist. Wir kaufen die Katze im Sack. Man weiss nicht recht. Sparen wir langfristige Kosten? Wie sieht die Effizienz aus? Was kostet die Einführung? Was kostet der Betrieb? Wie sieht es in 10 Jahren aus? Und das ist jetzt auch wieder so ein IT-Projekt, das aufgegleist wird, bei dem es dann wieder Nachkredite braucht. Wir konnten noch nie ein Geschäft abwickeln ohne Nachkredit. Und auch hier werden wir jetzt wohl wieder zustimmen und nachher wird es wieder einen grossen Nachkredit geben. Wir von der SVP sind klar gegen das Geschäft, weil es einfach schwammig daherkommt. Es braucht sicher eine moderne Lösung. Gleichzeitig eine maximale, komplexe Lösung, wir brauchen keine digitale Prestige-Plattform, man muss es brauchen können, ein Werkzeug, das zuverlässig ist, das funktioniert und ganz klar einen Mehrwert bringt. Unser Grundsatz ist deshalb, ja, für die Digitalisierung, aber die Wirtschaftlichkeit muss einfach gegeben sein und wir möglichst wenig unnötige Bürokratie Und wie gesagt am Anfang schon, das ist einfach ein Geschäft, das man nicht ganz durchsieht, darum lehnen wir das ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine weiteren Einzelvoten zu geben. Dann übergebe ich jetzt das Wort der Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, geschätzte Frau Präsidentin, Stadträt*innen und Anwesende aus der Verwaltung, und danke für diese sehr engagierte Auseinandersetzung und Debatte zu diesem Thema. Ich stelle auch fest: Es wird nicht bestritten, dass es sinnvoll ist, wenn die Stadtverwaltung einen gemeinsamen Einkauf zur Verfügung stellt. Man kann sich vorstellen: Wenn jedes Team selbst Toilettenpapier kauft und irgendwo lagert, ist es wahrscheinlich weniger effizient, als wenn wir einen Einkauf machen können, der dann der gesamten Verwaltung zur Verfügung gestellt wird.
Das ist mal eine Grundlage, wo ich gehört habe, dass dazu ein gemeinsames Verständnis vorhanden ist. Und jetzt ist natürlich noch die Frage, wie man diese Leistungen abruft. Beim Toilettenpapier ist es noch relativ einfach. Da kann man einfach sagen: Da haben wir einen Lieferanten, das gibt ein Kreuzchen. Jetzt haben wir aber natürlich diese Benefits, die es bei diesem Produkt gibt, die werden in einem System mit einer ganzen Palette von Produkten, die in der Stadtverwaltung zum Arbeiten gebraucht werden, die auch in den Schulen zum Arbeiten gebraucht werden, ein bisschen komplexer. Denn dann haben wir sehr unterschiedliche Lieferanten, wir haben sehr unterschiedliche Bestellprozesse, sehr unterschiedliche Beschaffungsprozesse. Und diese Komplexität, die im Hintergrund läuft, diese Arbeit, die Logistik Bern Woche für Woche für die Stadtverwaltung erledigt, ist momentan Im Webshop fast ein bisschen eins zu eins dargestellt. Ich übertreibe jetzt ein bisschen. Aber wir haben das in der aktuellen Bestellplattform. Die ist so schwer zugänglich. Das ist wirklich ein digitaler Dinosaurier.

Ich als Nicht-Digital-Native bin mir noch gewohnt, dass man sich kompliziert über das Internet irgendwas erarbeiten muss, bis man drauskommt, wie man es "handeln" muss und wie man es bedienen muss. Aber das ist einfach nicht mehr zeitgemäss. Wir brauchen dafür eine Ablösung. Und damit wir von der Digitalisierung profitieren können, also damit auch die komplexen Prozesse im Hintergrund Effizienzgewinne erbringen können, müssen sie in die bestehenden Systeme passen. Und das ist halt momentan SAP – und, das wurde jetzt verschiedentlich genannt, wir haben hier nicht einen Richtungsentscheid. Wir haben diese SAP-Situation. Aber, wie gesagt wurde, wir stärken natürlich diese Abhängigkeit. Wir machen uns auch finanziell abhängig. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Das ist so. Aber es ermöglicht uns eben auch die Vereinfachung und auch die bessere Übersicht beim Handling dieses Einkaufs und der Logistik und des Verteilens. Es gab auch noch andere Anforderungen bei dieser Ausschreibung und das ist die verbesserte Benutzendenführung.
Und wir haben es gehört: Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen und das gilt insbesondere auch bei Lösungen, die dann wirklich breit von der Stadtverwaltung genutzt werden sollen. Und in diesem Fall heisst das: eine besonders benutzungsfreundliche Frontend, das heisst, Ansicht und Bedienung. Wir haben gesagt: Wir wollen, dass das den heutigen Standards, auch den heutigen Gewohnheiten entspricht und dass es eben möglich ist, dann auch diese Shop-in-Shop-Lösungen zu integrieren, das heisst, dass wir für Leute, die sich gewohnt sind, ihr Schulmaterial, ihr Büromaterial, was auch immer, über einen gewissen Shop zu beziehen, das auch integrieren können. Und das können wir mit dieser Lösung. Das ist nicht nur im Interesse der Effizienz. Das ist ziemlich klar auch ein finanzielles Interesse. Wir haben, wie genannt wurde, das Maverick-Buying, das momentan in der Stadt weit verbreitet ist. Wir können es nur schätzen. Die Schätzungen sind aber hoch, wir sind da bei mindestens 3 oder 4 Millionen, die ausserhalb eigentlich der Benefits bestellt werden, die der Einkauf von Logistik Bern bieten kann. Und das hängt eben auch damit zusammen, dass diese Bestellplattform einfach sehr schwer zugänglich ist und pro Team jemand geschult werden muss, damit man überhaupt die Bestellungen tätigen kann. Und das ist natürlich nicht förderlich, wenn dann die Stadtverwaltung eigentlich über eine integrierte Lösung ihre Arbeitsmaterialien bestellen sollte. Klar ist, dass Logistik Bern sich allgemein auch weiterentwickeln will, kundenorientierte und zukunftsfähige interne Dienstleisterin für die Stadtverwaltung sein will. Und der Webshop ist hier ein zentrales Element, das auch eine durchgängig digitale Bestell- und Prozesslandschaft ermöglicht, auch die Transparenz ermöglicht und die Steuerungsfähigkeit in der Beschaffung, nicht nur für Sie im Parlament, sondern auch für den Gemeinderat. Es wurden noch klare Erwartungen ans weitere Begleiten formuliert. Die Aufarbeitung der Entscheidungsgrundlagen: Dass diese verständlich und nützlich sind, ist eigentlich ein Minimalziel, dem wir uns sehr gerne nähern wollen. Und natürlich wollen wir auch begleiten, was denn tatsächlich die Effekte bei der Einführung dieses Webshops sind, und diese gerne bei der Kreditabrechnung dann so aufnehmen. Das haben wir gehört.

Präsidentin: Vielen Dank für die Ausführungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen wollt, könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 008

2024.FPI.0129	
Annahme	
Ja	33
Nein	8
Enthalten	26

Präsidentin: Ihr habt dem Verpflichtungskredit zugestimmt.

2026.TVS.0109

12 Beschaffung eines Elektro-Lastwagens mit Kran und Greifer; Kredit

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 12. Beschaffung eines Elektrolastwagens mit Kran und Greifer. Hier geht es um einen Kredit. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die Kommission Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Kommission: Ich kann es recht kurz machen. Es geht um die Beschaffung eines Elektrolastwagen mit Kran und Greifer, der für Stadtgrün Bern im Einsatz ist. Sie brauchen die Fahrzeuge vor allem zum Zu- und Abführen von Material und Schnittgut. Das Fahrzeug, das heute noch im Einsatz ist, ist seit 16 Jahren im Einsatz und hat jetzt das Ende seiner Lebensdauer erreicht. Jetzt will man ein neues Fahrzeug anschaffen, ein Elektrofahrzeug. Das hat die gleichen Funktionen und ersetzt eigentlich das alte Fahrzeug. Man geht von Kosten von rund 590'000 Franken aus. Und das Fahrzeug soll wahrscheinlich nächstes Jahr geliefert werden.
In der Kommission war es relativ unbestritten. Wir haben uns vor allem mit den Fragen beschafft, was die Reichweite anbelangt, die Lademöglichkeiten, die Lieferzeiten und auch die Vor- und Nachteile gegenüber einem herkömmlichen Dieselfahrzeug. Am Schluss haben die Argumente dafür überwogen, und die Kommission empfiehlt euch aus diesem Grund mit 10 Ja und einer Enthaltung das Geschäft zur Annahme.

Präsidentin: Vielen Dank für das Kommissionsvotum. Ist dieses Geschäft überhaupt bestritten? – Ja, das ist bestritten. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich spreche für einen Teil der SVP-Fraktion. Ein Teil der SVP-Fraktion wird das Geschäft ganz klar ablehnen, und zwar nicht, weil wir gegen Lastwagen sind. Dass man einen Lastwagen mit Kran braucht, ist völlig unbestritten. Aber ich weiss nicht, wie oft ich es schon predigt habe: Ich habe einfach immer ein bisschen den Verdacht, man habe die überbreiten Elektrofahrzeuge genommen, zuerst 2.30. Man weiss genau, dass viele Strassen schmal sind, dass man sie mit 2.50 machen kann. Die mit 2.30 gehen nämlich nicht. Dann kann man wieder die Parkplätze aufheben. Ich bringe immer die gleichen Geschichten. Ich entschuldige mich dafür. Was hat man bei uns im Quartier gesagt? Wir müssen wegen den breiten Lastwagen die Parkplätze aufheben. Man hat die Parkplätze aufgehoben – Denzerstrasse, Schillingstrasse. 39 und 36% der Parkplätze sind weg. Und jetzt, wo sie weg sind, sagt man, man müsse die Parkplätze vom Trottoir auf die Strasse verlegen. Dann wird es

trotzdem wiederum schmal. Aus solchen Gründen stimme ich rein schon von der Beschaffung her, weil es ein Vorwand für die Parkplatzaufhebung ist, Nein.
Und jetzt gibt es noch einen zweiten Punkt. Wenn ihr die Kosten dieser Sachen anschaut – ich kenne Unternehmer, die solche Lastwagen gehabt haben: Es gibt teilweise nichts als Probleme. Die Technik ist meines Erachtens noch nicht ausgereift. Und ich muss sagen: Solange Herr von Graffenried noch nach New York fliegt und am Stadtratsausflug voller Stolz erzählt, man solle halt weniger Fleisch essen, habe ich keinerlei Verständnis für solche Sachen und stimme hier ganz klar Nein.

Präsidentin: Als nächstes Fraktionsvotum, Lukas Schnyder für die SP-JUSO-Fraktion. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten, dann meldet euch bitte an.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Ich möchte nur reagieren. Der Lastwagen in Basel hat funktioniert. Dort hat man, glaube ich, genau gleich schmale Strassen und gemerkt, dass das gut geht. Die Verwaltung hat sich intensiv damit beschäftigt, konnte auch zeigen, dass das Sinn macht. Auch bürgerliche Kreise haben zugegeben, dass jetzt der Moment ist, in Elektro zu investieren, dass der Markt bereit ist. Deshalb würde ich das entschieden dementieren, was Herr Feuz gesagt hat, man sei noch nicht bereit. Das brauchen wir, um auch eine klimafähige Flotte zu haben.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, gibt es jetzt die Möglichkeit für Einzelvoten. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich jetzt dem Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Der Kommissionssprecher hat die Beschaffung des Kranlastwagens im Detail vorgestellt. Ich beschränke mich deshalb auf einige grundsätzliche Bemerkungen zur Beschaffung von Fahrzeugen, allem voran zur Beschaffung von Elektrofahrzeugen. Der Gemeinderat hat sich in den Legislaturzielen klar für eine klimaschonende, nachhaltige Mobilität und eine Reduktion des CO_2 Ausstosses der städtischen Fahrzeugflotte ausgesprochen. Dann ist es selbstverständlich, dass wir bei jeder Ablösung eines Fahrzeuges prüfen, ob wir Benzin- oder Dieselantrieb durch einen Elektroantrieb ersetzen können. Da unsere Stadt nicht im Geld schwimmt, ist es immer noch ein Abwägen, ob man nun das teurere Elektrogefährt nimmt oder das günstigere Benzin- oder Dieselgefährt.
Es stellen sich dabei folgende Fragen. Erstens: Ist die Technik für die Aufgaben, welche mit einem Fahrzeug getätigt werden, genügend erprobt oder gar ausgereift? Zweitens: Reicht die Batterieladekapazität für die Arbeiten, welche man mit dem Gefährt oder Gerät täglich erledigen muss? Drittens: Sind die Unterhalts- und Servicekosten bei einem Elektroantrieb günstiger und wenn ja, wie lange muss das Fahrzeug im Einsatz stehen, bis die Mehrkosten amortisiert sind? Zu Beginn der Elektrofahrzeugbeschaffung der Stadt Bern waren diese 3 Fragen sehr schwierig zu beantworten. Meist war die Stadt in einer Pionierrolle, die Erfahrung fehlte und auch die Vergleichsmöglichkeiten waren sehr gering.
Heute stehen wir an einem anderen Punkt. Zum einen konnten wir in der Stadt Bern mit elektrischen Lastwagen viel Erfahrung sammeln, etwa bei Entsorgung + Recycling. Zum anderen sind solche Elektrolastwagen mit Kran und Greifer in der Schweiz bereits im Einsatz. Lukas Schnyder hat den Austausch mit Basel bereits erwähnt. Zusammen mit der Expertise von Entsorgung + Recycling kann ich Ihnen versichern, dass der Kauf dieses Elektrokranlastwagens das einzig Richtige ist. Nachhaltig dank Elektroantrieb,

gesundheitsschonend fürs Personal und längerfristig auch günstiger im Unterhalt als ein Dieselfahrzeug.
Und Alexander Feuz, ich kann dir sagen, du kannst diesem Geschäft auch zustimmen. Denn wegen des Kranlastwagens werden wir keinen einzigen Parkplatz aufheben. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dem Beschaffungskredit von 590'000 Franken zuzustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderats so zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 010

2026.TVS.0109

Annahme

Ja	61
Nein	1
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt dem Kredit zugestimmt. Da wir eigentlich schon recht gut unterwegs sind, würde ich vorschlagen, dass wir mit dem Abfallreglement, der Teilrevision, der ersten Lesung nach der Pause weiterfahren und 3 Minuten früher in die Znachtpause gehen. Einen guten Appetit miteinander.

Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

26.10.2026

X

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

Jelena Filipovic

für das Protokoll

27.10.2026

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Damian Fenner
Alexander Feuz
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanović
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Raphaela Tschümperlin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli
Vera Zotter

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Dominik Fitze
Evelyne Grieb
Georg Häsler
Nora Krummen
Cemal Özçelik
Irina Straubhaar

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried SUE
Ursina Anderegg BSS
Matthias Aebischer TVS
Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste
Petra Lau, Weibeldienste

2026.TVS.0019

13 Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs, Abholdienst für Sperrgut, weitere Leistungen auf Ersuchen hin, Dienstleistungen für andere Gemeinden, Gebühr für beanspruchte Fahrzeuge und weitere Anpassungen: Abfallreglement vom 25. September 2005 (AFR; SSSB Nr. 822.1); Teilrevision; 1. Lesung

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, willkommen zurück aus der Znachtpause. Wir sind stehen geblieben beim Traktandum 13, Abfallreglement, Teilrevision, erste Lesung. Und für die Kommission gebe ich gerne das Wort Seraina Flury.

Seraina Flury (GLP) für die Kommission: Auslöser für die Teilrevision des Abfallreglements sind Änderungen im Bundesrecht zur Entsorgung von Abfällen sowie verschiedene Anpassungen, die sich in den letzten Jahren aufgedrängt haben. Im Zentrum steht die Frage, wie Entsorgung + Recycling Bern, kurz ERB, Dienstleistungen ausserhalb des gesetzlichen Entsorgungsmonopols erbringen kann.
Seit 2019 gelten Abfälle von Unternehmen mit schweizweit 250 oder mehr Vollzeitstellen nicht mehr als Siedlungsabfälle. Diese Unternehmen müssen ihre Entsorgung selbst organisieren und fallen nicht mehr unter das kommunale Monopol. Die heutige Regelung wurde damals provisorisch auf Verordnungsstufe eingeführt und soll nun mit dieser Teilrevision im Abfallreglement verankert werden. Die Vorlage umfasst mehrere Punkte. Erstens sollen Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs im Reglement geregelt werden, wie gesagt, damit ERB solche Leistungen weiter anbieten kann. Gemäss Gemeinderat und Verwaltung ermöglicht dies eine bessere Auslastung von Fahrzeugen und Infrastruktur, reduziert zusätzliche Transportfahrten und stellt eine fachgerechte Entsorgung sicher. Die Dienstleistungen für die Monopolkundschaft dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Zweitens wird eine Spezialfinanzierung für diese Dienstleistungen geschaffen. Da Bundesrecht eine Quersubventionierung ausdrücklich verbietet, werden die entsprechenden Erträge und Aufwendungen separat geführt.
Diese Spezialfinanzierung soll Investitionen ermöglichen und Ertragsschwankungen ausgleichen. Sie ist auf 2 Millionen begrenzt. Warum 2 Millionen? Das ist dadurch zustande gekommen, dass man den Betrag so festlegen wollte, dass, falls ERB einen Kehrichtwagen kaufen würde, danach immer noch Geld in der Spezialfinanzierung wäre. Überschüsse darüber hinaus fliessen in den allgemeinen Haushalt. In Absprache mit dem Kanton wurde diese Spezialfinanzierung bereits vorbehältlich Genehmigung Stadtrat gebildet. Der Bestand beträgt aktuell knapp 174'000 Franken.
Drittens werden die Tarifbestimmungen flexibilisiert, ERB soll für Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs marktübliche Entgelte vereinbaren können, damit diese Dienstleistungen mindestens kostendeckend sind.
Viertens wird beim Abholdienst für Sperrgut das heutige Gebührenmodell vereinfacht. Statt einer schwer nachvollziehbaren Kombination aus Lademinuten und Gewicht wird neu eine Pauschale erhoben. Damit werden die Kosten für die Kundinnen und Kunden besser vorhersehbar.
Und schliesslich soll ERB für besondere Leistungen, für Veranstaltungen zum Beispiel oder Dienstleistungen für andere Gemeinden, künftig Entgelte vereinbaren können. Und das gleiche Ziel, diese Flexibilität, verfolgen auch gewisse Änderungen bei der Gebühr für beanspruchte Fahrzeuge.
In der Kommission wurden 3 Themen diskutiert. Die Befürwortenden hoben hervor, dass die Vorlage wirtschaftliche und ökologische Synergien ermögliche. So können die

bestehenden Ressourcen von ERB besser ausgelastet werden, ohne Quersubventionierung. Mehrere Kommissionsmitglieder betonten auch den ökologischen Nutzen einer Entsorgung aus einer Hand und die grössere Transparenz beim neuen Sperrguttarif. Von einer Minderheit wurde kritisch gefragt, ob die Stadt mit diesen Leistungen in Konkurrenz zur Privatwirtschaft trete. Zudem wurden Zweifel an den Argumenten bezüglich Verkehrsreduktion und Auslastungsoptimierung geäussert. Kritisiert wurden weiter die Spezialfinanzierung sowie die Möglichkeit, dass Überschüsse später dem allgemeinen Haushalt zufliessen könnten. Diskutiert wurde weiter die Stellungnahme des Preisüberwachers. Aber dazu haben uns Gemeinderat und Verwaltung glaubwürdig die Gründe für die definierte Pauschale darlegen können. Sämtliche weiteren Änderungen gemäss Antrag des Gemeinderates waren in der Kommission unbestritten und damit beantragt die PVS dem Stadtrat mit grosser Mehrheit, auf die Vorlage einzutreten und die Teilrevision des Abfallreglements gemäss Antrag des Gemeinderats zu beschliessen.

Präsidentin: Merci vielmals. – Ja, du kannst gerne das Fraktionsvotum noch halten. Gerne Seraina Flury für die GLP-EVP-Fraktion.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion stimmt der Vorlage zu und begrüsst es, dass so die Übergangslösung im Abfallreglement verankert wird. Zu Unternehmen mit schweizweit 250 oder mehr Vollzeitstellen, die seit 2019 selbst entscheiden können, wen sie mit der Entsorgung ihrer Abfälle beauftragen, gehören nämlich beispielsweise auch Kioske oder Coiffeurketten. Hier sehen wir klare wirtschaftliche und ökologische Synergien, wenn diese Unternehmen die Stadt mit der Entsorgung beauftragen, das auch selbst wollen, und wir so sicher sind, dass die Abfälle nicht irgendwo hin in Europa transportiert werden. Mit den kostendeckenden Gebühren und der Spezialfinanzierung ist sichergestellt, dass die Stadt mit diesen Dienstleistungen nicht Geld verliert. Auch sichergestellt ist, dass keine Quersubventionierung und damit auch Konkurrenzierung privater Anbieter erfolgt.
Wir lehnen den Rückweisungsantrag der FDP darum ab. Und schliesslich begrüssen wir die grössere Transparenz bei den Gebühren für den Abholdienst für Sperrgut.

Präsidentin: Besten Dank. Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes Janosch Weyermann für die SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion steht dieser Teilrevision grundsätzlich positiv gegenüber. Verschiedene Anpassungen sind sinnvoll und entsprechen einem pragmatischen und effizienten Umgang mit der städtischen Abfallentsorgung. Kritischer beurteilen wir allerdings die neue Möglichkeit für Entsorgung + Recycling Stadt Bern, auch ausserhalb des städtischen Entsorgungsmonopols zusätzliche Dienstleistungen anzubieten. Sorry, ich bin ein bisschen ausser Puste. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn bestehende Kapazitäten besser ausgelastet werden. Wenn ein Kehrichtwagen ohnehin eine bestimmte Route fährt und gleichzeitig zusätzlich die Abfälle eines Unternehmens mitnehmen kann, ist das betriebswirtschaftlich durchaus sinnvoll. Voraussetzung ist aber, dass die Leistungen vollständig kostendeckend und zu marktüblichen Bedingungen erbracht werden. Für uns ist zentral, dass daraus keine schleichende Expansion eines städtischen Betriebs in einen funktionierenden privaten Markt entsteht.
Die Stadt verfügt mit ERB bereits über Fahrzeuge, Personal, Infrastruktur und viel Know-how, das wesentlich aus der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe heraus entstan-

den ist. Private Entsorgungsunternehmen hingegen, insbesondere die KMU, dürfen dadurch nicht mit einem staatlich getragenen Konkurrenten konfrontiert werden, der mit anderen Voraussetzungen am Markt auftritt. Aus diesem Grund unterstützen wir den Rückweisungsantrag, wonach die ERP Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs nur auf dem Gemeindegebiet sollen anbieten dürfen. Es ist für uns nicht Aufgabe eines städtischen Betriebs, seine Geschäftstätigkeit auch auf die umliegenden Gemeinden auszuweiten und dort in Konkurrenz zu privaten Unternehmen zu treten.
Wir begrüssen ausdrücklich, dass Quersubventionierungen untersagt und die Wettbewerbsneutralität im Reglement festgeschrieben werden. Entscheidend ist aber, dass die Grundsätze dann auch in der Praxis konsequent eingehalten werden. Auch die vorgesehene Spezialfinanzierung mit der Obergrenze von 2 Mio. Franken betrachten wir mit einer gewissen Skepsis. Es darf nicht dazu kommen, dass damit ein immer grösserer städtischer Geschäftsbereich aufgebaut wird. Für uns als SVP-Fraktion gilt daher, bestehende Kapazitäten auf dem Stadtgebiet effizient zu nutzen, ja, einen städtischen Entsorgungsbetrieb über die Stadtgrenze hinaus auszubauen, nein. Wir knüpfen darum die Annahme dieser Vorlage an den Rückweisungsantrag.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Thomas Hofstetter von der FDP-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wenn es bei diesem Geschäft nur um den Monopolbereich gegangen wäre und um das Gemeindegebiet der Stadt Bern, dann hätte die Fraktion FDP diesem Geschäft zugestimmt. Aber leider will die ERP die Privatwirtschaft und andere Gemeinden konkurrenzieren. Und dies wollen wir nicht. Deshalb ganz klar nein. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass sich ERP auf seine Kernaufgaben konzentrieren und die Ressourcen besser im Projekt Farbsack-Trennsystem bündeln soll. Schon jetzt besteht die Gefahr, dass sich ERP verzettelt und deshalb auch die Dienstleistungen für die Monopolkundschaft beeinträchtigt werden.
ERB will in einen Markt eintreten, der bereits bestens durch Dritte abgedeckt ist, ohne neue Ideen oder Dienstleistungen anzubieten. Die bestehenden Anbieter sind bestens aufgestellt. Sie sind flexibler, effizienter und passen sich schneller dem Markt an. Mit anderen Worten, auf ERB hat niemand gewartet. Die meisten Gemeinden und Firmen mit über 250 Mitarbeitenden haben für ihre Entsorgung bereits bestehende Vertragspartner. Die Gemeinden und auch die Firmen müssen und wollen den Absenkpfad und das Klimagesetz des Bundes einhalten. Dasselbe gilt für die Entsorgungsfirmen. Entsprechend sind die Transportflotten der Entsorgungsfirmen ökologisch aufgestellt. Zum Teil sind darin richtige Strom-LKW-Experten darunter mit viel Expertenwissen. Die Ökologie als Argument zieht in diesem Fall überhaupt nicht. Weiter sind die Mitarbeitenden der privaten Entsorgungsfirmen viel gesünder. Sie haben signifikant weniger krankheitsbedingte Abwesenheiten als Mitarbeitende der Stadt Bern; ein Grund mehr, nicht mit ERB zusammenzuarbeiten.
Unser grösster Kritikpunkt ist aber, dass ein Businessplan fehlt. Das Argument, dass es die Auslastung der Fahrzeuge und der Infrastruktur von ERP zu optimieren hilft, basiert auf Vermutungen. Auch das Argument mit dem erheblichen Mehrverkehr, wenn die Unternehmen unterschiedliche Dienstleister ausserhalb des Monopolbereichs beanspruchen, ist eine reine Behauptung mit ideologischem Charakter, ohne Branchenkenntnisse und ohne jeglichen Bezug zur Realität. Weil es keinen Businessplan gibt, fehlt ein sauberes, mehrjähriges Budget und eine Investitionsrechnung. Was aber vorhanden ist, ist die dreiste Forderung, dass Beträge von über 2 Mio. Franken von der Spezialfinanzierung an den allgemeinen Haushalt übergehen. Das widerspricht unse-

rem politischen Kompass komplett. Wir unterstützen nicht, dass der allgemeine Haushalt der Stadt Bern durch Steuersubstrat aus den umliegenden Gemeinden geäufnet wird. Das ist nicht sozial.
Um den Schaden halbwegs einzudämmen, haben wir einen Rückweisungsantrag gemacht, der vorsieht, dass ERP nur auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs anbieten darf. Hätte die Stadt Bern Freude daran, wenn plötzlich die Gemeinden Ostermundigen oder Köniz Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung in der Stadt Bern anbieten würden? Mit diesem Antrag stellen wir sicher, dass sich die Stadt Bern halbwegs anständig im Markt aufführt und dass das Einvernehmen mit den Anliegergemeinden nicht strapaziert wird.
Wenn unser Rückweisungsantrag nicht angenommen wird, werden wir das Geschäft selbstverständlich ablehnen.

Präsidentin: Als nächstes Laura Brechbühler für die SP-JUSO-Fraktion.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Ich freue mich, vor meiner Mutterschaftszeit nochmals für meine Fraktion sprechen zu dürfen. Die Abfallentsorgung ist eine zentrale Aufgabe einer Gemeinde und gibt auch immer wieder Anlass zu Diskussionen. Heute sprechen wir über eine Teilrevision des Reglements, unter anderem über Dienstleistungen für umliegende Gemeinden und den bestehenden Abholdienst für Sperrgut.
Ich werde mich in meinem Votum auch auf diese beiden Aspekte beschränken. Es wurde schon genügend gesagt. Durch eine Änderung auf nationaler Ebene sind, wie gehört, grössere Betriebe nicht mehr gezwungen, ihre Abfälle über das Entsorgungsmonopol der Gemeinde zu entsorgen. Auch für die Gemeinde kann das vorteilhaft sein, nämlich, wenn es sich um sehr viele und grosse Mengen an Abfälle handelt.
Der Gemeinderat möchte nun, dass Entsorgung + Recycling Stadt Bern gewisse Dienstleistungen auch ausserhalb dieses Monopolbereichs für Kund*innen in umliegenden Gemeinden anbieten kann. Und genau dieses Wort ist wichtig. Es geht hier um ein Angebot. Wird ein Vertrag mit einem Kunden in Ostermundigen abgeschlossen, ermöglicht dies beispielsweise eine bessere Auslastung unserer Fahrzeuge. Es kann einen finanziellen Gewinn bedeuten und es kann auch ökologisch sinnvoll sein.
Haben Private ein besseres Angebot und werden der Stadt Bern vorgezogen, ist das auch völlig in Ordnung. Es geht schliesslich um den freien Markt, der hier mit einem weiteren Player gestärkt wird. Das sollte doch eigentlich im Sinne der FDP-Fraktion sein.
Zudem noch eine kleine Bemerkung: Das Farbsack-Trennsystem, das auch erwähnt wurde, wurde beerdigt. Deswegen ist es doch gut, wenn wir Entsorgung + Recycling Stadt Bern eine neue Aufgabe geben. Deswegen lehnen wir den Rückweisungsantrag ab. Ein wichtiger Aspekt für uns ist der Abholdienst für Sperrgut, den es in der Stadt Bern schon länger gibt. Da die Preise dafür aber bisher sehr undurchsichtig waren, soll das Reglement damit ergänzt werden. Diese Transparenz begrüsst die SP-JUSO-Fraktion sehr. Auf diese Weise können Einwohner*innen im Wissen um die Kosten entscheiden, ob sie ihr Grobsperrgut in den Entsorgungshof bringen oder via ERP entsorgen möchten.
Deswegen wird die SP-JUSO-Fraktion die Teilrevision des Abfallreglements annehmen und den Rückweisungsantrag der FDP ablehnen.

Präsidentin: Als nächstes Tanja Miljanović für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion wird dieses Geschäft auch annehmen und den Antrag der FDP ablehnen. Eigentlich wollte ich gar kein Votum halten, aber ich habe so grosse Freude an diesem FDP-Antrag, dass ich doch etwas Kleines sagen muss, und zwar: Ich meine, der Antrag der FDP sagt ja eigentlich nichts anderes aus, als dass die Stadt dermassen gut arbeitet, dass sie auf dem freien Markt privatwirtschaftliche Unternehmen schlagen könnte. Und ich meine, so ein Kompliment bekommt man ja fast nie von den Freisinnigen. Aber ich stimme dem vollkommen zu und ich stimme auch euch zu. Der Markt wird es regeln und wir werden ja sehen.

Präsidentin: Als nächstes gerne Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte ist skeptisch gegenüber diesem Geschäft, genau aus den vorgenannten Gründen. Ich erwähne jetzt nicht noch einmal alles. Die Argumente sind plus/minus die gleichen. Und jetzt gibt man mir dann natürlich schon einen Steilpass. Man sagt ja, die Stadt Bern oder die Entsorgung Bern sind auf dem Markt, funktionieren, sind gleich gut oder sogar besser. Ja halt: Wir haben dort einfach eine hundertprozentige Garantie. Ein Unternehmen, das selbstständig ist, geht ein, wenn es nicht mehr funktioniert.
Da wir ja 90% der Entsorgung sowieso machen müssen, werden wir einfach Nachkredite sprechen und dann geht es dort einfach weiter. Das ist einfach nicht der gleiche Markt, wie wenn es ein Unternehmen ist. Dass das jetzt geöffnet wurde, kann man gut finden oder schlecht finden. Es ist einfach so. Und darum soll sich die Stadt schon darauf konzentrieren.
Dann noch zu den Pauschalen, die jetzt anscheinend transparenter sind. Das glaube ich, die sind transparenter. Wenn man das einmal genau anschaut, könnte man dann trotzdem beachten, dass der Preisüberwacher, die 65 Franken exklusiv Mehrwertsteuer für gewisse Entsorgungen, zum Beispiel einer Matratze, als eher hoch bis sehr hoch einstuft. Also muss man dann nicht sagen, man mache einen tollen Service und die Gebühren seien transparent. Sie sind einfach recht hoch. Das bezahlen genau die Leute, für die es vielleicht eben viel Geld ist und die das selbst gar nicht bringen können. Darum werden wir grossmehrheitlich dem FDP-Antrag zustimmen und das Geschäft auch ablehnen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Das waren die Fraktionsvoten. Gibt es noch Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich als nächstes dem Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträt*innen, lieber Gemeinderatskollege. Die Teilrevision, das haben Sie vorhin gehört, wurde primär von der neuen eidgenössischen Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen, kurz VVEA, ausgelöst. Sie ist seit 2019 in Kraft und führte dazu, dass die Tarife über das Erbringen von Dienstleistungen für Marktkunden vorübergehend in der städtischen Entgelteverordnung geregelt werden mussten. Heute beantragen wir Ihnen nun, diese Bestimmungen ins Abfallreglement aufzunehmen. und das Reglement entsprechend anzupassen.
Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich als nationaler Politiker die Teilprivatisierung der Entsorgung nicht unterstützt habe. Denn, wenn am Schluss in einem solchen Bereich der Günstigste den Zuschlag erhält, bleibt die Nachhaltigkeit, bleibt das Klima oft auf der Strecke. Ob der Abfall dann im fernen Ausland verwertet und ob er mit Dieselfahrzeugen transportiert wird oder nicht, interessiert nicht alle gleich stark. Deshalb ist

es aus unserer Sicht richtig, dass sich die Stadt auch bei den grossen Betrieben ausserhalb des Siedlungsabfallmonopols um die Abfuhr bemüht. Dies dient uns und der Bevölkerung, indem wir unsere Infrastrukturen besser auslasten und mehr Verkehr in den Quartieren durch Private entsorgen verhindern können. Klar ist aber auch, dass wir dies nur gewinnbringend tun werden. Sollten wir über mehrere Jahre ein Defizit damit einfahren, würde ich mich gegen die Entsorgung ausserhalb des Siedlungsabfallmonopols aussprechen.
Und dann möchte ich noch etwas zum Rückweisungsantrag der FDP sagen und zu den Ausführungen von Stadtrat Thomas Hofstetter. Die Stadt solle sich anständig gegenüber den umliegenden Gemeinden aufführen, haben sie in der Begründung geschrieben. Das tun wir selbstverständlich. Gerade im Entsorgungsbereich ist das ein Miteinander – immer – und nicht ein Gegeneinander. Oft fragen uns die Gemeinden an, ob wir Aufgaben von ihnen übernehmen könnten oder mithelfen würden, etwas gemeinsam auszuschreiben. Uns vorzuwerfen, wir würden wie ein Krake langsam die Aufgaben anderer Gemeinden absaugen, finde ich nicht so lieb.
Ein weiterer Punkt bei der vorliegenden Teilrevision des Abfallreglements ist, Sie haben es gehört, die Vereinfachung der Sperrgutentsorgung. Aus Sicht der Entsorger*innen ist es schlicht kundenfreundlicher, wenn ich beim Abholen vor dem Haus im Vornherein weiss, wie viel das kostet. Es wird also nicht mehr per Gewicht abgerechnet, sondern mit einer pauschalen Gebühr von 65 Franken. So kann ich überlegen, ob sich der Abholservice für mich lohnt oder ob ich lieber eine Entsorgungsstation aufsuche. Ein Wort noch zur Höhe der Gebühr, das wurde ebenfalls angesprochen, die vom Preisüberwacher beanstandet wird. Der Vergleich mit den Gebühren der Gemeinden Köniz und Muri hinkt und ist nicht aussagekräftig. Zum einen kann bei uns auch unbrennbares Sperrgut abgegeben werden, und zum anderen wollen viele Gemeinden ihr Sperrgutsystem lenken und machen so die Preisgestaltung. Köniz zum Beispiel hat zum Ziel, dass möglichst wenig Leute den Entsorgungshof nutzen, und bieten einen relativ günstigen Abholservice zu Hause an. Der Gemeinderat hat deshalb nach vertiefter Prüfung entschieden, an der Höhe der Pauschalgebühr für die Abholung des Sperrguts festzuhalten.
Ich bitte Sie, der Teilrevision in dieser Form zuzustimmen und danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen also jetzt zur Abstimmung zum Abfallreglement der Teilrevision. Nehmt doch gerne die Antragsliste hervor. Wir werden als erstes über den Rückweisungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem Rückweisungsantrag der FDP zustimmen möchte, kann jetzt

Antrag 1
FDP
Rückweisungsantrag: Das Abfallreglement soll so angepasst werden, dass ERB Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs nur im Gemeindegebiet der Stadt Bern anbieten darf.

Abstimmung Nr. 011

2026.TVS.0019: Antrag 1

Ablehnung

Ja	18
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Der Rückweisungsantrag wurde abgelehnt. Wir steigen jetzt in die Synopse ein. Ich würde aber vorschlagen, dass wir in Globo über die neuen Anträge des Gemeinderats abstimmen und nicht jeden einzelnen Antrag durchgehen. Wenn das für alle so passt, würden wir jetzt mit der Abstimmung fortfahren. – Das scheint gut zu sein. Dann stimmen wir jetzt über die Anträge des Gemeinderats in Globo ab.

Abstimmung Nr. 012

2026.TVS.0019: Anträge Gemeinderat	
Annahme	
Ja	55
Nein	14
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Anträge des Gemeinderats so angenommen. Jetzt geht es um die zweite Lesung. Wie ihr wisst, kann man auf die zweite Lesung verzichten. Dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit der Ratsmitglieder. Und darüber werden wir jetzt abstimmen. Wer also auf eine zweite Lesung verzichten möchte, kann das jetzt tun.

Abstimmung Nr. 013

2026.TVS.0019: Verzicht auf zweite Lesung	
2/3-Quorum erreicht	
Ja	54
Nein	16
Enthalten	1

Präsidentin: Wir haben die Zweidrittelmehrheit erreicht. Das heisst, es wird auf eine zweite Lesung verzichtet. Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Wollt ihr der Vorlage des Gemeinderats in der so bereinigten Form zustimmen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 014

2026.TVS.0019: Schlussabstimmung	
Annahme	
Ja	55
Nein	14
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Teilrevision des Abfallmanagements so angenommen.

2023.TVS.000050

14 IN520-001065 (I5200625); Fr.725’000.00; Zirkusplatz: Neubau Stromversorgungsanlage; Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren

Präsidentin: Wir kommen jetzt zu Traktandum 14, Zirkusplatz, Neubau Stromversorgungsanlage. Hierbei handelt es sich um eine Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren. Die Finanzkommission hat die Kreditabrechnung genehmigt. Wir beraten heute nur noch den Nachkredit. Und darum erteile ich jetzt der Kommission das Wort. Für die FIKO, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Kommission: Der Zirkusplatz auf der Grossen Allmend ist ein wichtiger Bestandteil des Messe- und Veranstaltungsorts im Raum Wankdorf. Eigentümerin ist die Stadt Bern. Bernexpo ist Mieterin. Nach dem Neubau der Festhalle musste die Stromversorgung für den Zirkusplatz erneuert werden. Der vom Stadtrat im April 2023 bewilligte Kredit wurde nun um 5'165,20 Franken, das sind 0,71% des Gesamtkredits, von knapp über 700'000 Franken, überschritten. Grund dafür ist, dass beim Abbruch der alten Festhalle wichtige Stromanschlüsse, welche nicht auf den Plänen standen, gekappt wurden. Dies bedingte zusätzliche Abklärungen und Bauarbeiten.
Die FIKO hat dem Nachkredit einstimmig zugestimmt und empfiehlt ihn dem Stadtrat ebenfalls zur Annahme.

Präsidentin: Herzlichen Dank, ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. – Es scheint keine Fraktionsvoten zu geben. Gibt es Einzelvoten? – Auch keine Einzelvoten. Und wenn ich es richtig verstehe, möchte Gemeinderat Aebischer ebenfalls verzichten. Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderats unter Traktandum 14 zustimmen möchte, kann das jetzt mit der Abstimmung tun.

Abstimmung Nr. 015

2023.TVS.000050

Annahme

Ja	54
Nein	0
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt der Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren zugestimmt.

2025.SUE.0024

15 Energie Wasser Bern (ewb); Überarbeitung Eignerstrategie 2025

Präsidentin: Wir kommen jetzt zu Traktandum 15. Die Vizepräsidentin müsste dann noch umschalten. Es geht um die Überarbeitung der Energiestrategie 2025. Ich erteile hier der Kommission das Wort. Für die GPK, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Kommission: Wir haben heute, wie schon gehört, die Gelegenheit, die neue Eignerstrategie von EWB im Rat zu diskutieren. Seit der Revision des EWB-Reglements 2020 ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass der Gemeinderat für EWB jeweils für 8 Jahre eine Eignerstrategie erstellt respektive diese alle 8 Jahre überarbeitet. Dieses überarbeitete Geschäft ging dann zweimal in die GPK, einmal im Rahmen einer Anhörung mit Antragsrecht und einmal im Sinne einer Vorberatung der definitiv ausgearbeiteten Eignerstrategie.
Die Eignerstrategie will ich jetzt nicht im Einzelnen besprechen, aber vielleicht doch ein paar Erläuterungen, die noch sinnvoll sind. Abgesehen von einer Bereinigung im Sinne,

dass man gewisse Doppelspurigkeiten herausgenommen hat und die überarbeitete Version so ein bisschen entschlacken wollte, geht es vor allem um eine stärkere Fokussierung auf den Kernauftrag. Was ist Grundversorgung, was nicht respektive nicht mehr? Wie muss man das Zieldreieck zwischen Rentabilität, Ökologie und Versorgungssicherheit justieren? Das Kerngeschäft wird explizit festgehalten. Es ist Energieversorgung, Wasserversorgung und thermische Kehrichtverwertung. Dienstleistungen wie Telekommunikation, Elektromobilität und Smart City zählen nicht dazu und sind deshalb auch teilweise nicht mehr in dieser Eignerstrategie.
Weiter gab es auch noch Veränderungen beim Ausschüttungsmodell. So haben wir zum Beispiel neu eine Konzessionsabgabe an die Stadt, die neu als Aufwand verbucht wird und nicht mehr als Gewinn. Mit der Erstellung des Impact-Fonds werden die Gewinne wiederum zweckgebunden. Und die Gelder für EWB befinden sich quasi getrennt vom Ökofonds in diesem Impact-Fonds. Der Ökofonds ist also für EWB nicht mehr greifbar, sondern es gibt eben zwei Töpfe. Das geschah natürlich auch ein wenig als Reaktion auf die Klimagerechtigkeitsinitiative.
Mit der Überarbeitung geht dann auch noch das Erstellen respektive überhaupt das Erarbeiten von neuen Kennzahlen einher. Denn die Frage ist ja auch ein bisschen, wie man das misst, was man haben und erreichen will. Die Eignerstrategie ist dementsprechend auch mit einem Kennzahlenbericht verbunden. Dieser muss jetzt auch noch an die eigene Strategie angepasst werden, damit es nachher auch entsprechende Kennzahlen gibt für das, was man jetzt neu formuliert hat. So sollen beispielsweise auch die sozialen Aspekte mehr einfliessen. Und es braucht dafür auch Kennzahlen respektive werden solche jetzt erarbeitet. Und es ist schon interessant zu sehen, das haben wir auch ein bisschen diskutiert, wie diese dann umgesetzt und überhaupt erst ausformuliert werden. Diese Kennzahlen werden dann zweimal pro Jahr von EWB an den Gemeinderat geliefert und ein Auszug davon steht dann wiederum im Leistungsauftragsbericht, dem LAB, den wir in der GPK auch anschauen und vorberaten. Ich stelle mir das grundsätzlich relativ schwierig vor. Gerade bei Kategorien wie sozialer Verantwortung ist schon fraglich, wie das messbar ist.
Im Rahmen der Anhörung hatten wir, wie schon gesagt, die Gelegenheit, im Nachhinein noch Anträge zu stellen, was wir als Kommission auch gemacht haben. Wir haben insgesamt 8 Anträge zu verschiedenen Themenbereichen der Eignerstrategie eingereicht. 3 davon wurden so wie von uns formuliert angenommen und einer leicht umformuliert angenommen. Diese Anträge wurden so auch dann in die Eignerstrategie aufgenommen. Zudem konnten wir im Vorfeld der Anhörung wie auch der Vorberatung schriftlich Fragen stellen, die dann zum jeweiligen Termin hin beantwortet wurden. Die vom Gemeinderat angenommenen Anträge zur Eignerstrategie sind relativ technischer Natur. Bei den abgelehnten Anträgen argumentierte der Gemeinderat dann auch relativ technisch und sah gewisse Anträge bereits durch das Klimareglement und die EKS (Energie- und Klimastrategie) abgedeckt oder die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten von EWB dadurch realistischer abgebildet, wie beispielsweise den personalpolitischen Zielen in Sachen gesundheitlich eingeschränkter Mitarbeitender.
Weiter forderten wir etwa, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattung von EWB nach bisherig verwendeten Standards zu erfolgen hat und die Governance zu stärken sei. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass eine zu stark ausgeweitete Veröffentlichung geschäftsrelevanter Daten weder im Interesse der Stadt noch des Unternehmens sei. Und auch da war uns nicht ganz klar, wie die bisher verwendeten Standards in der Nachhaltigkeitsberichterstattung einer Ausweitung eben dieser gleichkommen. Wir bekamen dann auch auf das nicht eine wirklich befriedigende Antwort.

Wir haben zudem auch verlangt, dass in der Eignerstrategie weiterhin festgeschrieben bleibt, dass EWB der beruflichen Vorsorgeeinrichtung der Eigentümerin, also der PVK, angeschlossen bleibt, wie das bisher in der Eignerstrategie ebenfalls geschrieben stand und nun aber eben seit neuem rausgeflogen ist. Der Gemeinderat hat uns versichert, dass es auch, wenn es in der neuen Strategie nicht drinsteht, natürlich nie ein Thema sein werde, dass EWB aus der PVK austritt, weil das nicht im Interesse eben dieser sein könne. Wie auch bei den jeweiligen Verweisen auf die EKS oder das Klimareglement, wenn etwas herausgestrichen wurde, hat auch dieses Argument nicht alle in der GPK überzeugt.
Und schlussendlich kann man zusammenfassend sagen, die GPK war weder hell begeistert noch sehr negativ eingestellt, was sich dann auch in der finalen Wertung widerspiegelte. 3 nahmen die Eignerstrategie positiv zur Kenntnis und 5 ohne Wertung.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Ich würde noch ganz kurz das Fraktionsvotum anhängen. Die AL-PdA-TIF-Fraktion wird die Eignerstrategie ebenfalls ohne Wertung zur Kenntnis nehmen; einerseits, weil wir hier im Stadtrat ohnehin nichts daran ändern können, und andererseits, weil wir einige Bedenken haben, die ich teilweise auch schon im Kommissionsvotum ausgeführt habe. Wir hätten es bevorzugt, dass gewisse Schritte und Eckpfeiler auch in der Eignerstrategie festgeschrieben wären, und sind nicht vollständig davon überzeugt, dass der Verweis auf die EKS und das Klimareglement immer und in jedem Fall genügen.
Gleiches gilt auch für das Pensionskassenthema. Wir können uns sehr wohl politische Konstellationen vorstellen, durch die das plötzlich in Frage gestellt werden könnte, ob EWB immer noch dieser Pensionskasse angeschlossen bleiben sollte. Mit dem Verweis auf Spardruck oder sonstige finanzpolitische, imaginierte Argumentationen wird ja oft zuerst bei solchen Dingen gespart, teilweise auch ohne Not – durch das Manifestieren von Finanzkrisen oder sonstigem wirtschaftlichem Untergang. Und deshalb wäre es für uns schon sehr wichtig gewesen, dass das immerhin noch in der Eignerstrategie festgeschrieben bleibt.
Dann zum Impact-Fonds: Wir haben nichts dagegen, dem Kanton nicht unnötig Geld geben zu müssen. Das ist ja super. Aber diesen aus der Not entstandenen Fonds als Mittel für zusätzliche Klimamassnahmen zu framen, ist aus unserer Sicht dann schon eher eine Mogelpackung. Das Geld ist ja nicht neu. Es wurde einfach wie umgebucht. Daran ändert auch dieser Fonds nichts. Das dann als Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative vorzustellen, ist natürlich irgendwie strategisch geschickt und macht es uns auch schwieriger, dafür zu kämpfen. Aber es ist halt nicht ganz ehrlich. Es wird kein Franken mehr ausgegeben, aber dann halt auch keiner verloren.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Liste wäre jetzt offen für die Fraktionsvoten. Meldet euch doch bitte alle an. Als erstes Dominic Nellen für die SP-JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Lukas Schnyder und ich teilen uns das Fraktionsvotum. Unsere Fraktion hat bei diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen. Die Einschätzungen innerhalb der Fraktion gehen auseinander. Ein Teil nimmt die Eignerstrategie neutral zur Kenntnis, ein Teil negativ. Ich möchte mich auf einen Punkt konzentrieren, bei dem das Unbehagen in unserer Fraktion sehr breit geteilt wird, auf das Verfahren und die Rolle des Stadtrats respektive der vorberatenden Kommission bei der Eignerstrategie.
Beginnen wir bei der Kommission. Formell ist die GPK für dieses Geschäft zuständig. Sachpolitisch ist sie aus unserer Sicht aber schlicht nicht die richtige Kommission, um

eine Eignerstrategie inhaltlich für EWB zu beraten. Bei EWB geht es um die Energieversorgung unserer Stadt, um die Wärmetransformation, um Klimapolitik, um Service public, um Investitionen in Milliardenhöhe und um die Frage, wie sich eines der wichtigsten städtischen Unternehmen in den kommenden Jahren weiterentwickeln soll. Das sind klassische sachpolitische Fragen. Es wäre deshalb naheliegend, dass die zuständige Sachkommission von Anfang an und mit echten Mitwirkungsmöglichkeiten eingebunden wird.
Dass die RWSU ganz am Schluss punktuell teilnehmen konnte, zeigt das Problem exemplarisch. Noch grundlegender ist aber die Frage, was wir als Parlament überhaupt mitgestalten können. Stadtparlamentarier*innen haben sich in der GPK in den Prozess durchaus eingebracht. Eine Arbeitsgruppe der SP hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Es wurden Sitzungen durchgeführt und 8 konkrete Anträge formuliert. Einige hat der Gemeinderat übernommen, andere nicht.
Das ist grundsätzlich sein Recht, aber genau hier zeigt sich das institutionelle Problem. Die GPK wird zwar angehört. Der Gemeinderat ist aber nicht verpflichtet, einen einzigen ihrer Anträge zu übernehmen. Und wenn das Geschäft schliesslich in den Stadtrat kommt, ist die Eignerstrategie bereits beschlossen und seit dem 6. Mai 2026 sogar in Kraft. Wir können sie heute nur noch zur Kenntnis nehmen, mit welcher Wertung das geschieht, hat beschränkte oder ehrlicherweise gar keine Folgen. Das ist eine ziemlich eigenartige Form parlamentarischer Mitwirkung. Das Primat des Parlaments bedeutet nicht, dass der Stadtrat das operative Geschäft von EWB führen soll. Es bedeutet aber, dass die grundlegenden politischen Leitplanken letztlich parlamentarisch legitimiert sein müssen. Und das ist heute nicht oder nur sehr gering so. Man könnte zugespitzt sagen: Wir dürfen mitreden, aber wir können nicht mitentscheiden, und wenn wir am Schluss darüber diskutieren, ist bereits entschieden.

Präsidentin: Als nächstes das geteilte Votum von Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Sie haben es gehört, ich übernehme den zweiten Teil des Fraktionsvotums. EWB macht ja vieles richtig, aber bei dieser Eignerstrategie hatten wir unsere Bedenken. Eine Eignerstrategie ist sehr wichtig. Es ist ein entscheidendes Instrument. Hier werden für die nächsten Jahre die politischen Leitplanken gesetzt. EWB hat sich dann daran zu richten. Operativ müssen diese Leitlinien umgesetzt werden. EWB spielt eine entscheidende Rolle bei der Energiewende und dem Klimaschutz. Fazit: Es ist ein wichtiger Moment für uns. Ein solches Instrument, ein solcher Moment braucht politische Mitwirkung. Ein Ziel kann man natürlich nur erreichen, so wie es in der Eignerstrategie stehen sollte, solange es eine eindeutige Festlegung in Bezug auf Menge und Qualität der Leistung besteht.
Klar wird hier auf das Energie- und Klimareglement verwiesen. Klar können wir hier mitreden. Aber auch mit Blick auf den erlebten Sommer braucht es in der Eignerstrategie verbindliche Reduktionsziele für Netto-Treibhausgasemissionen im Gesamtverantwortungsbereich von EWB. EWB braucht eigene Klimaziele, um diese auch erreichen zu können. Gerne hätten wir diese in die Eignerstrategie einfliessen lassen. Wie bereits erwähnt, haben sich bei uns viele Menschen diesbezüglich eingearbeitet. Und am Schluss wurde leider wenig umgesetzt, was einen Teil der Fraktion befremdet hat. Einige Fraktionsmitglieder haben sich auch daran gestört, dass die Eignerstrategie im Mai, wie bereits gesagt wurde, bereits umgesetzt wurde, und wir vor fait accompli gestellt wurden.

Bei der Nachhaltigkeit können wir nicht mitreden. Und die massive Erhöhung der Verwaltungsratsvergütung dürfen wir aus den Medien erfahren. Dies hat in unserer Fraktion für Unverständnis gesorgt. Zu viele Floskeln, zu wenig fassbare Ziele. Bei der Elektromobilität müssen wir vorwärts machen, verbindlich. Wie hört sich das in der Eignerstrategie an? "EWB kann in Abstimmung und gegebenenfalls in Kooperation mit der Stadt Bern die Einführung von Elektromobilitätsoptionen in unterschiedlichen Fahrzeugkategorien und Verkehrsordnungen mit geeigneten Angeboten und Dienstleistungen unterstützen." Das klare Signal fehlt. So müsste es heissen: EWB baut Ladestationen. Der Markt wird es nämlich nicht richten. Beim Solarausbau muss EWB den klaren strategischen Auftrag erhalten, das Ziel zu erreichen, lokale Energieproduktion zu fördern und zu stärken. Sie ermöglichen den Endkundinnen und Endkunden einfachen Zugang zu vZEV (virtueller Zusammenschluss zum Eigenverbrauch), ZEV (Zusammenschluss zum Eigenverbrauch) und LEG (Lokale Elektrizitätsgemeinschaft). Sie fördern diese aktiv.
Beim Ökofonds können die spezifischen Verwendungen der Mittel auf den Stadtrat ausgeweitet werden. Wenn der Ökofonds nicht vollständig ausgeschöpft wird, hat EWB Bericht zu erstatten über die Hindernisse der Nutzung des Förderprogramms des Ökofonds. EWB sollte eigentlich nicht nur dem Gemeinderat. und Stadtrat Rechenschaft abgeben, sondern öffentlich und jährlich – auch wenn ich die Gegenargumente gehört habe – berichten über die Zielerreichung und die Massnahmen zur Zielerreichung, so dass eine wirkliche Mitwirkung und auch Transparenz gegenüber der Bevölkerung möglich sind.
Natürlich gibt es jetzt auch einige positive Aspekte in der neuen Eignerstrategie, die zu erwähnen sind. Ein Teil der Fraktion honoriert vor allem auch den Fortschritt im Vergleich zu der alten Version; der Gedanke des Service public, der hier viel besser verankert ist. Und auch der Impact-Fonds macht für unsere Fraktion sehr viel Sinn. Und auch die Informationen, die an den Gemeinderat abgegeben werden müssen, haben sich verbessert im Vergleich zu der vorangehenden Version.
Nur noch ein kleines Übrigens: Um eine bessere Mitwirkung bei einer Eignerstrategie zu machen, gibt es die Möglichkeit bereits 2028. Dann kommt nämlich Bernmobil. Da könnte man es dann anders machen. Schlussendlich bleibt es ein Aufruf an den Gemeinderat, den Stadtrat hier ernst zu nehmen und mitzunehmen. Die aktuelle Klimasituation erlaubt keine halb messbaren Ziele mehr.
Die beiden Anträge des GB nehmen wir natürlich an, die gehen in die richtige Richtung.

Präsidentin: Als nächstes Ronja Rennenkampff für GB-JA!

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Die GB-JA!-Fraktion erachtet die Überarbeitung der Eignerstrategie von EWB 2025 als ungenügend. Sie geht zu wenig weit und setzt ihre Prioritäten falsch. Obwohl wir ein Klimareglement, eine Energie- und Klimastrategie und Klimaziele verabschiedet haben, wird die wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu hoch gewichtet. Für uns ist klar, dass die ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei EWB oberste Priorität haben muss. Dies macht die Eignerstrategie zu wenig deutlich.
Es kann nicht sein, dass die Umsetzung von erneuerbaren Lösungen abhängig ist von den Finanzen von EWB. Der Gasausstieg 2045, der Umbau auf erneuerbare Energien und weitere Investitionen in den Klimaschutz müssen unabhängig von der finanziellen Lage umgesetzt werden, vor allem müssen sie höher gewichtet werden, als Gewinne auszuschütten. Jedoch wird genau das gemacht bei EWB. Gewinne ausschütten ist nicht die Aufgabe eines halbprivaten Unternehmens. Die Aufgabe wäre, Verantwortung gegenüber der Berner Bevölkerung zu übernehmen. Denn wir alle brauchen Strom.

EWB ist kein Nice-to-have. Zudem brauchen wir nicht einfach irgendeinen Strom, sondern nachhaltigen, erneuerbaren und für alle Menschen bezahlbaren Strom. Und genau hier liegt die Verantwortung von EWB.
Erst kürzlich forderten wir, EWB zurück in die Verwaltung einzugliedern. Die Überarbeitung der Eignerstrategie 2025 zeigt wieder einmal, warum das dringend nötig wäre. Als Stadtrat haben wir zu wenig Kontrolle und können unsere Oberaufsicht nicht konsequent wahrnehmen, da uns die Instrumente fehlen oder diese zu wenig verbindlich sind. Jedes Jahr diskutieren wir hier den Leistungsbericht und alle 4 beziehungsweise 8 Jahre die Überarbeitung der Eignerstrategie. Diese können wir dann jeweils zur Kenntnis nehmen. Wir können sie nicht ablehnen und auch keine verbindlichen Anträge stellen. Wäre EWB in der Verwaltung eingegliedert, wäre das möglich und wir hätten die Kontrolle, dass die städtischen Klimaziele wirklich erreicht werden. Im Moment müssen wir auf diese ungenügende Strategie vertrauen, dass EWB mehr tun wird, als verspricht. Das ist höchst unbefriedigend und entspricht weder dem Willen des Stadtrates noch der Bevölkerung. Nicht umsonst haben wir hier ein Klimareglement und die Energie- und Klimastrategie verabschiedet. Diese besagen sicher nicht, dass EWB sich nur ums Klima kümmern soll, wenn es finanziell drin liegt, sondern sie sagen, das als oberste Priorität zu sehen. Die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie und deren Ziele steht und fällt mit der Zusammenarbeit mit EWB. So steht es auch in der Eignerstrategie. Das muss Priorität haben. Die Wirtschaftlichkeit vor das Klima zu stellen, ist gerade jetzt bei der anhaltenden Hitze fatal und ein Hohn gegenüber der Berner Bevölkerung.
Zu unseren Planungserklärungen: Die GB-JA!-Fraktion hat zwei Planungserklärungen eingereicht. Einerseits soll EWB der beruflichen Vorsorgeeinrichtung der Eigentümerin angeschlossen bleiben. So wie die Arbeitsbedingungen die gleichen sein sollen wie für die Verwaltungsangestellten der Stadt Bern, finden wir es personalpolitisch wichtig, dass EWB der PVK angeschlossen bleibt. Dies war in der alten Eignerstrategie verankert und wurde in der neuen unverständlicherweise gestrichen. Wie Matteo schon ausgeführt hat, war die Begründung des Gemeinderats auch für uns nicht nachvollziehbar. Wenn der Gemeinderat das Gefühl hat, es werde ohnehin nie Thema sein, schadet es nicht, dies in der Eignerstrategie festzuschreiben. Ausserdem ist neu der sogenannte Impact-Fonds Teil der Eignerstrategie. Um unsere Kontrolle mehr wahrzunehmen, fordern wir in einer weiteren Planungserklärung, dass die Rechenschaftspflicht von Öko- und Impact-Fonds auf den Stadtrat ausgeweitet wird. Somit wollen wir die zuvor erwähnte ungenügende Kontrolle ausweiten, um sicherzustellen, dass die Klimaziele der Stadt Bern umgesetzt werden. Im Antrag steht bereits, wie das in der Eignerstrategie ergänzt werden soll. Es tut mir leid, falls das unklar war. Ich danke euch für die Unterstützung dieser Planungserklärung.
Die Strategie werden wir aus den genannten Gründen negativ zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Als nächstes Laura Curau für die Mitte-Fraktion.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte begrüsst, dass die Eignerstrategie in der neuen Legislatur vom Gemeinderat schnell angegangen wurde. Sonst sind wir jeweils die, die kritisieren, dass ein Jahr längst vorbei ist, wenn man mit einer neuen Strategie kommt. Da war das verständlich mit dem Gemeinderatswechsel. Gleichzeitig war es richtig, dass neben der GPK auch die Energie- und Klimakommission als Beratungsgremium in die Diskussion involviert wurde. In dieser Kommission können sich auch ausserparlamentarische Stimmen äussern. Bei einem Geschäft wie einer Eignerstrategie, das jahrelange Auswirkungen hat, ist das wichtig. Aber da muss ich meinem

Vorredner auch recht geben: Auch diese Mitwirkung ist nur unter Druck und mehrmaliger Aufforderung geschehen. Und auch da denke ich, gibt es Möglichkeiten, das bei einer nächsten Eignerstrategie besser zu machen.
Die Mitte begrüsst den Fokus auf den Kernpfeilern Energie und Wärme. Dort sind die grossen Hebel. Und dort müssen wir eine verantwortungsvolle Energiezukunft für diese ansetzen. Die Mitte findet es richtig, dass EWB innerhalb des Leistungsauftrags und der Eignerstrategie autonom handeln kann.
Die Mitte sieht ein, dass wegen der veränderten Rahmenbedingungen, unter anderem wegen der kantonalen Steuergesetzrevision, das Ausschüttungsmodell angepasst werden muss. Der Impact-Fonds ist dafür eine gute Lösung und kommt den Initianten der Klimagerechtigkeitsinitiative einen ganz grossen Schritt entgegen. Das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Werterhaltung, Nachhaltigkeit, Effizienz und Ökologie ist der richtige Ansatz und ist nachhaltig für ein Unternehmen wie EWB. Alle Bereiche sind und bleiben relevant. Die oberste Priorität von EWB muss die Versorgungssicherheit sein. Es wird wieder ein kalter Winter kommen. Und das ist richtig so und es ist richtig in dieser Eignerstrategie festgehalten. Die Mitte wird die neue Eignerstrategie positiv zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Als nächstes Roger Nyffenegger für die GLP-EVP-Fraktion.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Die vorliegende Eignerstrategie EWB ist die periodische Überarbeitung seit 2016. Vorab: Wir sehen die neue Eignerstrategie als neutral, teilweise positiv. Es gibt aus Sicht der GLP-EVP-Fraktion einige Punkte, die wir erwähnen wollen.
Beginnen wir bei den finanziellen Zielen. Das bisherige Ausschüttungsmodell wird abgelöst. Neu fliessen 60% des Gewinns in die Reserven, 40% zweckgebunden in diesen neuen EWB-Impact-Fonds zur Vorfinanzierung der Wärmetransformation. Das ist kein Egotrip von Adrian Stiefel, sondern eine Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen, namentlich die kantonale Steuergesetzrevision. Dass der Gemeinderat die Finanzierungslogik von EWB an diese neue Realität anpasst und gleichzeitig am Zielwert von 40% Eigenkapitalquote festhält, verdient unsere Zustimmung.
Kritisch anmerken müssen wir aber, dass der Ökofonds dabei etwas geschwächt wird. Statt eines Anteils an der variablen Gewinnablieferung erhält er neu nur noch eine fixe Million Franken pro Jahr aus diesem Wettbewerbsgeschäft. Wir erwarten, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie trotzdem genug Mittel für die Förderprogramme, wie zum Beispiel die Einspeisevergütung für PV-Anlagen, die ja etwas unter Druck kommt, zur Verfügung stehen werden. Zweitens die Governance: Sie wird spürbar professioneller. Die Oberaufsicht des Stadtrates ist explizit erwähnt und verankert. SUE und FPI sind klar zugeordnet. Und periodische Eignergespräche ergänzen die schriftliche Berichterstattung. Besonders positiv dazu: Das Kennzahlensystem kann nun auch unabhängig von der achtjährigen Frist in der Eignerstrategie laufend angepasst werden. Hier erhofft sich die GLP-EVP-Fraktion vor allem mehr Einsicht in Dinge wie die Kooperation und Beteiligungen. Da haben wir die ganze Diskussion um diese Windbeteiligungen, aber auch in die Entwicklung von dezentralen Erzeugungsanlagen, also namentlich PV-Anlagen, und der Flexibilität namentlich der Batteriespeicher. Diese Informationen müssen aber vom Gemeinderat dann an die zuständigen Kommissionen – die GPK – auch fliessen. Da erwarten wir vom Gemeinderat, dass dies auch passiert. Eine Ausweitung auf den Stadtrat, wie von GB-JA! gefordert, sehen wir als nicht zielführend.

Drittens die Klimaziele: Hier wird nachgeschärft. EWB verpflichtet sich neu auf einen wissenschaftlich definierten CO_2-Absenkpfad mit diesem Netto-Null-Ziel bei den betrieblichen Emissionen. Das ist mehr als die bisherige Eignerstrategie kannte. Und das unterstützen wir. Wir geben aber hier auch zu bedenken, dass betriebliche Emissionen jetzt wirklich ein eher kleiner Hebel sind. Die grosse Klimawirkung von EWB liegt im gelieferten Energiemix, nicht bei diesen betrieblichen Emissionen. Hier gilt es auch den Fokus zu setzen und eben auch nicht bei diesen Scope 3-Emissionen, die in der Kommission noch herumgeisterten. Die gebietsweise Stilllegung des Gasnetzes bis 2055 ist ebenfalls im Sinne der GLP-EVP-Fraktion.
Viertens noch zu den Geschäftsfeldern: Das Kerngeschäft wird neu explizit auf Energie-, Wasserversorgung und thermische Kehrichtverbindungen eingegrenzt. Dinge wie diese Telekommunikationszeugs, Elektromobilität und Smart City fallen als eigenständige Geschäftsfelder weg. Und dieser schärfere Fokus ist grundsätzlich richtig. Und wir als GLP-EVP-Fraktion sehen gerade im Bereich der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, in einem Bereich, bei dem EWB bisher wenig bis gar nichts gemacht hat, neue Möglichkeiten, wo künftig beispielsweise auch private Anbieter stärker in den Fokus rücken könnten.
Das wäre es schon, danke vielmals.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Ursula Stöckli für die FDP-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Aus unserer Sicht ist es absolut klar und richtig, dass die Versorgungssicherheit an oberster Stelle steht. Das zeigt aber auch ein Spannungsfeld. Also einerseits ist die Versorgungssicherheit ausdrücklich an oberster Stelle erwähnt, andererseits will man auch das Gasnetz bis 2045 als Teil der Transformation stilllegen. So ist es vorgesehen. Die vorzeitige Stilllegung bestehender, noch intakter Gasinfrastruktur ist aus unserer Sicht eben auch eine Vernichtung von Volksvermögen. Entscheidend ist, dass vorher eine technisch zuverlässige, absolut zuverlässige, ich sage es noch einmal, wirtschaftlich tragbare und ausreichend leistungsfähige Alternative vorhanden ist. Es muss immer gewährleistet sein, dass wir hier genug Energie haben. Für uns ist einfach wichtig, dass sich EWB vor allem auch auf seinen Kernauftrag konzentriert. Als stadteigenes Unternehmen soll EWB nicht mit Mitteln aus der geschützten Grundversorgung private Unternehmen konkurrenzieren oder auch Geschäftsfelder aufbauen, die ebenso gut durch den privaten Markt erbracht werden können. Da ist EWB ja mittlerweile auf gutem Weg.
In diesem Sinn will ich nicht länger werden. Wir nehmen den Bericht neutral zur Kenntnis.

Präsidentin: Herzlichen Dank für die Fraktionsvoten. Jetzt wäre die Liste offen für die Einzelvoten. Als erstes Salome Mathys, GLP.

Salome Mathys (GLP), Einzelvotum: Als Referentin für den Leistungsauftragsbericht EWB in der GPK möchte ich noch einmal betonen: Warum hat man im Antrag 2 des GB die Berichterstattung nicht auf die GPK ausgeweitet, wieso auf den Stadtrat? Ich weiss nicht, was die detaillierten Informationen hier drin sollen. Ich habe letztes Jahr gesagt, es wäre gut, wenn man eine mehr detaillierte Berichterstattung der EWB hätte, um unsere Aufsicht in der GPK wahrzunehmen. Aber dann muss eben die Berichterstattung an die GPK erfolgen und nicht an den Stadtrat. Ich glaube, die Diskussion in der GPK war in den letzten Jahren nicht riesig. Ich bin gespannt auf Montag, darauf, wie viele

den Bericht gelesen haben – auch die, die vorhanden sind von EWB, also der Finanzbericht von 72 Seiten. Ich bin gespannt, wie viele das tatsächlich lesen. Ich frage mich, ob es wirklich Sinn macht, so etwas im Stadtrat zu diskutieren statt in der Kommission, wo es besser wäre, wenn man dort mehr Informationen hätte.

Präsidentin: Als nächstes Ingrid Kissling-Näf, SP.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Die vorliegende Eignerstrategie von EWB setzt wichtige und richtige Akzente. Sie stärkt die Rolle von EWB als zentrale Akteurin in der Energie- und Klimatransformation, schafft Impact mit dem Impact-Fonds, neue Finanzierungsmöglichkeiten, verbindet Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaziele.
Aus meiner Sicht bleibt die Strategie aber in einem entscheidenden Punkt zu wenig ambitioniert, und zwar bei der Innovation und beim systematischen Lernen von den Besten. Positiv ist, dass die Eignerstrategie ausdrücklich verlangt, dass EWB ihre Leistungen regelmässig misst und mit vergleichbaren Unternehmen vergleicht. Genau hier sollten wir aber weiter gehen. Benchmarking darf nicht nur Leistungsvergleich sein. Benchmarking muss auch ein Instrument des Lernens und der Innovation sein. Energieversorgung befindet sich in einer fundamentalen Transformation mit ganz vielen Topics – Wärmenetzwerk, dezentrale Energieversorgung, Geschäftsmodelle und so weiter. Wir sollten deshalb von EWB erwarten, dass das Unternehmen systematisch Best Practices identifiziert, sich mit führenden Stadtwerken vergleicht und erfolgreiche Lösungen auf ihre Übertragbarkeit auf Bern prüft; nicht nur, wo stehen wir im Vergleich, sondern: Wer macht es besser, wo können wir in Bern lernen? Dabei geht es ausdrücklich nicht nur um technologische Innovation, das ist mir wirklich wichtig, sondern Energietransformation ist gesellschaftliche Transformation. Sie wird nur gelingen, wenn Bevölkerung, Quartiere, Hauseigentümer, Hauseigentümerinnen, Unternehmen und weitere Akteure an dieser Transformation beteiligt werden.
Deshalb sollte EWB auch soziale Innovation stärker fördern und erproben – neue Beteiligungsmodelle in Quartieren, Energiegemeinschaften, innovative Tarif- und Anreizmodelle, Kooperation mit Wohnbaugenossenschaften oder neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der Stadt, EWB, Wissenschaft, Wirtschaft und Bevölkerung. Bern könnte hier viel stärker als Reallabor der Energietransformation verstanden werden und wirken. Die Formulierung in der Strategie, wonach EWB neue praxisnahe Technologien erproben *kann*, ist mir deshalb zu defensiv. Wenn EWB eine Hauptakteurin in unserer Energie- und Klimastrategie sein soll, soll die Innovation nicht lediglich erlaubt, sondern strategisch erwartet und auch eingefordert werden.
Ganz kurz zusammengefasst: Gleichzeitig sollte ein systematisches und sehr ambitiöses Benchmarking berücksichtigt werden. Das kann auch mit dieser Eignerstrategie gemacht werden. Und es soll auch überprüft werden, welches die Best Practices sind, damit die auch in Bern zur Anwendung kommen. EWB soll nicht nur mit der Transformation Schritt halten, sondern soll von den Besten lernen und selbst zu einem Vorreiter der urbanen Energietransformation werden. Das wäre mein Anspruch und auch mein Aufruf, diese Strategie sehr proaktiv umzusetzen.

Präsidentin: Als nächstes gerne Michael Ruefer, GFL.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich möchte nur etwas zum Verlauf der Debatte sagen, nämlich zu 2 Punkten: der Zuständigkeit zwischen den Kommissionen GPK und RWSU, die moniert wurde, und dem Antragsrecht respektive dem Recht, zur Strategie

Planungserklärungen zu stellen. Ich habe noch einen kurzen Blick in das EWB-Reglement geworfen, dem am 3. September, in der nächsten Sitzung, eine Teilrevision bevorsteht. Dort steht unter Artikel 25: "Der Gemeinderat legt unter Beachtung des reglementarischen Leistungsauftrags und nach Anhörung der zuständigen stadträtlichen Kommission jeweils für 8 Jahre fest, welche strategischen Ziele die Stadt als Eignerin der EWB erreichen will. Er bringt die Eignerstrategie dem Stadtrat zur Kenntnis." Mehr steht eben nicht drin. Vielleicht hat jemand Lust, die Zeit bis zur nächsten Stadtratssitzung zu nutzen und einen smarten Antrag zu stellen, wie man die Aufgabenteilung präzisieren könnte, und vielleicht auch noch kurz den Gemeinderat zu konsultieren. Aber ich finde wirklich, wenn man das beklagt, muss man sich abstützen auf das, was im aktuellen Reglement steht. Ich finde leider auch: Es ist nicht sehr präzis.
Und das Zweite ist tatsächlich auch die Zuständigkeit. Ich denke auch, wir müssen uns inhaltlich vor allem auf das EWB-Reglement konzentrieren. Dort spielt die Musik. Dort kann man die Details regeln. Und die Strategie ist halt deklaratorisch. Da wird mal etwas geschrieben und das muss dann auch noch gelebt werden. Und vermutlich ist es inhaltlich trotzdem besser bei der RWSU aufgehoben, weil da auch das ganze Know-how viel besser vertreten ist.

Präsidentin: Als nächstes gerne Chandru Somasundaram von der SP.

Chandru Somasundaram (SP), Einzelvotum: Als erstes möchte ich die Menschen adressieren, welche die letzte Strategie und die kommende Eignerstrategie in ihrer tagtäglichen Arbeit umsetzen. Sie sichern der Bevölkerung der Stadt Bern ein tadelloses Trinkwassersystem, die Versorgung mit Wärme sowie Energie und sie stellen sicher, dass die dazugehörende Infrastruktur reibungslos funktioniert. Den Angestellten und Mitarbeitenden der EWB gebührt unsere Wertschätzung. Und damit komme ich zu den personalpolitischen Zielen der vorliegenden Eignerstrategie.
Aus meiner Sicht werden diese zu schnell abgewickelt. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und des Kaufkraftverlustes sind fortschrittliche und gute Arbeitsbedingungen kein Nice-to-have, sondern ein Muss. Damit sage ich nicht, dass die aktuellen Arbeitsbedingungen schlecht sind. Sie basieren auf der Sozialpartnerschaft. Aber eine Strategie gibt eine Richtung vor. Und diese hätte vom Gemeinderat unter Punkt 5 geschärft werden müssen. Den Planungsantrag zur Pensionskasse nehme ich deshalb auch an.
Und hier schliesse ich mich meinen Vorkritiker*innen auch an: Viele gute Absichten werden in der Eignerstrategie erwähnt. Es bleibt aber zu weiten Teilen relativ unpräzise und erinnert zu Teilen an eine Absichtserklärung. Ich möchte aber auch positive Punkte hervorheben. Die Eignerstrategie hat im Vergleich zur vergangenen Strategie begrüssenswerte Verbesserungen in sich. Im ersten Satz der Strategie wird der Auftrag von EWB klar definiert. Es geht um das EWB-Reglement, das Klimareglement, den Richtplan Stadtentwicklungskonzept (STEK) 16 sowie die Energie- und Klimastrategie der Stadt Bern. Das sind die Aufträge, welche der Stadtrat vorgibt. Hier haben wir konkret Einfluss auf die strategische Ausrichtung und die Arbeit von EWB. Und das ist auch richtig so. Zudem wird schon zu Beginn der Aus- und Umbau des Energiesystems als Ziel genannt. Endlich, will man sagen. Aber es gehört eben in diese Strategie. Und daran messen wir dann auch den Gemeinderat.
Auch bekennt sich EWB klar zu ihrem Zweck: der Bevölkerung verpflichtet im Sinne des Service public. Auch daran können wir die Arbeit von EWB und dem Gemeinderat messen. Weiter positiv zu nennen ist der Atomausstieg und, diesen Punkt möchte ich

besonders herausstreichen, ein konkretes Vorgehen zur Finanzierung der Energietransformation. Der Impact-Fonds bindet 40% der Gewinne von EWB in die Wärmewende.
Klar, jetzt kann man monieren, dass diese Mittel sowieso eingesetzt worden wären. Aber mit dem Fonds haben wir nicht nur eine Absicht, sondern einen konkreten Vorschlag, wie die Ziele im Klimareglement und in der Klimastrategie umgesetzt werden sollen – mit Zahlen und mit konkreten Investitionen. Damit ist natürlich die Energie- und Wärmewende nicht gemacht. Wir müssen den Druck weiter aufrechterhalten. Dafür sind wir auch gewählt. Aber den Punkt 4.3 kann ich dennoch positiv zur Kenntnis nehmen.
Nun noch ein Wort zur Debatte: Mit vielen Kritikpunkten, die hier erwähnt wurden, gehe ich einig. Aber ich denke, mit einer negativen Bewertung der Strategie machen wir es uns auch ein bisschen einfach. Ich schliesse mich Michael Ruefer an. Ich sehe ein, dass der Stadtrat und die Bevölkerung wenig Möglichkeiten haben, auf die Eignerstrategie Einfluss zu nehmen. Hier kann der Gemeinderat die Partizipation sicher noch ernster nehmen. Ich sehe das Problem aber auch darin, dass bis 2020 der Stadtrat Stück für Stück Einflussmöglichkeiten aus der Hand gegeben und sich mit der Oberaufsicht zufriedengegeben hat. Jetzt habe ich das Gefühl, wir stehen ein bisschen hier und wissen nicht so recht, was mit Oberaufsicht gemeint ist. Dabei haben wir die Instrumente in der Hand. Wir können über die GPK Einsicht und Informationen in und über die Leistungen und die Arbeit von EWB und des Gemeinderats verlangen. Warum ist die hier zu Recht auch geäusserte Kritik nicht auch schon früher eingeflossen in die Instrumente, die zur Verfügung stehen? Und, das ist der stärkste Hebel, der von meinem Vorredner auch schon genannt wurde: Der Stadtrat entscheidet, was im EWB-Reglement steht und damit auch, welcher Akteur wie viel Einfluss besitzt. Eine negative Kenntnisnahme erachte ich in diesem Kontext als ungeeignet. Ich werde neutral Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Als nächstes Emanuel Amrein von der SP.

Emanuel Amrein (SP), Einzelvotum: Kurz: Ich werde die Eignerstrategie negativ zur Kenntnis nehmen und die Planungserklärungen des GB annehmen. Kenntnisnahme, Planungserklärungen, das sind offensichtlich die zwei Instrumente, die wir in der Oberaufsicht des EWB haben.
Ich bin auch Kunde von EWB, so wie ihr alle auch hier drin. Es gibt keine Wahl. EWB hat das Monopol. EWB schickt mir, wie euch auch, in regelmässigen Abständen eine farbige Broschüre. Darin wird mit vielen Bildern Zahlenmaterial dargestellt und über die glorreichen Taten und Fortschritte des EWB, die ich hier nicht in Zweifel ziehen möchte, berichtet. Aber ich möchte nicht, dass in der nächsten Ausgabe steht, dass das Berner Stadtparlament die Eignerstrategie von EWB gutgeheissen hat und damit die neue Entschädigung des Verwaltungsrates – eine massive Erhöhung – und damit, nehme ich an, auch das neue Lohnsystem von EWB und auch nicht den Ausstieg aus der PVK Bern, der Pensionskasse der Stadt Bern. Ich denke: Hier ist das Unternehmen auf einem falschen Weg. Und die einzige Möglichkeit, die wir haben, ist zu verhindern, dass wir hier etwas legitimieren, das wir nicht in unserer Verantwortung haben sollten.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, übergebe ich jetzt das Wort dem Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Frau Präsidentin, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für diese intensive Debatte. Ich glaube, man muss schon richtigstellen, was wir können und was wir nicht können. Was der Gemeinderat nicht festlegen kann, ist beispielsweise, welche stadträtliche Kommission für die Eignerstrategie zuständig ist. Es ist so, dass die Aufsicht über den Gemeinderat durch die GPK wahrgenommen wird und die materielle Entwicklung der Rechtsgebiete durch die Sachkommissionen, im Fall von EWB durch die RWSU.
Es liegt an Ihrer Kreativität, wie Sie diese beiden Kompetenzen zusammenführen wollen. Das ist ja auch geschehen, indem in der GPK eine RWSU-Delegation Einsitz genommen hat, als es um die Eignerstrategie ging. Ich denke, in diese Richtung kann man das entwickeln. Es war uns wichtig, die Eignerstrategie auch abzustützen. Sie wurde in der GPK auch bereits einmal vorbesprochen, sie wurde zweimal in der Energie- und Klimakommission thematisiert. Aber das ändert nichts daran: Es ist die Eignerstrategie des Stadtrats, wie es im EWB-Reglement steht.
Das EWB-Reglement: Ich fand das eine schöne Formulierung – die Musik für den Stadtrat spielt eben im EWB-Reglement. Und das EWB-Reglement legen Sie fest und dort haben Sie auch genau diesen Meccano so festgelegt, wie er jetzt auch befolgt wird. Ich denke, das ist wichtig.
Man darf die Eignerstrategie auch nicht überbewerten. Es klingt vielleicht gut, eine Eignerstrategie. Aber natürlich sind die gesetzlichen Vorgaben in den Reglementen viel entscheidender. Mit den gesetzlichen Vorgaben im EWB-Reglement, im Klimareglement, in der Energie- und Klimastrategie geben Sie eigentlich die Richtung vor, der EWB auch folgen muss und der EWB auch selbst so befolgen will. EWB will ja die Unternehmung der Stadt Bern sein. EWB will nicht gegen die Stadt Bern arbeiten. Da haben wir wirklich eine sehr grosse Übereinstimmung. Und dann gibt es auch gewisse Fragen wie die Entwicklung der Elektromobilität in der Stadt Bern. Dazu Vorgaben zu machen, ist eine Aufgabe der Stadt. Die Umsetzung ist dann eine Frage von EWB. Und dazu müssen wir sagen, dass die Stadt darin lange Zeit zurückhaltend gewesen ist und dass jetzt etwas Schwung in die Sache reinkommt und dass diese Aufträge an EWB jetzt erteilt werden. Aber EWB braucht die Aufträge und auch die Kompetenz der Stadt, dass überhaupt Elektromobilität – zum Beispiel eine Ladestationsinfrastruktur im öffentlichen Raum – entwickelt werden kann. Das darf EWB nicht von sich aus. Das darf EWB nur, wenn eine entsprechende Kompetenz auch eingeräumt wird. Und da ist die Stadt mehr gefordert als EWB.
Um noch einmal zurückzukommen: Es ist vielleicht das Wichtigste in der Eignerstrategie – diese Neuausrichtung der Gewinnverwendung mit dem Impact-Fonds, mit dem neu aufgesetzten Ökofonds. Die werden aber auch nicht in der Eignerstrategie festgelegt, sondern darüber werden wir in 14 Tagen sprechen, am 3. September, wenn es um die Gewinnverwendung, wenn es um die Revision des EWB-Reglements geht. Dort seid ihr zuständig. Und mit dem Impact-Fonds werden eben Mittel für die Energietransformation ganz klar gebunden, wie es auch unser Ziel ist. Der Gewinn wird nicht mehr ausgeschüttet, sondern der Gewinn verbleibt in der Unternehmung für diese Investitionen. Das ist eine ganz wichtige Neuerung. Und ich glaube, das entspricht auch dem Anliegen, das wir haben, dass wir eine wirtschaftlich gesicherte, nachhaltige Energiepolitik festlegen wollen. Zum Ökofonds ist zu sagen: Der Ökofonds wird nicht reduziert. Wir werden auch darüber in 14 Tagen sprechen. Der Ökofonds wird auf 1 Million festgelegt. Aber EWB wird dort keine Projekte mehr eingeben können. Das war früher der Fall. Das wird neu nicht mehr der Fall sein. Es werden nur noch Drittprojekte sein und

der Ökofonds kommt natürlich immer on top anderer Förderinstrumente wie beispielsweise dem Gebäudeprogramm. Er ist auch nicht für die Einspeisevergütung gedacht. Das ist ja eine wiederkehrende Ausgabe. Er ist für Investitionen, nachhaltige Energieinvestitionen gedacht.
Gut, dann zu den Planungserklärungen: Die Planungserklärung bezüglich PVK ist okay. Es besteht keine Absicht – es ist wirklich nur eine Verschlankung des Reglements, dass diese Bestimmung nicht mehr drin ist. Und wir waren selbst etwas erstaunt darüber, was das für einen Wirbel erzeugt hat. Aber es gibt hinten und vorne keine Absicht, dass irgendetwas an der Zugehörigkeit der EWB-Angestellten geändert werden soll. Und selbstverständlich: Die Berichterstattung über die Entwicklung und die Ausgaben des Impact-Fonds und des Öko-Fonds ist wichtig. Aber auch über die werden wir sprechen können, wenn wir eben den Impact-Fonds und den Ökofonds überhaupt erst festlegen. Auch das passiert erst in 14 Tagen. Diese Instrumente sind nur dem Grundsatz nach in der Eignerstrategie angelegt. Tatsächlich umgesetzt werden sie erst im EWB-Reglement.
Gerne noch ein Wort zur Innovation von Ingrid Kissling: Ich bin ein grosser Anhänger einer innovativen Politik. Sie darf nicht überborden. EWB war auch schon sehr innovativ und hat das teuer bezahlt mit Löchern, die sich nicht bewährt haben, beispielsweise. Aber ich mache auch ein Fragezeichen bei der verordneten Innovation. Also, seid innovativ – nur um des Innovationswillens – ich glaube, das sieht man heute auch etwas kritischer. Hingegen müssen wir natürlich sehr darauf achten, dass die Menschen gut ausgebildet sind, die Fachleute gut ausgebildet sind, und dass sie die Innovation befördern. Ich glaube, dort haben wir mit der Auswahl der Personen, der Akteure, die bei EWB zum Einsatz kommen, den grössten Hebel, indem wir tatsächlich innovative Köpfe auch anziehen können durch attraktive Arbeitsbedingungen und auch durch eine attraktive Entlöhnung. Und ich glaube, dort sprechen wir dann wieder die gleiche Sprache. Aber verordnete Innovation kann auch in die falsche Richtung gehen. Aber dass wir uns an den Besten messen sollen, dass wir diesen Ehrgeiz entwickeln sollen und EWB auch vorgeben sollen, damit bin ich absolut einverstanden. Aber das machen wir im Daily Business.
Ich danke euch, wenn ihr dann ebenso engagiert mitdiskutiert, wenn es tatsächlich um Dinge geht, die der Stadtrat abschliessend festlegt, wie das EWB-Reglement, oder auch, wenn wir über die Klimagerechtigkeitsinitiative sprechen, wo es ja auch darum geht, wie wir unsere Klima- und Energiepolitik weiterentwickeln wollen. Bitte ordnet diese Eignerstrategie dort ein, wo sie hingehört. Und ihr kennt ja viele dieser Strategien. Es sind die gemeinderätlichen Strategien, die ihr auch in anderen Bereichen immer zur Kenntnis nehmen könnt. Und an dieses seltsame System von positiv, negativ, neutral zur Kenntnis nehmen werde ich mich vielleicht irgendwann auch noch gewöhnen. Aber nehmt sie einfach zur Kenntnis. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Bevor wir zur Kenntnisnahme des Berichts kommen, werden wir als erstes über die Anträge abstimmen. Es liegen uns zwei Anträge der GB-JA!-Fraktion vor. Wir werden als erstes über den Antrag 1 der GB-JA!-Fraktion, die Planungserklärung, abstimmen. Wer dieser zustimmen möchte, drückt jetzt Grün.

Antrag 1
GB/JA
Planungserklärung: Kapitel 5, Personalpolitische Ziele wird mit folgen dem Satz ergänzt: EWB bleibt der beruflichen Vorsorgeeinrichtung der Eigentümerin angeschlossen.

Abstimmung Nr. 016

2025.SUE.0024: Antrag 1	
Annahme	
Ja	44
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Die Planungserklärung wurde angenommen. Wir kommen jetzt zum Antrag 2 der GB-JA!-Fraktion, ebenfalls eine Planungserklärung. Auch hierüber könnt ihr jetzt abstimmen.

Antrag 2
GB/JA!
Planungserklärung: Anhang 2, Zusatzinformationen, Ziffer 6: die Rechenschaftspflicht wird zusätzlich zum Gemeinderat auf den Stadtrat ausgeweitet: Über die spezifische Verwendung der in den Ökofonds und den Impact Fonds eingelegten zweckgebundenen Mittel gemäss Ziff. 4.3 und 4.4 ff. ist zuhanden des Gemeinderates und des Stadtrates gesondert Rechenschaft abzulegen.

Abstimmung Nr. 017

2025.SUE.0024: Antrag 2	
Annahme	
Ja	40
Nein	25
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt diese ebenfalls angenommen. Wir werden nun den Bericht des Gemeinderats zur Kenntnis nehmen. Wenn ihr den Bericht des Gemeinderats positiv zur Kenntnis nehmt, dann Grün, ablehnend Rot und ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 018

2025.SUE.0024: Kenntnisnahme	
ohne Wertung	
Ja	4
Nein	23
Enthalten	40

2026.SR.0188

16 Dringliche Interfraktionelle Interpellation: «Abriss auf Vorrat» an der Weissensteinstrasse 4/4a – die Stadt Bern und Freiräume, Kultur und nachhaltige Stadtentwicklung

Präsidentin: Wir kommen nun zum Traktandum 16. Das ist eine dringliche interfraktionelle Interpellation. Es geht um den Abriss auf Vorrat. Ist die Diskussion durch die Einreichenden erwünscht? – Das ist sie. Damit müssten wir aber über die Diskussion als

erstes abstimmen. Wir brauchen eine Eindrittelsmehrheit, um die Diskussion zu gewähren. Wer der Diskussion zu Traktandum 16 zustimmen möchte, drückt jetzt bitte Grün.

Abstimmung Nr. 019

2025.SUE.0024: Diskussion	
2/3-Quorum erreicht	
Ja	55
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Das Quorum wurde ganz klar erreicht. Wir gewähren also die Diskussion. Ich erteile den Einreichenden das Wort, und für die Einreichenden wird Matteo Micieli sprechen.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Gerade mal vorneweg: Wir sind mit der Antwort des Gemeinderats nicht nur unzufrieden, sondern auch genervt vom Unvermögen des Gemeinderats, gewisse Fragen überhaupt wirklich zu beantworten. Deshalb können wir heute eigentlich gar nicht viel diskutieren, ausser zu wiederholen, was wir im Begründungstext der Vorstösse bereits erwähnt haben. Zu unserer Frage 2 beispielsweise, welche konkreten Konsequenzen sich dem Gemeinderat aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber Abriss auf Vorrat ergeben, ist die Antwort einfach ein Verweis darauf, dass man sich bei der Fachstelle Zwischennutzung melden könne. Mit solchen Antworten kann man nicht viel anfangen. Dafür hätte auch ein Mail gereicht. Und es scheint mir einfach, als wolle der Gemeinderat keine Stellung beziehen und sich nicht auf eine Seite schlagen. Die Interpellation liest sich denn auch wie ein inhaltsloser verwaltungstechnischer Balanceakt zwischen Kapital und Kultur – nicht weiter neu in diesem Gemeinderat.
Freiräume wie eben das Tripity, um das es heute konkret geht, aber auch die Anstadt, das Café Toujours, um das es letztes Jahr hier im Rat ging, und weitere Orte dieser Art stehen immer wieder unter Druck. Diese Orte bieten Raum für Begegnung, Kultur, kollektive Organisation und gesellschaftliche Teilhabe und haben so gerade in einer Stadt einen unschätzbaren Wert. Gerade für junge Menschen fehlt es in Bern an niederschwelligen Orten, an denen man sich austauschen und teilhaben kann, ohne Geld ausgeben zu müssen. Solche Orte frei von Konsumdruck sind so schlussendlich auch eine sozialarbeiterische Aufgabe, die von solchen Kollektiven unentgeltlich geleistet wird und so die Stadt, den Gemeinderat und uns entlasten, finanziell und strukturell.
Gerade aber deshalb, weil diese Orte sich der Verwertungslogik entziehen und nicht profitgesteuert funktionieren, sind sie konstant gefährdet. Deshalb würde eine lebendige Stadtentwicklung jenseits der New Public Management-Dogmen auch die Frage umfassen, ob es weiterhin Raum für selbst organisierte Kultur, Begegnung und gesellschaftliche Aneignung gibt und geben soll. Der Erhalt solcher Orte wie das Tripity ist also schlussendlich auch eine jugendkultur- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Und natürlich eben auch eine wohnpolitische.
Dem Tripity droht aktuell Verdrängung, ein Abriss auf Vorrat. Das bestehende Gebäude und all seine Nutzungsformen sollen verschwinden, obwohl zentrale Fragen zur konkreten zukünftigen Nutzung, Umsetzung und auch zeitlichen Realisierung immer noch offen sind. Ohne klare Perspektiven, einen solchen Ort zu zerstören, sollte dementsprechend auch beim Gemeinderat für gewisse Fragen sorgen. Wollen wir in einer

Stadt, in der niederschwellige und nicht kommerzielle Freiräume zunehmend verschwinden, wirklich auch die letzten Orte aufgeben? Natürlich positioniert sich der Gemeinderat nicht klar, aber er schreibt immerhin, ich zitiere: "Dem Gemeinderat ist bewusst, dass Freiräume zur Aneignung in der Stadt rar sind und gerade im Stadtteil 3 ein Defizit an adäquaten Räumen für Jugendliche besteht." Und: "Der Gemeinderat ist grundsätzlich daran interessiert, dass auch künftig unkommerzielle Test- und Zwischennutzungen für Jugendliche und junge Erwachsene ermöglicht werden können."
Gleichzeitig stehen wir innerhalb eines Jahres das zweite Mal vor derselben Situation in demselben Stadtteil mit praktisch demselben Gemeinderat. Es ist für uns also unverständlich, was der Gemeinderat genau mit diesen Aussagen meint, wenn sich in dieser Hinsicht kaum je etwas tut. Dass vom Gemeinderat oft ein paar schöne Satzreihen zu lesen sind, ohne dass diese wirklich etwas bedeuten oder wirklich etwas dafür unternommen wird, ist ja nicht weiter überraschend respektive gehört halt auch irgendwie zu den exekutivpolitischen Impulsen. Dennoch wäre es wünschenswert, den Worten auch Taten folgen zu lassen und nicht einfach dabei zuzuschauen, wie Eigentumsinteressen und neoliberale Stadtentwicklung und Immobilienkonzerne immer grössere Teile der Stadtbevölkerung verdrängen.
Offenbar hat der Gemeinderat aber bis heute diesbezüglich nicht wirklich viel vor. Vielleicht zeigt sich das auch schon darin, dass nicht mehr die PRD federführend ist wie noch beim Café Toujours. Aber zumindest die Antworten auf diese Interpellation sind ja eigentlich Zeichen genug. Das sind ja von der Tiefe her wohl eher irgendwie Antworten, die einer kleinen Anfrage würdig wären als einer dringlichen Interpellation. Wir fordern, dass die Stadt und der Gemeinderat ihrer Aufgabe ernsthaft nachgehen und auf ihre jahrealten Worte endlich auch mal Taten folgen lassen. Ihr seid nicht nur eine Verwaltungsbehörde, sondern auch Politiker*innen. Zeigt uns das doch ab und an. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das Votum. Ein herzliches Willkommen auch an die Gäste auf der Tribüne. Ich muss euch leider darauf aufmerksam machen, dass hier bei uns Ruhe herrscht und darum leider das Klatschen nicht erlaubt ist, egal wie toll die Voten jeweils sind. Ihr könnt euch gerne für die Fraktionsvoten anmelden. Das habt ihr schon fleissig getan. Als nächstes spricht Helin Genis für die SP-JUSO-Fraktion.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Ich hätte heute eigentlich gerne etwas mehr zu dieser Interpellation gesagt. Aber ehrlich gesagt: Die Antwort des Gemeinderats gibt dafür nicht besonders viel her. Und genau das ist das Problem. Wir haben sehr konkrete Fragen gestellt. Wir wollten wissen, ob es sich hier faktisch um einen Abriss auf Vorrat handelt. Wir wollten wissen, welche konkreten Konsequenzen sich aus der bisherigen Haltung des Gemeinderats gegen Abriss auf Vorrat ergeben. Ja, wir wollten wissen, wie der Gemeinderat den Verlust des Tripity beurteilt und was konkret getan werden kann, wenn ein zeitnaher Neubau nicht gesichert ist. Darauf bekommen wir nur allgemeine Antworten.
Der Gemeinderat sagt, er wolle Leerstände und Brachen vermeiden. Er sagt, Freiräume seien wichtig. Er sagt, gerade im Stadtteil 3 gebe es ein Defizit an geeigneten Räumen für Jugendliche. Und er sagt auch, unkommerzielle, kulturelle und soziale Angebote seien wichtig. Ja, das klingt gut. Nur, was folgt daraus? Genau diese Frage bleibt unbeantwortet. Das ist umso unbefriedigender, als wir diese Diskussion nicht zum ersten Mal führen. Bereits bei der Interpellation zur Freiburgstrasse hat der Gemeinderat festgehalten, dass er Abriss auf Vorrat grundsätzlich nicht befürwortet. Damals wurden immerhin rechtliche und planerische Rahmenbedingungen festgehalten. Heute, jetzt,

fragen wir aber ganz konkret: Welche Konsequenzen hat diese Haltung im Fall Tripity? Und darauf kommt im Wesentlichen: Bei privaten Parzellen kann die Fachstelle Zwischennutzung beratend unterstützen. Das reicht nicht. Wir erwarten nicht, dass der Gemeinderat in ein laufendes Baubewilligungsverfahren eingreift. Und wir verlangen auch keine Vorwegnahme eines Entscheids des Bauinspektorats. Aber was wir erwarten, ist eine politische Position und ja, diese dürfen wir erwarten. Denn die zentrale Frage ist doch: Kann dieser wichtige Kultur- und Freiraum bestehen bleiben kann, solange ein zeitnaher Neubau nicht gesichert ist?
Und genau darauf, genau auf diese Frage, gibt es keine klare Antwort. Gleichzeitig hält der Gemeinderat fest, dass aber heute noch offen ist, wie weit Abbruch und Neubau zeitlich auseinanderliegen. Aber gerade das ist das Problem. Wenn ein Gebäude abgerissen wird und danach über längere Zeit eine Brache entsteht, ist der Verlust des bestehenden Freiraums Realität. Wir sprechen hier nicht über irgendeinen ungenutzten Raum. Nein, wir sprechen über das Tripity. Dieses hat über Jahre einen niederschwelligen, unkommerziellen Ort für Kultur, Begegnung und gemeinschaftliche Nutzung geschaffen.
Gerade solche Räume werden in unserer Stadt immer rarer. Der Gemeinderat anerkennt zwar die Bedeutung solcher Räume, aber er zeigt nicht auf, was konkret zu tun ist und dass er willens ist, den Erhalt möglichst lange zu ermöglichen. Ja, dafür braucht es politischen Willen. Und leider sehen wir diesen politischen Effort in dieser Antwort kaum.
Auffällig ist dabei, dass sich dieses Muster wiederholt. Auf konkrete politische Fragen folgen allgemeine und unverbindliche Antworten. Der Gemeinderat spricht um die Frage herum, statt sie klar zu beantworten. Gerade bei einer dringlichen Interpellation ist das sehr unbefriedigend. Die Dringlichkeit besteht gerade darin, dass mit einem Abbruch Fakten geschaffen werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.
Ich hätte heute deshalb gerne mehr gesagt. Aber eine Antwort, die bei den entscheidenden Fragen so vage bleibt, gibt dem Stadtrat auch wenig, worauf er konkret reagieren kann. Wir brauchen nicht noch ein allgemeines Bekenntnis zur Bedeutung von Freiräumen. Wir brauchen konkrete Antworten und ein konkretes Handeln. Denn wenn wir als Stadt Bern wirklich sagen, dass wir Leerstand und Abriss auf Vorrat vermeiden wollen und dass wir solche niederschwelligen Kultur- und Freiräume brauchen, ja, dann muss sich das auch in unserem Handeln zeigen. Danke.

Präsidentin: Als nächstes Andreas Egli von der Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Ob hier wirklich ein klassischer Abbruch auf Vorrat droht, kann ich nicht beurteilen. Wenn man den Aussagen des zuständigen Architekturbüros Glauben schenkt, ist das gewählte Vorgehen durchaus üblich und es gibt auch bereits Interessent*innen. Nun, wir haben alle keine Kristallkugel. Aber eine langjährige Brache scheint zumindest nicht der Plan zu sein. Die Interpellant*innen beklagen, dass mit dem Tripity oder auch der Anstadt oder dem Café Toujours niederschwellig und nicht kommerziell genutzte Freiräume immer mehr verdrängt würden.
Damit haben sie sicher nicht Unrecht. Das geht aber auch anderen Nutzungsformen so. Der Platz in der Stadt Bern wird nun mal nicht mehr. Weiter fordern sie, dass sich die Stadt überlegen müsse, wie sie grundsätzlich damit, also mit dem Verdrängen, umgehen wolle. Nun, dass solche Orte schützens- oder erhaltenswert sind oder sein können, ist durchaus verständlich und nachvollziehbar. Das Problem ist bloss, dass sie nicht selten, um nicht zu sagen immer, aus Zwischennutzungen oder Besetzungen hervorgehen. Und diese Arten der Nutzungen haben nun mal fast immer ein Ablaufdatum.

Zudem hat die Stadt mit der Fachstelle Zwischennutzung bereits ein Konzept oder eine Antwort auf die Frage, wie sie damit umgehen will. Wenn Objekte aber widerrechtlich besetzt werden oder Zwischennutzungsverträge seitens der Nutzer oder ich könnte auch sagen Besetzer*innen nicht eingehalten werden, wird es halt schwierig. Da müssen sich die Besetzerkollektive selbst an der Nase nehmen.
Zum Schluss möchte ich mir noch einen kurzen Kommentar zur Antwort des Gemeinderates erlauben. Matteo fand die von ihm zitierte Passage, wie er sagte, schön. Ich finde sie eher beängstigend. In der Antwort zu Frage 3 schreibt der Gemeinderat, er sei sich bewusst, dass Freiräume zur Aneignung in der Stadt rar seien. Ich bin über das Wort "Aneignung" gestolpert. Gemäss Duden bedeutet es Eigentumserwerb von herrenlosen Sachen oder Tieren oder widerrechtliche Inbesitznahme. Da es sich meist ja eben gerade nicht um herrenlose Sachen handelt, die erworben werden können, kann mit dem Wort Aneignung nur die widerrechtliche Inbesitznahme gemeint sein. Ich hoffe schwer, dass ich dies falsch verstanden habe und es nicht so ist, dass der Gemeinderat Aneignungen in irgendeiner Form ermöglichen oder sogar fördern möchte.

Präsidentin: Als nächstes Anna Jegher für die GB-JA!

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Kultur statt Kommerz. Dafür steht das Tripity. Das Tripity an der Weissensteinstrasse hat sich seit seiner Entstehung zu einem wichtigen kulturellen Freiraum in der Stadt Bern entwickelt. Er bietet Wohnraum für Menschen und organisiert regelmässig kulturelle Veranstaltungen. Dass diesem Freiraum nun ohne ersichtlichen Grund vorzeitig das Aus droht, ist aus unserer Sicht erschreckend.
Ein Abbruchgesuch einzureichen, ohne dass ein konkretes Bauvorhaben bekannt ist, mag vielleicht für die Suche nach potenziellen Investoren ein sinnvolles Vorgehen sein, widerspricht aber den Werten einer rot-grünen Stadt klar. Wir wollen eine Stadt, in der nicht Profit, sondern Menschen an erster Stelle stehen. Und genau darum irritiert uns auch die Antwort des Gemeinderats, die zwar vielleicht inhaltlich nicht falsch ist. Aber eine klare Positionierung sieht definitiv anders aus. Wir haben es bereits von Matteo und Helin gehört.
In einem solchen Fall muss sich der Gemeinderat ganz klar für die Menschen positionieren und die Profitorientierung der Eigentümer*innen öffentlich in Frage stellen. Das erwarten wir von einem linken Gemeinderat. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er sich klar für die Menschen dieser Stadt positioniert und nicht Immobilienhaie und Investorenschutz. Es ist doch klar, dass es nicht im Interesse der Stadt ist, dass zwischengenutzte Gebäude vorzeitig abgerissen werden und dann jahrelang als ungenutzte Flächen leer stehen. Solche Zwischennutzungen sind zentraler Bestandteil einer offenen, lebendigen und vielfältigen Stadt. Wieso kann der Gemeinderat das nicht klar und deutlich sagen?
Angesichts der steigenden Mieten und der zunehmenden Verdrängung in den Quartieren ist der Bedarf nach niederschwelligen, kreativen Räumen nicht nur in der Innenstadt, sondern gerade auch in den Quartieren sehr hoch. Es ist toll, dass der Gemeinderat bereits heute verschiedene Kulturorte unterstützt. Es reicht aber nicht, sich auf Bestehendem auszuruhen. Kultur- und Sozialräume verändern sich und es ist wichtig, dass diese Veränderungen auch in der Stadt Bern längerfristig Platz erhalten und der Gemeinderat sich entsprechend für diese Orte einsetzt. So toll Orte wie die Reitschule zum Beispiel auch sind, nach 40 Jahren verträgt diese Stadt durchaus mehr alternative Sozial- und Kulturräume.

Das Tripity bietet genau das und ist für viele Menschen darum längst ein zentraler Wohn- und Kulturort geworden. Gerade jungen Menschen fehlt in dieser Stadt und insbesondere in diesem Stadtteil oft der Platz, um sich zu treffen, niederschwellige Kulturprojekte zu realisieren und Räume mitzugestalten. Es ist erschreckend, wie wenig dieser Ort offenbar vom Gemeinderat wertgeschätzt wird. Und wir wünschen uns, dass er sich zukünftig stärker und deutlicher für das Tripity und alle anderen Freiräume in dieser Stadt einsetzt. Denn für uns ist klar: Wir wollen eine Stadt mit Kultur statt Kommerz.

Präsidentin: Als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr habt es gesehen: Die SVP hat hier ganz klar die Diskussion gewährt. Aber die Besetzung oder eben jetzt die Auflösung des Vertrags haben eine Vorgeschichte. Ich möchte zuerst folgendes festhalten: Wie ich orientiert bin, hat der Eigentümer Hand geboten für eine Zwischennutzung. Das hätte er nicht müssen. Wir haben immerhin noch eine Bundesverfassung, eine Kantonsverfassung, wir haben ein ZGB, gemäss dem der Eigentümer über sein Grundstück verfügen kann. Er hat Hand geboten, und zwar in der Meinung, dass man eine Zwischennutzung abschliessen kann, dass das durchaus etwas Sinnvolles sein kann.
Aber wenn es halt dann Probleme gibt – ich kenne Leute, die dort auch Liegenschaften haben, ich weiss nicht, wie oft diese die Polizei wegen Nachtruhestörung angerufen haben, aber es war oft. Und dann reicht es halt dann auch einmal einem Eigentümer. Dieser haftet nämlich auch. Es gibt Klagen. Wenn irgendeiner ein Bordell in einem Wohnhaus betreibt, ist das mal baurechtlich nicht zulässig. Und wenn es zulässig ist, aber die ganze Nacht Lärm herrscht und Autotüren zuknallen und Leute draussen rauchen, etc. – ihr kennt alle die Fälle der Diskotheken – dann habt ihr plötzlich eine nachbarschaftsrechtliche Eigentumsklage und eine Besitzerschutzklage. Und das wollte er nicht. Ich kenne ihn nicht. Aber wenn ihr diese Situation seht und jetzt verweigern wollt, dass er die Liegenschaften so nutzen kann, wie er sie nutzen möchte, dann kann ich euch eines garantieren: Dann wird jeder Eigentümer es sich viermal überlegen, bevor er solch eine Zwischennutzung eingeht, weil er dann die Geister, die er rief, nicht mehr loswird.
Und das sind genau die Konsequenzen. Ich muss sagen, überspannt den Bogen nicht. Wenn man weiss: Man hat die Leute drin und wenn man es dann wirklich selbst braucht, kann man nicht mehr kündigen, dann – hütet euch vor dem Hühnervogel – machen sie dort lieber einen Federballplatz oder was auch immer, aber um Himmels willen nicht das. Ich würde als Konsulent jedem Eigentümer abraten, so etwas zu machen, sich hier selbst den Strick um den Hals zu legen und nachher bestraft zu werden, indem er Eigentumsklagen bekommt, Besitzerschutzklagen, Schadenersatzklagen. Und wenn er es verkaufen will, hat er einen riesigen Klotz am Bein und muss damit rechnen, dass ihm sein Eigentum und seine Fahrzeuge beschädigt werden.
Deshalb, wir haben die Diskussion klar gewährt. Wir haben eine Rechtsordnung. Aber hier sagen wir ganz klar nein. Ich verweise auf die Antwort des Gemeinderates. Man kann das so formulieren, aber schlussendlich hat es immer auch eine Anfangsgeschichte und die hier ist eben ganz klar. Merkt euch das: Wenn das jetzt durchgehen und Schule machen sollte, dann wird wahrscheinlich niemand mehr einen Zwischennutzungsvertrag abschliessen, denn sonst legt er sich den Strick um den Hals.

Präsidentin: Als nächstes gerne Oliver Berger für die FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich zitiere aus zwei Vorstössen respektive aus einer kleinen Anfrage und aus einer Interpellation, die bereits zu diesem Thema gestellt worden sind. Kleine Anfrage 2024.SR.0322, Frage 1. "Die Liegenschaft an der Weissensteinstrasse befindet sich im Eigentum der Ökopol Immobilien AG. Die Stadt Bern hat keine Kenntnis von der Existenz eines Zwischennutzungsvertrages zwischen der Ökopol Immobilien AG und den Mitgliedern des Tripity-Kollektivs." Zu Frage 2: "Da keine Kenntnis von einem Zwischennutzungsvertrag vorhanden ist und auch keine Zwischennutzung baubewilligt wurde, gibt es keine Befristung. Das Ende der Besetzung dürfte also erst mit einer polizeilichen Räumung und oder der Realisierung eines neuen Bauprojekts eintreten." Es hat eine weitere Interpellation gegeben, 2026.SR.0034. Zu Frage 3: "In strafrechtlicher Hinsicht erfüllen Besetzungen den Tatbestand des Hausfriedensbruchs nach Artikel 186 des schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937. Als Antragsdelikt wird Hausfriedensbruch mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bestraft."
Das ist die rechtliche Ausgangslage dort oben. Die Ökopol Immobilien AG als Eigentümerin hat ein legitimes Interesse und auch ein Recht, die Bauparzellen an der Weissensteinstrasse innerhalb der Bauordnung so zu nutzen, wie sie will. Es ist seit Längerem bekannt, dass sie neu bauen will, und dem Vernehmen nach hat es auch schon Interessenten für die Nutzung dieser Gewerbeliegenschaft gegeben. Die sind aber offenbar wegen der illegalen Besetzung vor einiger Zeit abgesprungen.
Wir haben deshalb seit Jahren eine unglückliche Pattsituation. Ökopol kann nicht bauen, solange nicht eine Baubewilligung oder eine Abrissbewilligung vorliegt oder das Gelände illegal besetzt ist. Investoren sind abgeschreckt wegen der unklaren Rechtssituation. Tripity will nicht hinaus, solange es nicht ein klares Bauvorhaben gibt, verursacht aber durch die illegale Besetzung selbst bis zu einem gewissen Teil die Patt-Situation auch mit. Wir erwarten, dass die Stadt auch die Interessen der privaten Unternehmer schützt und das geltende Recht um- und durchsetzt. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Gäbe es jetzt noch Einzelvoten? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann gebe ich gerne dem Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Wenn ich die Stimmung hier richtig wiedergeben will, denke ich, ihr sagt: Der Gemeinderat eiert rum. Und damit habt ihr natürlich recht. Ihr fragt nach einer politischen Haltung, aber ihr stellt Fragen zu einem Einzelfall. Wir haben ein hängiges Baubewilligungsverfahren, das der Gemeinderat entscheiden muss. Soll jetzt der Gemeinderat so blöd sein und Stellung nehmen zu einem hängigen Baubewilligungsverfahren, damit als nächstes ein Aufsichtsverfahren eingeleitet wird und ihm die Baubewilligungskompetenz entzogen wird? Also, so blöd ist der Gemeinderat natürlich auch nicht.
Und deswegen: Ja, ihr habt recht. Der Gemeinderat eiert rum. Wenn ihr Fragen zur politischen Haltung habt, dann fragt nach der politischen Haltung, aber fragt nicht zu einem Entscheid im Einzelfall bei einem hängigen Verfahren. Das ist einfach auch ein bisschen, sorry, das ist nicht sehr pertinent – um das mal so zu sagen. Die Haltung des Gemeinderates hingegen ist klar. Der Gemeinderat will in solchen Situationen regularisierte Verhältnisse. Und er hat sich darum bemüht, die Verhältnisse zu regularisieren. Und vielleicht ist es besser, über ein Beispiel zu sprechen, wo das gelungen ist. An der Freiburgstrasse ist das gelungen. Dort war die Vermittlung erfolgreich – auch mit verhärteten Fronten zu Beginn. Aber unterdessen konnte das regularisiert werden. An der

Weissensteinstrasse ist es etwas schwieriger, weil die Leute halt auch schwierig erreichbar sind. Aber vielleicht hilft es euch, wenn ich euch sage, dass ich selbst schon dreimal vor Ort war, weil man die Leute aufsuchen muss, wenn man ins Gespräch kommen will, weil sie sonst nicht erreichbar sind. Übrigens: Das Gleiche gilt auch für die Eigentümerschaft. Sehr einfach ist es aber nicht. Wenn ihr nach einer politischen Haltung des Gemeinderats fragt, dann ist die politische Haltung, dass der Gemeinderat Ihnen und der Stimmbevölkerung einen Artikel zur Zwischennutzung unterbreitet hat. Dieser Artikel ist noch nicht rechtskräftig, weil erfolgreich dagegen Beschwerde geführt wurde. Aber der Gemeinderat ist immer noch bestrebt, diesen Zwischennutzungsartikel zum Leben zu erwecken, wenn das gelingt, damit eben solche Liegenschaften auch zwischengenutzt werden können. Hier haben wir die Schwierigkeit im Moment, dass wir keinen Zwischennutzungsartikel haben. Die Liegenschaft liegt in der Industrie- und Gewerbezone, also nicht in der Dienstleistungszone, sondern in der Industrie- und Gewerbezone. Und in der Industrie- und Gewerbezone sind weder Dienstleistungen noch Wohnnutzungen zugelassen, sondern eben nur Industrie- und Gewerbenutzungen.
Das ist eine grosse und eine schwerwiegende Einschränkung, die ohne Zwischennutzungsartikel kaum zu bewältigen ist. Deswegen ist eine Regularisierung in diesem Fall schwieriger als andernorts, wo wir uns oft in Dienstleistungs-, Gewerbezonen oder gemischten Zonen oder Wohnzonen aufhalten – hier also eine schwierigere Ausgangslage. Es trifft zu, dass wir keine Kenntnis haben von einem Zwischennutzungsvertrag. Vom Hörensagen wissen wir aber, dass Nebenkosten entrichtet werden, dass Teile der Liegenschaft, namentlich die Parkplätze, nach wie vor vermietet sind. Also es scheint dort doch eine gewisse Regularisierung oder ein gewisses Arrangement zu bestehen.
Im Übrigen: Stellen Sie Fragen nach der politischen Haltung. Stellen Sie keine Fragen zu hängigen Verfahren. Zu hängigen Verfahren können wir uns nicht äussern, und dann kommt es eben zu solchen Antworten wie dieser Antwort, wo herumgeeiert wird. Ich eiere auch nicht gerne herum, ich wäre gerne konkret. Aber dann sprechen wir über politische Haltungen, über politische Konzepte, über politische Strategien, aber nicht über Verfahren im Einzelfall. Merci vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank für die Diskussion. Ich muss noch für das Protokoll den Zufriedenheitsgrad bestimmen. Wenn ich es richtig herausgehört habe, seid ihr nicht zufrieden. Ist das korrekt? – Gut, dann wird für das Protokoll festgehalten: Die Einreichenden sind mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden.
Jetzt kämen wir zu den Traktanden 17, 18, 19, die wir gemeinsam behandeln würden. Aber dadurch, dass die Traktandenliste für den 3. September eher kürzer ist, würde ich vorschlagen, dass wir heute wieder etwas früher Schluss machen und dafür dann am 3. September mit den verschobenen Traktanden weiterfahren. Wunderbar, merci vielmals und geniesst das kühle Wetter und bis in 2 Wochen.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Folgende Geschäfte wurden nicht behandelt. Sie werden auf eine spätere Sitzung verschoben:
Traktandum 17: Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Kostende-ckende Vergütungen für Photovoltaikanlagen; Begründungsbericht
2021.SR.000079

Traktandum 18: Motion: Solaranlagen auf burgerlichen Dächern; Ablehnung / Annahme als Postulat
2025.SR.0217
Traktandum 19: Postulat: Solaranlagen auf Infrastrukturanlagen; Annahme
2025.SR.0218
Traktandum 20: Postulat: Schaffung städtischer vZEV und LEGs; Annahme
2025.SR.0216
Traktandum 21: Interpellation: Inwieweit ist EWB auf die Einführung von Lokalen Elektrizitäts-gemeinschaften (LEGs) vorbereitet?; Antwort
2025.SR.0211
Traktandum 22: Motion: Prüfung geeigneter Windenergie-Gebiete in der Stadt Bern unter öko-logischen, energiewirtschaftlichen, sozialen und kreislaufwirtschaftlichen Kriterien; Annahme als Richtlinie
2025.SR.0253

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende parlamentarischen Vorstösse, sowie Änderungsanträge Teilrevision GRSR eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/2535739476.php
2026.SR.0271 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Den Poserfahrten auf Berns Strassen Einhalt gebieten
Michael Ruefer, GFL | Katharina Gallizzi, GB | Tobias Sennhauser, TIF | Lukas Schnyder, SP | Debora Alder-Gasser, EVP
2026.SR.0267 | Motion | Eingereicht
Motion: Budgetwahrheit sichern – bekannte Finanzrisiken realistisch abbilden
Simone Richner, FDP | Laura Curau, Mitte | Thomas Glauser, SVP
2026.SR.0266 | Motion als Richtlinie | Eingereicht
Motion als Richtlinie: Stadtentwicklung, die funktioniert – lokale Realität frühzeitig mitdenken
Simone Richner, FDP | Ursula Stöckli, FDP
2026.SR.0261 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Weshalb hat der Gemeinderat die Gemeindeautonomie bei der Teilrevision des Polizeigesetzes nicht vor Bundesgericht verteidigt?
Dominic Nellen, SP | Helin Genis, SP
2026.SR.0264 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Wie viel kostet das Projekt «Priorisierung Wirtschaftsverkehr»?
Michael Ruefer, GFL
2026.SR.0269 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Lange Wartezeiten beim Intake vom Sozialdienst Bern – was macht die Stadt Bern um Armutsbetroffene und Mitarbeitende besser zu unterstützen?
David Böhner, AL | Raffael Joggi, AL
2026.SR.0273 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Kritische Fragen zur Japankäferbekämpfung
Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP
2026.SR.0260 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Parkierung Untere Altstadt nach dem Verwaltungsgerichtsurteil – wie weiter?
Chantal Perriard, FDP
2026.SR.0262 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Wie erfolgt die Verrechnung bei der Spezialfinanzierung «Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs» von ERB?
Thomas Hofstetter, FDP | Nicolas Lutz, Mitte
2026.SR.0265 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Steuergelder, Gratisflächen und ein britischer Investor: Wie weiter mit PubliBike?
Thomas Hofstetter, FDP | Nik Eugster, FDP
2026.SR.0268 | Interpellation | Eingereicht
Interfraktionelle Interpellation: Veloverleih PubliBike: Qualitätssicherung und Übernahme durch ausländischen Investor
Dominik Fitze, SP | Tanja Miljanović, GFL
2026.SR.0272 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Belebung der Innenstadt durch lokales, nachhaltiges und soziales Gewerbe als Teil der Wirtschaftsstrategie
Michelle Steinemann, Mitte | Nicolas Lutz, Mitte | Béatrice Wertli, Mitte

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

26.10.2026

X

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

Jelena Filipovic

für das Protokoll

27.10.2026

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Andreas Stucki